Nr. 73. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonntag, den 27. März 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Parteigenossinnen! Parteigenossen!

Die Bedeutung der Presse ist Euch allen bekannt. Ihr wißt, daß die Presse unser bestes Agitationsmittel und unsere beste Waffe ist — Waffe des Angriffs und Waffe der Abwehr. Und wann hätten wir dieser Waffe jemals in höherem Maße bedurft, als im gegenwärtigen Augenblick, wo die vereinigten Reaktionsparteien darauf ausgehen, dem arbeitenden Volke seine zwei vornehmsten Rechte zu rauben oder zu fälschen: das Koalitionsrecht und das allgemeine Wahlrecht?

Den Posadowsky'schen Erlaß, den Ihr alle mit brennendem Zorn gelesen habt — er wurde durch den „Vorwärts" aus dem Dunkel, in dem man ihn verstecken wollte, hervorgezogen —, er enthüllt Euch die Absichten der Reaktion in bezug auf das Koalitionsrecht. Und gegen das allgemeine Wahlrecht wenden sich in letzter Linie alle Ränke und Verschwörungen, die ganze umstürzlerische Wühlarbeit der vereinigten Reaktionäre.

In den nächsten Monaten — jedenfalls im Laufe des nächsten Quartals finden die Neuwahlen zum Reichstag statt.

Einen gleich wichtigen, gleich bedeutungsvollen, gleich schicksalsschweren Wahlkampf hat Deutschland seit dem Bestehen des Reichs noch nicht gehabt. Es gilt den Ansturm des frechen Junkerthums abzuwehren! Es gilt unsere heiligsten Güter zu wahren gegen den kulturfeindlichen Einbruch des Militarismus und Marinismus, der Polizeidiktatur, des organisirten Brotwuchers und des persönlichen Regiments!

In der Wahl, welche die nächsten Monate uns bringen, hat das deutsche Volk zu entscheiden, ob es seinen Platz haben will an der Seite der Kulturvölker oder ob es sich in den öden Sumpf russischer Zustände will herabdrücken lassen.

Wahl aber ist Kampf. Und der Wahlkampf kann nicht gekämpft, die Wahlschlacht kann nicht geschlagen werden ohne die schneidigste, wuchtigste, wirksamste Waffe des politischen Kampfes: die Presse.

Das wißt Ihr!

Euer Preßorgan ist der „Vorwärts", das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das Eurer Obhut übergeben ist, Ihr Genossinnen und Genossen von Berlin!

Die Partei hat Euch den „Vorwärts" anvertraut — Ihr seid der Partei für das Gedeihen des „Vorwärts", für seine Fortschritte verantwortlich.

In dem kommenden Wahlfeldzug braucht Ihr den „Vorwärts" dringender als in gewöhnlichen Zeiten; und dringender als in gewöhnlichen Zeiten ist für Euch die Pflicht, den „Vorwärts" in weitere und die weitesten Kreise zu bringen. Je größer der Leserkreis, desto größer der Wirkungskreis des „Vorwärts". Jeder neugewonnene Leser des „Vorwärts" ist ein neugewonnener Kämpfer der Sozialdemokratie. Jeder neugewonnene Leser ist daher eine Verstärkung des „Vorwärts", dessen Einfluß er vermehrt, und ein Kräftezuwachs der Partei.

Die Verbreitung des „Vorwärts" ist Eure Pflicht gegen Euch selbst — ist Eure Pflicht gegen die Partei.

Der „Vorwärts" wird nach wie vor im vollsten Umfang des Könnens seine Schuldigkeit thun. Thut Ihr die Eure!

So wird mit der Verbreitung Eures Blattes auch die große Sache, für die wir alle streiten, die Erhebung der arbeitenden Klasse aus materieller und geistiger Knechtung, gefördert und dem Siege entgegengeführt werden!

Prince-Consort der Regierung.

In einem unbewachten Augenblicke, als im Jahre 1896 die Bismarckpresse mit ihren Angriffen auf das Zentrum von den Abgeordneten v. Kardorff öffentlich zurückgewiesen wurde, hat die „Germania" das Endziel der ganzen Zentrumspolitik ohne Umschweife eingestanden, indem dieses führende Organ erklärte, daß das Zentrum mit dem parlamentarischen „Regieren" sich keineswegs zu begnügen geneigt sei, sondern nach der Theilnahme an der Staatsregierung trachte, deren Erlangung man dem Zentrum bisher versagt habe.

„Eine Partei, die von der Richtigkeit ihrer Grundsätze durchdrungen und davon überzeugt ist, daß von der Durchführung dieser Grundsätze das Heil des deutschen Volkes abhängt, würde sich an Volk und Vaterland versündigen, wenn sie der sich darbietenden Aufgabe auswiche, Prince-Consort*) der Regierung zu werden."

Von dieser Absicht lassen die einflußreichen Führer des Zentrums ihre gegenwärtige Politik diktiren. Aeußerungen der maßgebenden Persönlichkeiten bestätigen das machthungrige Verlangen des Zentrums, regierungsfähig zu werden. Auf der Dortmunder Katholikenversammlung meinte der Abg. Bachem: um volle Parität zu erlangen, müßte in der Praxis nachgewiesen werden, daß die Katholiken ebenbürtige Elemente seien, und Opfer dürften hier nicht gespart werden. Wenn einmal die Thür zu den hohen Aemtern eingetreten sei, so sei es auch nicht schwer, den Ring der Geheimräthe zu sprengen. Und gar des Abgeordneten Lieber's Damaskus datirt schon aus dem Jahre 1894. Noch das Jahr zuvor konnte man aus seinem Munde die oppositionellsten Redensarten vernehmen; er donnerte damals noch gegen das Ueberhandnehmen des Zäsarismus und Absolutismus, er stellte sich als alten „Bullenbeißer" vor, dem man keine Absichten auf Regierungsfähigkeit zuerkannt hätte. Aber die innere Umwandlung ging so rasch vor sich, daß man selbst in Fraktionskreisen ihn schon über Bord werfen wollte. In dem offenen Briefe vom April 1894, wo er politisch sterben wollte, steht es schon schwarz auf weiß, wohin die Lieber'sche Zentrumspolitik zielte. Er sagt darin zu seinen Widersachern in der eigenen Partei: „Von einem Eindringen in meinen Beweggrund keine Spur, nicht eine Ahnung von dem Leitmotiv der ganzen jüngsten Zentrumspolitik." Und dann weiter: wir hätten nach Schloß und Wilhelmstraße hin den Beweis zu führen, „daß wir im neuen Reichstage nicht die demokratische Partei des nackten, unfruchtbaren Widerspruchs seien".

Und wenn nun jetzt Abg. v. Hertling bei der Berathung der Marinevorlage im Namen der Zentrumspartei offen und frei heraus die großen nationalen Fragen in echt nationalliberalem Sinne behandelt und ausruft: wir sind uns als entscheidender Partei voll und ganz der auf uns ruhenden Verantwortlichkeit dem Staate gegenüber bewußt, so haben mit diesen Aeußerungen die Zentrumsführer selbst den Beweis erbracht, wie sehr ihre Partei Regierungspartei sans phrase — Prince-Consort der Regierung — geworden ist.

Der Verantwortlichkeit dem Staate gegenüber ist sich das Zentrum bewußt geworden, die Verantwortlichkeit dem Volke gegenüber, auf die sich das Zentrum bei seinem oppositionellen Verhalten stets berufen hatte, ist heute schon vergessen. Dann naht doch die längst ersehnte Zeit, wo in der Gesetzgebung die Parole gilt: Katholisch ist Trumpf!

Eine Regierungsära, bei der die Grundsätze des Zentrums zur Geltung gelangen müssen, bildet aber eine Gefahr nicht nur für das arbeitende Volk, sondern für Kunst und Wissenschaft, für den Unterricht und die Erziehung, für die geistige Kultur Deutschlands überhaupt. Ueber diese Gefahr dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen. Die Dienste, die das Zentrum mit der Bewilligung der Flottenvorlage der Regierung heute leistet, zwingen die Regierung in eine unlösliche Abhängigkeit zu der ausschlaggebenden Partei im Reichstage. Darauf pochend, wird das Zentrum, wie seine Presse schon jetzt ankündet, die Erfüllung seiner Herzenswünsche erzwingen, andernfalls werde das katholische Volk „wild".

Rückkehr, entschlossene Rückkehr zum Christenthum in ultramontaner Gestalt, Bekämpfung des Bazillus der sozialen Krankheit — damit ist das positive Programm des Zentrums in kürze ausgedrückt. Und aus diesem Programm ergiebt sich die Geneigtheit des Zentrums, Umsturzgesetze zu bewilligen, wenn sie nur klerikal zugeschnitten sind. Niemand anders als gerade das Zentrum hat das Scheitern des Umsturzgesetzes am meisten beklagt. War es doch der Abg. Lieber, der zu jener Zeit in Bochum ausführte: „Das Scheitern dieser Vorlage, der Triumph des Liberalismus und des Sozialismus, der alle Gaue unseres Vaterlandes erfüllt, ist ein Schlag gegen die Autorität selbst, wie er schlimmer in dieser Zeit überhaupt nicht geführt werden konnte! Und darum trauern wir Männer des Zentrums." Das Zentrum ist sofort bereit, auf dem Boden des gemeinen Rechts jeden „Verächter der Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung" mit hohen Strafen zu belegen. Das Zentrum geht in der Verfolgungssucht weiter wie jede andere bürgerliche Partei; Trunksucht- und Sittlichkeits-Gesetze, deren haarsträubende Bestimmungen in der ganzen gebildeten Gesellschaft die schärfste Ablehnung erfahren, fanden im Zentrum die wärmsten Anhänger. Die Verfrommungspolitik der deutschen Garde des unfehlbaren Papstes beschränkt sich nicht nur auf das rein religiöse Gebiet: das gesammte öffentliche Leben soll nach den Grundsätzen der katholischen Kirche bis ins einzelne geregelt werden.

Die Schule soll der Kirche ausgeliefert werden, daher der Zentrumsruf nach einem Schulgesetz, wie es unter Caprivi schon drohend am Horizonte stand; daher der Ruf nach Parität, um an einflußreichen Stellen die engherzigsten Grundsätze zur Geltung kommen lassen zu können; daher alle jene Vorschläge, die bestimmt sind, den geistlichen Stand in die Lage zu versetzen, in alle Verhältnisse des menschlichen Lebens entscheidend miteingreifen zu können.

Die deutschen Katholikentage haben die Ziele der Zentrumspolitik von Jahr zu Jahr offen und ungeschminkt ausgesprochen; das deutsche Volk weiß, was ihm droht, wenn das Zentrum der Regierung rechte Hand geworden ist. Und weder an dieser noch am Zentrum selbst, so wie es nunmehr heute geartet ist, wird es liegen, wenn den ultramontanen Grundsätzen durch die Gesetzgebung nicht zur allgemeinen Anerkennung verholfen wird. Nur die deutschen Wähler und diese allein sind noch in der Lage, eine ausgesprochene ultramontane Politik zu Schanden zu machen, indem durch die nächsten Wahlen der parlamentarische Einfluß des Zentrums gemindert wird, indem das Zentrum als ausschlaggebende und einflußreiche Partei matt gesetzt wird.

*) Prince-Consort = Prinz-Gemahl, Titel des verstorbenen Albert, Gatten der Königin Viktoria.

Politische Uebersicht.

Berlin, 26. März.

Aus dem Reichstage. Welche Kämpfe der Majoritätsbildung für die Flottenvorlage im Zentrum vorauf gegangen sind, das zeigten die heutigen Vorgänge. Die verschiedenen Anschauungen, welche die Mitglieder dieser Partei einnehmen, zeigten sich am Donnerstag schon in den Reden der Herren Dr. Spahn, Professor v. Hertling einer- und des Abgeordneten Schädler andererseits. Aber das war nur die mildere Tonart, während heute die Gegensätze in schärfster Form aufeinander platzten. Es war besonders der Versuch der Herren Spahn und Dr. Lieber, den verstorbenen Windthorst als Eideshelfer für ihren Umfall in der Etatsrechtsfrage vorzuführen, was den Widerspruch weckte.

Es war der alte Rintelen, der heute als Warner aus den Zentrumsreihen auftrat und der rund und nett den Satz aussprach, daß mit der Annahme des § 2 der Vorlage der Reichstag in Marinefragen das Etatsrecht für alle Zeiten preisgebe. Herr Rintelen ist alt und seine Stimme schwach, ein Theil seiner Parteifreunde, vor allem aber der Chor der Rechten, versuchten ihm das Sprechen durch unanständig laute Privatunterhaltung zu verleiden. Mit Aufgebot der letzten Kräfte schleuderte aber der Redner seinen Protest gegen die Preisgabe der Rechte des Reichstages und gegen den Verrath der alten, stets hoch gehaltenen Grundsätze seiner eigenen Partei von der Tribüne herunter. Den Anguren der Mitte war diese Szene ersichtlich höchst unangenehm. Aber es sollte für sie noch schlimmer kommen. Zunächst schickten sie in Herrn Fuchs einen ihrer Spaßmacher ins Treffen. Derselbe mußte aber bald die Erfahrung machen, daß im Hause keine Stimmung für rheinische Karnevalsreden war, und er zog es deshalb vor, den Löwenantheil seiner Rede für sich zu behalten.

Der nächste Zentrumsredner war der Abg. Roeren. In diesem Redner kam die rheinische Zentrumsdemokratie zum Worte und sie sprach so deutlich, daß sich Herr Dr. Lieber immer tiefer in seine Akten hinter dem Referententisch versenkte. Herr Roeren sprach offen aus, daß es sich in der vorliegenden Frage um eine Machtfrage handle, und daß er und seine Freunde keine Neigung haben, ein Recht des Reichstags preiszugeben, das einmal von höchstem Werth sein kann, wenn es der Regierung belieben sollte, ihre Macht gegen den Reichstag zu mißbrauchen. Der Redner wies auch in schroffster Form den Versuch zurück, Windthorst gegen die Minorität ins Feld zu führen. Das Gegentheil wäre angebrachter, denn der verstorbene Führer wäre nie und niemals dafür zu haben gewesen, fundamentale Rechte des Parlaments preiszugeben. Diese Rechte zu wahren sei Aufgabe des Volksvertreters und er und seine Freunde in der Minderheit wollen mit reinen Händen und gutem Gewissen vor ihre Wähler treten können.

Ganz in derselben Tonart und wo möglich noch entschiedener sprach der Abgeordnete Keßler, ebenfalls vom Zentrum.

Herr Dr. Lieber wurde durch diese bitteren Wahrheiten so aufgeregt, daß er in bezug auf die Reden von Roeren und Keßler als „von grundlosen Verdächtigungen" sprach. Die Herren werden das unter sich ausmachen, die Wähler werden aber wohl auch ihre Betrachtungen anstellen.

Zwischen diesen Kämpfen der Zentrums-Herren unter sich lief eine recht interessante Episode her, die sich zwischen Herren Eugen Richter und Dr. Barth, also der männlichen und weiblichen Linie des Freisinns, abspielte. Herr Dr. Barth hatte sich in seiner „Nation" anfangs rückhaltlos gegen das Septennat ausgesprochen und dasselbe für unannehmbar erklärt. Heute ist er dafür. Diese Schwenkung nagelte Richter gebührend fest, worüber es zwischen den beiden Herren zu recht scharfen Auseinandersetzungen kam.

Nach Schluß der Debatte über § 2, an der sich auch die Minister v. Tirpitz und Graf v. Posadowsky wiederholt betheiligten, letzterer besonders auch durch einen recht deplacirten Angriff auf unsere Partei, fand die namentliche Abstimmung statt. An derselben nahmen 311 Abgeordnete theil, von denen 193 mit Ja und 118 mit Nein stimmten.

Die nun folgenden Paragraphen wurden ohne Debatte genehmigt, nur bei § 8, Deckungsfrage, entspann sich noch eine eingehende Auseinandersetzung über die Art und Weise, wie die Mehrkosten aufgebracht werden sollen. Abg. Bebel begründete den Antrag, die Mehrkosten der Vorlage auf dem Wege einer Reichs-Einkommensteuer aufzubringen, in eingehender Weise, während Richter für die Einführung einer Vermögenssteuer plädirte. Natürlich fanden beide Anträge bei den Flottenenthusiasten keinen Anklang. Vorläufig glaubt man ohne neue Steuern auskommen zu können, für später wird man zu Zollerhöhungen und neuen indirekten Steuern greifen. Der Buckel des deutschen Michels ist ja breit.

Nachdem die Vorlage in zweiter Lesung erledigt war, wurde der Rest des Marine-Etats noch bewilligt und dann die Sitzung geschlossen.

Montag 12 Uhr: Entschädigung unschuldig Verurtheilter, Spiritussteuer- und Flotten-Vorlage. Alles in dritter Lesung. Außerdem steht noch der Antrag Levetzow wegen Errichtung eines Kaiser Friedrich-Denkmals auf der Tagesordnung. —

Das preußische Abgeordnetenhaus hat heute die zweite Lesung des Staatshaushalts-Etats beendet. Von den noch zu erledigenden Etats rief nur der Etat des Finanzministeriums eine längere Debatte hervor. Einige Herren von der Rechten, namentlich die Abgg. Bartels, Frhr. v. Zedlitz und Dr. v. Heydebrand, die sämmtlich hohe Staatsbeamte sind, traten wiederholt in längeren Ausführungen für eine bessere Besoldung der Regierungsassessoren und Regierungsräthe ein. Für ihre Freunde und Vettern ist diesen Herren kein Opfer zu groß, dessen Kosten natürlich aus dem allgemeinen Staatssäckel getragen werden müssen. Wenn es sich aber darum handelt, die Hungerlöhne der Unterbeamten und Staatsarbeiter zu erhöhen, dann sind die Herrren nicht zu sprechen, ja dann machen sie sogar denjenigen, die für diese Proletarier eine Lanze zu brechen wagen, den Vorwurf, daß sie durch unnützes Gerede das rechtzeitige Fertigstellen des Etats verhindern.

Auch an einer Polendebatte fehlte es heute nicht. Die Regierung, die in diesem Jahre wahrhaftig schon mehr als genug zur Förderung des Deutschthums ausgeworfen hat, verlangt im Etat des Finanzministeriums einen neuen Dispositionsfonds von 400 000 M., der den Oberpräsidenten zur Förderung des Deutschthums in Posen, Westpreußen und im Regierungsbezirk Oppeln zur Verfügung gestellt werden soll. Da über die Verwendung dieses Fonds dem Landtage keine Rechenschaft ertheilt wird, so ist wohl mit recht zu befürchten, daß es sich hier um einen neuen Reptilienfonds handelt. Bei der bekannten polenfeindlichen Haltung der Rechten und der Nationalliberalen wurde die Forderung fast ohne Debatte bewilligt, unter Ablehnung eines Antrages Dr. Stephan (Z.), wonach über die Verwendung des Fonds dem Landtage im folgenden Jahre eine Nachweisung vorzulegen ist. So giebt dieses Haus eins seiner Rechte nach dem andern freiwillig aus der Hand.

In Verbindung mit dem Etat gelangte das Etatsgesetz und der von uns bereits mitgetheilte Antrag Lotichius (natl.) auf nachträgliche Genehmigung der bis zur Fertigstellung des Etats geleisteten Ausgaben zur Annahme. Wer an der verspäteten Fertigstellung des Etats die Schuld trägt, die Regierung, die ihn so spät eingebracht hat, oder das Haus, das so endlos lange Reden dazu hielt, wurde durch die kurze Debatte nicht klar gestellt.

Zum Schluß wurden noch einige Paragraphen des Kompta-bilitätsgesetzes angenommen.

Am Montag beginnt die dritte Lesung des Etats.

Das Herrenhaus nahm heute nach unerheblicher Debatte den Gesetzentwurf betr. Entschädigung für die Verluste durch die Hochwasserschäden des Sommers 1897 in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung an und erledigte im übrigen nur Petitionen ohne allgemeines Interesse. Am Montag stehen ebenfalls Petitionen auf der Tagesordnung.

Chinesische Vorgänge. Nach einer Meldung der „Times" aus Peking willigt Rußland ein, daß Talienwan offen sein soll für Schiffe und für den Handel aller Länder gegen Erhebung von Einfuhrzöllen, ähnlich denjenigen in den chinesischen Vertragshäfen. Die Verwaltung und Erhebung der Zölle wird dieselbe sein, wie in jedem anderen russischen Hafen, Rußland verpflichtet sich jedoch, den nach Abzug der Unkosten sich ergebenden Ueberschuß der in Talienwan vereinnahmten Zollgefälle an China abzuliefern.

Die englische Regierung hat, wie Curzon im Unterhaus erklärte, noch keine offizielle Bestätigung von der Bewilligung der russischen Forderungen erhalten. Die Blätter fahren fort, sich über die Erfolge Rußlands sehr zu erregen. Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Hongkong vom Sonnabend: Sämmtliche englischen Kriegsschiffe verladen Kohlen und Munition. Sie erhielten den Befehl, sich bereit zu halten, unverzüglich in See zu gehen. Auf der Schiffswerft wird Tag und Nacht gearbeitet. —

* * *

Deutsches Reich.

— **Das Evangelium der Gesinnungslosigkeit** ist wohl niemals in einer Volksvertretung so offen und rückhaltlos und mit solcher Begeisterungsgluth gepredigt worden, wie heute im Reichstag von dem Abgeordneten Barth. Herr Barth erklärte, daß er noch vor einem halben Jahr die Flottenvorlage verurtheilt und die Bindung des Reichstages auf längere Jahre für eine „Absurdität" gehalten habe. Allein diese seine Haltung habe auf der Voraussetzung beruht, daß die Mehrzahl der Nation und des Reichstages gegen die Flottenvorlage sei. Diese Voraussetzung habe er als eine irrige erkannt, — die Majorität des Reichstages und auch des deutschen Volkes sei für die Flottenvorlage, und da halte er als guter Volksvertreter sich für verpflichtet, mit der Majorität zu gehen.

Das ist eine Höhe opportunistischer Weltanschauung, zu der sogar die Herren Nationalliberalen sich nicht emporzuschwingen vermocht haben.

Herr Barth galt lange für eine ehrlich demokratische Natur. Und es freut uns, daß er von seiner Demokratie den Glauben an das Majoritätsprinzip behalten hat. Nur daß er statt die Majorität für seine Ueberzeugung erobern zu wollen, seine Ueberzeugung von der Majorität erobern läßt.

Wenn wir Herrn Barth einen Vorwurf zu machen haben, so ist es blos der, daß er nicht kurz genug war. Er hätte einfach sagen sollen: Meine Ueberzeugung ist die der Majorität; die Majorität giebt mir meine Ueberzeugung; — ich stimme mit der Majorität. —

— **Von der lex Arons.** Der Bericht der 12. Kommission des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Privatdozenten-Gesetzes liegt jetzt gedruckt vor. Wir haben gelegentlich auf die Verhandlungen hingewiesen. Zur weiteren Charakterisirung der Ungeheuerlichkeiten dieses Gesetzentwurfes wollen wir nur auf folgendes hinweisen: Nach ausdrücklichem Beschluß sollen auf die Privatdozenten Anwendung finden die §§ 50 und 54 des Disziplinargesetzes für die nicht richterlichen Beamten vom Jahre 1852, während die §§ 51—53 gestrichen sind. Der § 50 gestattet der zur Einleitung einer Disziplinaruntersuchung ermächtigten Behörde, gleichzeitig mit der Einleitung derselben eine vorläufige Suspendirung des Betroffenen von seiner Thätigkeit, und § 54 verleiht dieses Recht für den Nothfall auch anderen Vorgesetzten des Betroffenen. Die §§ 51—53 gewähren nun den Beamten gegen einen allzu willkürlichen Mißbrauch Schutz, indem sie bestimmen, daß der suspendirte Beamte die Hälfte seines Diensteinkommens fortbezieht, während andererseits die Staatsbehörde zur Bezahlung des Ersatzes verpflichtet ist. Im übrigen muß die zurück behaltene Hälfte auch nach Beendigung des Verfahrens nachgezahlt werden, außer wenn das Verfahren die Entfernung aus dem Amte zur Folge gehabt hat. Selbst bei der Verhängung einer andern Strafe darf ein Abzug für Stellstvertretungskosten nicht gemacht werden. Bei den Privatdozenten fällt diese Einschränkung fort, der Willkür des Ministers ist also Thor und Thür geöffnet. Gleichzeitig mit der Anordnung eines Disziplinarverfahrens spricht er die Suspension des Privatdozenten von seiner Thätigkeit aus, und wie auch immer das Endurtheil ausfallen mag, für so lange, als es dem Minister das Verfahren hinzuziehen beliebt, ist der Privatdozent an der Ausübung seiner Thätigkeit verhindert. Statt einer Verbesserung des Gesetzentwurfes, wie sie selbst die Nationalliberalen für nöthig erklärt haben, haben wir es hier mit einer argen Verschlechterung zu thun. —

— **Eine Reform des preußischen Dreiklassen-Wahlrechts** befürwortet in den „Preuß. Jahrb." ein preußischer Richter. Der Verfasser betont die Nothwendigkeit eines starken Einflusses der arbeitenden Klassen auf die preußische Gesetzgebung. Das jetzige Wahlsystem mache das Wahlrecht der untersten Klasse thatsächlich illusorisch. Da er mit Erreichbarem rechnen will, so wünscht er ein Dreiklassen-Wahlsystem unter Fortfall der Wahlmännerwahl, so daß jede Klasse in jedem Wahlkreise — die Wahlkreise sollen geändert werden — je einen Abgeordneten wählt. Der Verfasser weist die Furcht vor dem „rothen Gespenst" zurück, sagt sich aber trotzdem selbst, daß die Aussichten auf eine solche Reform, wie er sie verlangt, gering sind. Von den Parteien, die im Abgeordnetenhause den Ausschlag geben, sei nichts zu erwarten; „sie haben allzu oft gezeigt, wie schwer ihnen die ruhige, besonnene Würdigung des in der Arbeiterschaft lebendigen Ideenkreises fällt." Worauf hofft nun der „preußische Richter"? „Nur die Regierung, so meint er, kann die Reform zu einem glücklichen Ende führen", und schließt er seine Ausführungen also:

„Von ihr allein wird es abhängen, ob wir in das neue Jahrhundert mit einem Parlamente eintreten werden, das den bewegenden Kräften der Zeit in freier und würdiger Weise Raum gewährt, oder nicht. Wir wissen wohl, daß die Hoffnung auf einen solchen Entschluß bei vielen einem Achselzucken begegnen wird, zu deren Phrasenschatz auch das Dogma von der reaktionären Politik der Regierung gehört. Mit solchen Leuten wollen wir nicht rechten, überzeugen würden wir sie doch nicht. Aber der Hinweis darauf mag wohl am Platze sein, daß der preußische Staat in allen entscheidenden Wendepunkten unserer nationalen Geschichte es auch verstanden hat, in gutem Sinne revolutionär zu sein, mit anderen Worten, daß er sich bisher einem nothwendigen Fortschritt noch nie entzogen hat. Möge sich sein so oft erprobter Instinkt auch in dieser vielleicht entscheidenden Frage gewähren!"

Wir bedauern, dem „preußischen Richter" gestehen zu müssen, daß wir allerdings zu den vielen gehören, bei denen die Hoffnung auf einen solchen Entschluß der Regierung allerdings einem Achselzucken begegnet. Obwohl der Verfasser des Aufsatzes in den „Preuß. Jahrb." nicht mit diesen Achselzuckern rechten will, kann er sich seines Hinweises zur Verherrlichung des preußischen Monarchismus nicht enthalten, der also offenbar doch seinen stärksten Ueberzeugungsgrund darstellt.

Nun, eine gröbere Verkennung alter geschichtlicher Thatsachen läßt sich wohl nicht denken, denn diese Auffassung des preußischen Staates als „in gutem Sinne revolutionär". Keinen deutlicheren Beweis könnte der „preußische Richter" dafür finden, daß die Meinung von der „reaktionären Politik der Regierung" nicht aus dem „Phrasenschatz" entnommen ist, als gerade die Haltung der preußischen Regierung zum Dreiklassen-Wahlsystem. Statt hier eine Reform anzubahnen, hat man dieses elendeste aller Wahlsysteme noch elender gemacht und selbst die Versprechungen auf Beseitigung der allerschnödesten Ungerechtigkeiten, die selbst von den Parteien der besitzenden Klassen als unerträglich empfunden werden, nicht eingelöst.

Unter solchen Umständen noch auf den „Vater Staat" zu hoffen, macht der Glaubwürdigkeit, aber nicht der politischen Einsicht des „preußischen Richters" alle Ehre.

Alle Fortschritte, die der preußische Staat, die preußische Regierung je zu Wege gebracht haben, sind durch Druck von unten verursacht worden. Auch eine Aenderung des preußischen Dreiklassen-Wahlsystems ist nicht von Herrn Miquel, v. d. Recke und anderen Umsturzministern zu erwarten, sondern allein durch die Thatkraft der organisirten Arbeiterklasse. —

— **Aerztliche Ehrengerichte.** Die „Berliner Aerztekorrespondenz" veröffentlicht jetzt das Protokoll der Sitzung des „Aerztekammer-Ausschusses", in welcher über den Erlaß des Kultusmeisters, betr. die ärztlichen Ehrengerichte — vergl. „Vorwärts" vom 14. 1. 98 — verhandelt wurde. Man versteht es nun, warum damals — die Sitzung fand bereits im Januar statt — die vorläufige Geheimhaltung des Protokolls beschlossen wurde; denn die damaligen Verhandlungen haben thatsächlich das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen. Der von dem Kultusminister angebotene Gesetzentwurf wurde ohne jede Aenderung angenommen, obwohl er in wichtigen Punkten Forderungen unerfüllt läßt, welche früher der Aerztekammer-Ausschuß selbst als unerläßliche Vorbedingung seiner Zustimmung bezeichnet hatte. Ja, es wurde sogar ein Abänderungsvorschlag abgelehnt, nach welchem in den Gesetzentwurf die Bestimmung aufgenommen werden sollte, daß „die politischen, religiösen oder wissenschaftlichen Ansichten und Handlungen eines Arztes zum Gegenstande einer ehrengerichtlichen Untersuchung nicht gemacht werden können." Nur in den Motiven des Gesetzentwurfs soll diese Bestimmung Ausdruck finden, also an einer Stelle, wo sie für die spätere Rechtsprechung, die sich nur nach dem geschriebenen Recht zu richten braucht, durchaus unverbindlich ist. Dies zu einer Zeit, in welcher die „lex Arons" eingebracht ist und in welcher davon die Rede ist, daß das Medizinalwesen und damit die ärztliche Ehrengerichtsbarkeit vom Kultusministerium abgezweigt und dem Ministerium des Innern, also gegenwärtig dem Herrn von der Recke, unterstellt werden soll. Was braucht dieser sich an Versprechungen des Kultusministers zu kehren?

Bemerkenswerth ist übrigens noch, daß gegenwärtig im Aerztekammer-Ausschuß unter 12 Mitgliedern 4 beamtete Aerzte sitzen. Also die Behörde, welche demnächst 4 Mitglieder in den „ärztlichen Ehrengerichtshof" — das Gericht der höchsten Instanz — entsenden soll, besteht zu einem Drittel aus Aerzten, welche der ärztlichen Ehrengerichtsbarkeit selbst nicht unterstehen sollen. —

— **Enquete über die Lage des Kleinhandels.** Ueber die Lage des Kleinhandels soll nach dem Vorschlage des Zentralausschusses hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine eine staatliche Enquete veranstaltet werden, deren Grundlagen der genannte Verein dem Handelsminister in einer Denkschrift dargelegt hat. Dieselbe soll sich zunächst auf alle Gewerbesteuerpflichtigen der Gewerbesteuerklassen III und IV, aber nicht auf die ganze Monarchie, sondern nur auf bestimmte Theile derselben erstrecken.

Die Beantwortung der Fragebogen 2c. soll nicht der Freiwilligkeit der Betheiligten überlassen bleiben, sondern durch ein entsprechendes Gesetz geregelt werden.

Die Einbeziehung aller Gewerbesteuerpflichtigen der Gewerbesteuerklassen III und IV wird mit dem Umstande begründet, daß es sich bei der Erhebung darum handeln wird, zur Ermittelung des Kleingewerbes erstens alle unzweifelhaften Kleinhändler festzustellen und zweitens zu ermitteln, wie sich der Kleinhandel auf den Grenzgebieten zwischen Kleinhandel und Handwerk beziehungsweise Kleinhandel und Kleinindustrie entwickelt hat, und welches die Lebensbedingungen des ganzen Standes im weiteren Sinne sind.

Der Zentralausschuß beantragt, die Erhebungen in folgenden Bezirken vorzunehmen: Regierungsbezirk Aachen; Städte Berlin, Charlottenburg, Rixdorf; Stadt Breslau; Regierungsbezirk Danzig; Regierungsbezirk Düsseldorf; Stadt Frankfurt (Main); Stadt Görlitz; Kreis Halle; Kreis Kattowitz; Kreis Oberbarnim; Kreis Solingen; Stadt Stettin; Kreise Tondern-Husum; Kreis Waldenburg.

Bei Auswahl der 14 vorgeschlagenen Erhebungsbezirke, von denen 6 mit den Bezirken der Handwerker-Enquete von 1895 übereinstimmen, ist auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in Stadt und Land, im Osten und Westen der Monarchie, in Gegenden mit überwiegend landwirthschaftlicher und solchen mit überwiegend industrieller Bevölkerung, auf die ungleiche Lebenshaltung, auf die besondere Entwickelung, welche das Genossenschaftswesen in einzelnen Landestheilen angenommen hat, und schließlich auf die Wirkung der nationalen Gegensätze in gewissen Landestheilen Rücksicht genommen worden.

Der für die Erhebungen vorgeschlagene Fragebogen; der 17 Fragen enthält, will in den Fragen 1 bis 11 die Struktur der einzelnen Betriebe nach allen Richtungen erfassen. Die Fragen 12 bis 14 beschäftigen sich mit den Lebensbedingungen und Lebensäußerungen der bezüglichen Betriebe, Frage 15 und Frage 16 wollen etwaige krankhafte Erscheinungen nach Ursache, Art und Umfang feststellen, während Frage 17 auch den Betheiligten die Möglichkeit zu Vorschlägen im Sinne der etwa erforderlichen Sanirung giebt.

Schließlich wird beantragt, nach Rückgabe der Fragebogen und Sichtung des Materials eine Ergänzung durch persönliche Vernehmung vor einer Enquetekommission vorzunehmen. Diese Vernehmung soll sich zunächst auf ausgewählte Angehörige des Kleingewerbes und Kleinhandels erstrecken, sodann aber über den Kreis der durch den Bogen befragten Personen hinausgehend auch einbegreifen: a) Vertreter großkapitalistischer und großgenossenschaft-

---

Heiteres und Ernstes aus 1848.

Inserate in der „Vossischen Zeitung".

Ein würdiges Denkmal für die Gefallenen der unvergeßlichen Nacht vom 18. bis 19. März muß auf einem der öffentlichen Plätze Berlins, am besten vielleicht auf dem Wilhelmsplatz errichtet werden. Dort begrabe man ihre Leiber in einer tiefen Gruft und wölbe darüber den Denkstein ihrer heldenmüthigen Opferung.

J. Minding.

Die gestrige Illumination der Stadt war nur ein schwacher Beweis der Theilnahme der heldenmüthigen bürgerlichen Opfer des 16., 17. und 18. März. Um solche nachhaltiger zu beweisen, wird jeder wahrhafte Patriot zur Trauer auf vierzehn Tage aufgefordert. Die Männer mit schwarzem Flor am Hut oder Arm. Die Frauen mit schwarzem Bande an Hut oder Haube.

Berlin, den 19. März 1848.

Unterzeichneter ist gern bereit, für die armen Hinterbliebenen der bei dem unglücklichen Ereigniß Gefallenen milde Gaben in Empfang zu nehmen.

Voigt, Armenkommissions-Vorsteher.

Für die Hinterbliebenen aus den Tagen des 18. und 19. März gebe ich eine Quantität schwarzen Crêpe den sich Legitimirenden und kann derselbe bis 11 Uhr in Empfang genommen werden.

C. A. Wietzer, Jägerstr. 32.

Für die Hinterbliebenen der Gefallenen werden in meiner Buchhandlung Duncker u. Humblot, Französischestr. 20a, Beiträge angenommen.

C. Duncker, Stadtverordneter

Mein Verdienst bis zum 1. Mai d. J. gehört den Hinterbliebenen der gefallenen Opfer.

Volkmar,
Advokat-Anwalt am Kassations- und Revisionshofe.

Königliche Schauspiele.

Zum Besten der Verwundeten und der Wittwen und Waisen der im Kampfe Gefallenen Dienstag 21. März im Opernhause: Requiem von Mozart, im Schauspielhause: Nathan der Weise.

* * *

Elvine.

Eine Humoreske aus der ersten Nummer des „Kladderadatsch".

(Die Märzrevolution in Berlin sollte bekanntlich nach den offiziellen Behauptungen von geheimen polnischen und französischen „Revolutionärs" arrangirt und die Bürgerschaft von diesen nur verführt worden sein. Wie man schon damals über diese Behauptung dachte, das lehrt die folgende kleine Geschichte.)

1.

Elvine ist Künstlerin, — jung, schön, reich. Sie wohnt Friedrichstraße.

Machowsky, Pole, Student, nicht Graf, sehr viel Schulden, liebte Elvinen heftig. Seit Januar gab er sich alle Mühe, Elvinen's Gunst zu erreichen.

Vergebens!

Prinzen, Bankiers, Gesandtschafts-Attachés, Theaterintendanten belagerten ihr Antichambre.

Machowsky verzweifelte.

2.

Der 18. März war gekommen. Mit ihm eine furchtbare Barrikade vor Elvinen's Hause.

Prinzen, Bankiers, Gesandtschafts-Attachés, Theaterintendanten waren heute nicht zum Thee gekommen.

Elvine saß allein in dem hintersten Hinterzimmer ihrer Etage.

Da schellte es heftig.

Elvine ist ein kühnes, großes, herrliches Weib.

Sie öffnete.

Es ist Stanislaus Machowsky.

Sein Antlitz ist von Pulver geschwärzt und sein linker Arm scheint zu bluten.

Seine Rechte aber hält eine Doppelflinte.

„Ich werde verfolgt! Ich habe fünf Lieutenants erschossen!"

— O Gott! Mein Herr! —

„Elvine! retten Sie mich, wenn Sie Mensch sind!"

— O Gott! aber wie?" —

„In Ihrem Schlafzimmer nur bin ich sicher!"

— O Gott! aber wo? —

„Da, wo die Barbaren nicht hinzudringen wagen werden — in dem tiefsten Winkel Ihrer Lagerstätte!"

— O Gott! aber wann? —

„Jetzt — jetzt — bis Morgen früh — wo die Söldner sich zurückziehen müssen!"

— O Gott! aber was — — —

3.

Herrlich ging die Sonne des 19. März über Berlin auf, obgleich es gegen Mittag schon regnete.

Erwärmend fielen ihre Strahlen in das Zimmer zweier Liebenden.

Am Fenster aber stand eine Doppelflinte.

4.

Aufforderung. Den jungen Polen, der am 18. März eine alte schadhafte Doppelflinte ohne Schlösser bei mir abgeholt, ersuche ich, mir solche wieder zuzustellen, da sie als altes Familienstück nur für mich Werth hat.

Kuschel, Bürger.

* * *

Hof-Theater-Dichtkunst aus dem Jahre 1848. Die löbl. Hof-Theater-Zensur in Stuttgart hat die Verse aus Goethe's Faust:

Hätte sich ein Nänzlein angemäst',
Als wie der Doktor Luther

folgendermaßen verballhornt:

Lebte nur von Milch und Käse,
Hätte sich ein Nänzlein angemäst'
Als wie der gelehrteste Chinese!!

Dr. Strauß machte hierüber die treffende Bemerkung, er wäre begierig, den politischen Flickschneider zu kennen, der sich nicht entblödet hat, das Goethe'sche Prachtgewand durch einen so niederträchtigen Lappen zu verunstalten.

* * *

Potsdam, 24. März. Ihre Hoheit die Prinzessin Claudine Aurelie feierten gestern Ihr erstes Geburtstagsfest. Trotz des anhaltenden Regens war doch unsere Einwohnerschaft sofort auf den Beinen, als sich das Gerücht verbreitete, Ihre Hoheit dürften sich auf dem Balkon durch Ihre durchlauchtigste Kammerfrau zu zeigen geneigt finden. Ein Gefühl belebte die Brust jedes Preußen, als Ihre Hoheit nun wirklich erschien. Selbst der Himmel erheiterte sich und die Sonne brach durch die Wolken. Leider gestattete eine plötzlich eingetretene durchlauchtige Verunreinigung Ihrer Hoheit nur auf kurze Zeit, dieses erhabene Volksfest durch Ihre Gegenwart zu verherrlichen. Noch lange wird dieser Tag das Herz jedes Preußen mit Freude erfüllen.

* * *

Heinrich LXXII.

Der Fürst von Doppelhasensprung
Sah wüthend vom Altane,
Daß dicht vor seiner Nase hung
Die schwarz-roth-goldene Fahne.
Doch wie er nun mit eigener Hand
Am Stricke zerrt und reißt,
Da läuft sein Volk ins Nachbarland,
Von wo es Steine wuthentbrannt
Ihm in die Fenster schmeißt.

licher Betriebe; b) Agenten und Verkaufsvermittler; c) Vertreter von Kreditinstituten aller Art; d) Konsumenten, wobei Aussagen von Vertretern der Landwirthschaft, der Beamtenschaft, der Arbeiterschaft und der übrigen Berufskreise in Frage kommen könnten.

Für die Vernehmung wird das rein kontradiktorische Verfahren angezeigt sein unter Zuhilfenahme, aber nicht ausschließlicher Zugrundelegung des Fragebogens. Der Kommission müßten von der Regierung ernannte bezw. von den verschiedenen Interessengruppen vorgeschlagene Vertreter angehören und zwar insbesondere Männer des praktischen Lebens.

Der Zentralausschuß zweifelt nicht, daß sich auf dem vorgeschlagenen Wege ohne allzu große Unkosten werthvolles Material zur Beurtheilung der Lage des Kleinhandels und demgemäß auch die Mittel zur Abstellung etwa vorhandener Mißstände ergeben werden, was wir ja freilich bezweifeln.

— Der „Deutschen Tageszeitung" gefällt es nicht, daß wir in unserem gestrigen Leitartikel eine Regelung der Arbeitszeit in den Getreidemühlen gefordert haben. Das Agrarierblatt macht den höhnischen Vorschlag, die Regierung möge, wenn einmal die Arbeiterschutz-Gesetzgebung fortgesetzt werden solle, zunächst „die Arbeit der Lagerhalter in den sozialdemokratischen Konsumvereinen" untersuchen und regeln. Das Blatt fügt hinzu: „Wir sind der Zustimmung des „Vorwärts" bei diesem Vorschlage von vornherein sicher." Die „Deutsche Tageszeitung" hat recht, wir sind mit ihrem Vorschlag sehr einverstanden; ja wir haben ganz anders als dieses Blatt dafür gewirkt, daß die Handelsangestellten und nicht nur die in Konsumvereinen, sondern in allen, auch den antisemitischen Krämerläden der „Deutschen Tagesztg." geschützt werden. Die „Deutsche Tageszeitung" dagegen ist vielleicht bereit, die ihr gegnerische Händlerklasse zu ärgern, aber für den Schutz der von ihren agrarischen Klassengenossen schmählichst ausgebeuteten Arbeitskräfte hat sie nichts übrig. Einen geringeren Grad egoistischer Brutalität haben wir auch von diesen Leuten und ihrem Organ nicht erwartet. —

— Agrarische Arbeiterfreundlichkeit. Ein Herr v. T. in H. hat die Stirn, seine sozialpolitischen Wünsche folgendermaßen in der „Deutschen Tagesztg." zusammenzufassen:

1. Energische Bestrafung des Kontraktbrüchigen event. auch desjenigen, der Arbeiter ohne Entlassungsschein beschäftigt.
2. Ersatzleistung beider, des Arbeiters oder Arbeitgebers.
3. Weitergehende Bestimmungen über abpfändbare Gegenstände, im besonderen Beschlagnahme von Löhnen.
4. Eine viel schnellere und promptere Regelung und Aburtheilung des Falles.
5. Berechtigung des Arbeitgebers, die Zurückführung des Kontraktbrechers durch die Polizeibehörde zu veranlagen.

Warum fordern die Herren nicht einfach gleich die Einführung der Leibeigenschaft? —

— Unsere Antwort auf die „Frankfurter Zeitung" wegen ihrer ungehörigen Heranziehung unseres Artikels über die Gegensammlung zur Beschönigung ihres anti-sozialdemokratischen Kartells veranlaßt das Frankfurter Demokratenblatt zu einer neuen Aeußerung. Dem Kernpunkte des Zeitungsstreites geht die doch sonst so sehr gewandte Redaktion fein säuberlich aus dem Wege. Wir schrieben gegen die „Frankfurter Zeitung":

Wer den Leitartikel in Nr. 68 unseres Blattes gelesen hat, muß dieses Vorgehen als eine Verdrehung ungehörigster Art, zu der auch der scharfe Wahlkampf in keiner Weise legitimirt, bezeichnen. Nicht ein Wort läßt sich in dem, was wir je geschrieben haben, anführen zur Vertheidigung des Frankfurter Wahlbündnisses gegen die Sozialdemokratie.

Somit bleibt unsere Kritik vollinhaltlich bestehen. Hoffentlich hat die Debatte für die „Frankf. Ztg." den Vortheil, daß sie uns künftighin loyaler zitirt.

Weit wichtiger aber als dieser Zeitungsstreit ist die politische Bedeutung des Vorgehens der Demokraten im Wahlkreise Frankfurt a. M. Sie lassen sich als Werkzeug der Nationalliberalen gebrauchen, um die Sozialdemokratie durch den Versuch der Eroberung des Wahlkreises zu schwächen. Vom Standpunkte der Nationalliberalen aller Schattirungen ist dieses Bündniß gegen einen Vertreter der entschiedenen demokratischen Grundsätze wohl begreiflich, für die Demokraten ist es schmählich. Seit Jahren hat die „Frankf. Ztg." es als eine ihrer Aufgaben betrachtet, die Arbeiter von der Anschauung, daß ihnen eine „einzige reaktionäre Masse" gegenüberstehe, abzubringen in die Entschiedenheit ihrer demokratischen und sozialpolitischen Grundsätze in's hellste Licht zu rücken.

Sobald die Frankfurter Demokraten aber ihre Worte in Thaten umsetzen wollen, verbinden sie sich mit den unsympathischsten Arbeiterfeinden — den Nationalliberalen. —

— Herr Hans Blum ist trotz seiner „Erfolge" im Kampfe gegen die Sozialdemokratie noch immer nicht abgeschreckt, gegen uns weiter den Krieg fortzusetzen. Er zeigt eben eine neue Schrift an: „Die Heiligen unserer Sozialdemokratie" und die Pariser Kommune in ihrer wahren Gestalt. Mit einem Bilde nach einer Augenblicks-Photographie „Ermordung der 62 Geiseln durch die Pariser Kommune am 26. Mai 1871, nachmittags 5 Uhr. Geschichtliche Erinnerungen zur Warnung aller guten Deutschen. Der Verleger behauptet, daß das Schriftchen zur bevorstehenden Reichstagswahl sehr begehrt werden wird. Wenn wir nur solche Gegner wie den Verfasser dieser Schrift hätten, wäre unsere Arbeit zwar nicht reinlicher, aber dafür desto leichter. —

Die Stimmung des Militärs.

Als einen Beitrag zur Kennzeichnung der Stimmung des preußischen Militärs unmittelbar nach der Revolution des 18. März, der umso höhere Bedeutung beanspruchen darf, da es sich um eine Kundgebung aus der Mitte der im Revolutionsjahr in Potsdam garnisonirenden Garde handelte, brachte unter dem Datum des 21. März 1848 die „Vossische Zeitung" folgenden Bericht aus Potsdam:

„Unsere Stadt, die bisher jede politische Erhebung und thatkräftige Demonstration durch die Nähe des Hofes, den Druck der Aristokratie und die Uebergriffe des Militärs unmöglich macht, kann jetzt freier aufathmen und wird hoffentlich die alten Vorwürfe der ängstlichen Akkomodation und Servilität abschütteln. Die Bürgerschaft hat Elemente in sich, die auf eine Regeneration hoffen lassen. Die Hoffnung ist ein Kleinod der Jugend. Die freie frische Jugend hat den Potsdamern, den Preußen, dem ganzen Deutschland ein Beispiel von Mannesmuth, Hochsinn, deutscher Treue gegeben, das in allen deutschen Herzen seine Ehre finden muß. Drei freiwillige Gardejäger, deren Namen nicht verschwiegen werden dürfen, Stengel, Riemann und Gerike, erklärten gestern bei einem Urlaubsgesuche (um dem Begräbnisse der Berliner siegreich Gefallenen beizu wohnen) ihrem Hauptmann, daß es für einem freien Deutschen schwer, fast unmöglich sei, der preußischen Garde, die Bürgerblut vergossen, anzugehören. Am heutigen Tage sprach zu den genannten drei wackeren jungen Männern der Oberst v. R. in verweisendem hartem Tone, so daß die dieen Jünglinge laut erklärten, sie würden das Vaterland und Königthum mit vollster Hingebung gegen äußere und böswillige innere Feinde vertheidigen, aber niemals gegen den wehrlosen, seine heiligen Rechte verfechtenden Bürger kämpfen; darum müßten sie wünschen, sofort aus der Garde entlassen zu werden. Der Herr Oberst meinte nun, daß jeder Soldat nur dem Kommandoworte Folge leisten und blindlings seine Waffe gebrauchen müsse. Die trefflichen jungen Männer antworteten, das würden sie nie gethan haben, und gleich ihnen dächten noch viele ihrer Kameraden. Auf die Frage des Obersten, ob dem so sei, traten sofort noch fünf Freiwillige hervor und baten ebenfalls um ihren Abschied, der ihnen, so wie sie ihn verlangten, nicht gewährt wurde, indem der Oberst sie für unwürdig, der preußischen Garde anzugehören erklärte und sie sofort entließ. — Diese That bedarf nach beiden Seiten hin keines weiteren Kommentars. —

* * *

Weimar, 25. März. (Eig. Ber.) Heute wurde nach zehnwöchentlicher Tagung der Landtag vertagt, nachdem in den letzten Tagen mit verdoppeltem Eifer an der Fertigstellung des Etats gearbeitet wurde. Eine Anzahl wichtiger Vorlagen harren noch ihrer Erledigung, nicht einmal die einzigen beiden Initiativ-Anträge, Einführung einjähriger Etatsperioden und Aufhebung des Gesetzes betreffend die zwangsweise Ablieferung von Leichen an die Anatomie in Jena, sind erledigt. Das Gesuch der Gewerkschaftskartelle um Erweiterung des Koalitionsrechtes der Arbeiter ist in dieser Tagung dem Landtage gar nicht zur Berathung vorgelegt worden. In der gestrigen Sitzung wurde das Gehalt des Fabrikinspektors auf 1750 M. erhöht, und anstatt bisher 800 M. wurden 1000 M. für Reisespesen eingestellt, weil versuchsweise dem Inspektor eine weibliche Kraft beigegeben sei. Abg. Baudert kritisirte die von der Regierung getroffene Wahl und betonte, man möge bei der Auswahl einer weiblichen Kraft auf die Rathschläge der Arbeiter Rücksicht nehmen, ferner solle man allen Abgeordneten den Jahresbericht des Fabrikinspektors zustellen. Letzteres sagte der Regierungsvertreter zu; bezüglich der Anstellung weiblicher Inspektoren glaubte derselbe noch keinen definitiven Bescheid geben zu können, ob man über die Versuche hinaus kommen werde. — Bedeutende Arbeiten bezüglich der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches stehen dem Landtage noch bevor, jedoch wird derselbe vor dem Spätherbste dieses Jahres schwerlich wieder zusammentreten. —

— Der Gemeinderath von Stuttgart beschäftigte sich am Donnerstag mit der Abgrenzung dieser Stadt in drei Landtags-Wahlbezirke, welche Frage wegen der Kammerdebatten über die Revision der Verfassung brennend geworden ist, weshalb das Ministerium des Innern der Stadtgemeinde Stuttgart um ihre Meinung ersucht hat. Unter Berufung auf die Schwierigkeiten einer räumlichen Trennung des Stadtgebietes beantragte nun der Berichterstatter Gauß, die Stadt als einzigen Wahlkörper zu belassen und die Proportionalwahl einzuführen, bei welchem Wahlsystem auch die Minderheiten zu ihrem Recht kommen würden. Der Gemeinderath beschloß darauf in namentlicher Abstimmung mit allen gegen eine Stimme, den Antrag an die Staatsregierung zu richten, es möge ausnahmsweise für Stuttgart das Proportionalwahl-Verfahren eingeführt werden.

Zu diesem Beschlusse bemerkt die „Schwäbische Tagwacht":

„Die Proportionalwahl ist uns willkommen, man führe sie aber dann nicht nur in den Bezirken ein, in denen die Sozialdemokratie die stärkste Partei ist, sondern für das ganze Land. Es wäre die schreiendste Ungerechtigkeit, so lange die Bezirkswahlen beibehalten werden, in einer einzelnen Stadt die Proportionalwahl einzuführen, um — die Sozialdemokratie die ihr gebührende Vertretung nicht erlangen zu lassen. So lange das Wahlverfahren nicht so gestaltet ist, daß die sozialdemokratischen Minoritäten im ganzen Lande ihre Vertretung finden, besteht kein Anlaß, in Stuttgart den Minoritäten der bürgerlichen Parteien zu ihrer Vertretung zu verhelfen."

Straßburg i. E., 25. März. (Eig. Ber.) Der Versuch der reichsländischen Regierung, die Gehälter der Elementarlehrer zu erhöhen, ist nach mehrtägigen Verhandlungen am Widerstand des Landesausschusses endgiltig gescheitert. Der Gesetzentwurf gelangte in der Fassung der Kommission, durch welche die Gehaltssätze der Regierungsvorlage stark beschnitten worden waren, in dritter Lesung mit 26 gegen 18 Stimmen zur Annahme. Abgesehen von dem Bestreben der meisten ländlichen Abgeordneten, ihre Gemeinden vor erhöhten Lasten zu bewahren, ist jenes beklagenswerthe Resultat nicht zum wenigsten dem ungeschickten Auftreten des Staatssekretärs v. Puttkamer zuzuschreiben. Derselbe fühlte das Bedürfniß, die Lehrerfreundlichkeit des Diktaturregiments in ein recht günstiges Licht zu rücken und glaubte zu diesem Zwecke auf die Lehrerbesoldungs-Verhältnisse Preußens hinweisen zu müssen, die wesentlich hinter demjenigen zurückblieben, was die Vorlage den reichsländischen Lehrern gewähren wolle. Diese Darlegungen vom Regierungstische aus, deren Richtigkeit zu bezweifeln wir keinen Grund haben, machten die Herren Députés stutzig und bestärkten sie in ihrer Auffassung, daß es unseren Lehrern schon viel zu gut gehe. Damit war das Schicksal der Vorlage entschieden, und die geprellten Lehrer können sich bei Herrn v. Puttkamer dafür bedanken, daß sie wieder einmal leer ausgegangen sind.

Die in der bekannten Spionage-Angelegenheit gegen den Bildhauer Steinlen und den Reisenden Duffard erhobenen Anschuldigungen sollen nach Mittheilungen des Metzer „Lorrain" schwerwiegender Natur sein. Danach bestanden die in der Wohnung Steinlen's beschlagnahmten Dokumente in Zeichnungen und Croquis, die sich auf die Vertheidigung der Festung Metz beziehen. Außerdem soll die Polizei eine Steinlen ganz besonders bloßstellende Korrespondenz beschlagnahmt haben. Steinlen und Duffard wurden am Tage nach ihrer Verhaftung photographirt. Sobald der ziemlich umfangreiche Aktenstoß dem Reichsgericht in Leipzig übermittelt ist, wird der Ober-Reichsanwalt Beschluß in der Sache fassen, von dem das weitere Verfahren abhängig ist.

Eine Anzahl Bürgermeister des Kreises Erstein laden in einem öffentlichen Ausschreiben zu einer Abschiedsfeier ein, die dem scheidenden Kreisdirektor Peucer, dem Helden der berüchtigten Stimmzettel-Affäre, gegeben werden soll. Wenn man nicht schon lange gewußt hätte, daß die Herren Bürgermeister im Lande des Diktaturparagraphen und der Ausnahmegesetze nur allzu sehr die diensteifrigen Schildknappen der höheren Verwaltungsbeamten sind, so wäre durch obige Veranstaltung hierfür gewiß ein schlüssiger Beweis erbracht. —

Ein bürgerliches Chamäleon.

„Vossische Zeitung", 4. April 1848.

„Wir haben ein heiliges Recht, die Nacht des 18. März als einen großen Akt der Sühne zu betrachten. In dem furchtbaren Gericht jener Nacht lag eine tiefe historische Nothwendigkeit. Uns konnte die Freiheit nicht geschenkt, sie konnte nur von uns erobert werden; nur im härtesten Zusammenstoß konnte der militärische, schroffe, hochfahrende Geist des alten Preußen dem jungen Geiste des freien Bürgerthums erliegen. Dennoch stürmte unser Volk mit dem festen kühnen Muthe der Freiheit gegen ihn an und es hat ihn gefällt. In dieser Nacht haben wir alle alten dunklen Traditionen geschlagen, das Erbe langer trauriger Jahre von uns gestoßen, und durch eine große Bluttaufe unser Volk im Geist des wiedergebornen Deutschlands neu geweiht."

„Vossische Zeitung", 15. März 1849.

„Jetzt ist das Gewebe längst durchschaut, niemand glaubt mehr an die grobe Lüge und Fabel von dem Schießen auf das Volk, welches damals durch den abscheulichen zur wildesten Flamme angeblasenen Funken des Gerüchts aus zwei zufälligen Schüssen wenige Sekunden darnach, und wenige hundert Schritte davon, Bataillonssalven schuf. Ebenso entstellt und übertrieben waren, durch längst vorbereitete Absicht, die mit jeglicher Gewalt herausgeforderten anderen Einschreitungen. Das Mordgeschrei — wo niemand verletzt, niemand gefallen war — tobte durch die Gassen, der Mord selbst folgte unmittelbar, aber an unschuldigen Schildwachen; die Fahnen in deutscher Farbe, die planmäßigen Barrikaden, wuchsen wie durch Zauberschlag überall in der Stadt aus der Erde — und so wurde dem Volke der bis zum Wahnsinn berauschende verderbliche Trank gemischt, der es dahin trieb, wohin es nimmer gewollt und gedacht hatte. Das ist die Wahrheit des 18. März, nach zwei Uhr mittags! Soll und darf dieser gefeiert werden? Nein, unbedingt und dreifach Nein! — Aus giftiger Saat kann nur eine giftige Frucht reifen. Dieser 18. März, über den wir selbst an jenem Tage tief getäuscht waren, ihn einzig für das unselige Erzeugniß der Wahnverblendung hielten, während seine Wurzel mit arger Besonnenheit eingesenkt und herangenährt war, dieser 18. März ist denn auch der Quell aller späteren unglückseligen Thaten und Ereignisse geworden, die das Vaterland dem Abgrund nahe gebracht . . ."

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Eine Denunziation wegen Majestätsbeleidigung, welche gestern die erste Strafkammer am Landgericht II beschäftigte, erwies sich lediglich als ein Ausfluß boshafter Rachsucht. Der Kaufmann Julius Treuherz, welcher in der Wallnertheaterstraße wohnt, aber in Mühlenbeck eine Fabrik betreibt, hatte Mitte April v. J. zwingende Veranlassung, seinen Schmied namens Gensch plötzlich zu entlassen und demselben die Fabrikwohnung zu kündigen. Gensch rächte sich sofort durch eine Denunziation an die königliche Staatsanwaltschaft, in welcher er anzeigte, sein bisheriger Prinzipal Treuherz habe in der Zeit der Centenarfeier bei Gelegenheit der Anbringung einer Fahne Aeußerungen gemacht, welche — wenn erweislich wahr — eine selten starke Beleidigung des Kaisers dargestellt hätten. Die Anklage wurde erhoben und die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. In der öffentlich verkündeten Urtheilsbegründung erklärte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Garth: „Ist es schon überaus bedenklich, auf grund der Aussage eines einzigen Zeugen einen Menschen wegen Majestätsbeleidigung zu bestrafen, so ist dies in diesem Falle doppelt bedenklich. Der Zeuge Gensch hat durchaus keinen günstigen Eindruck gemacht, es hat sich nichts ergeben, was ihn als glaubhaft erscheinen lassen könnte. Er hat zwar seine Frau und seinen damaligen Gesellen als Zeugen darüber vorgeführt, daß er diesen unmittelbar nachher die Worte des Angeklagten mitgetheilt habe, aber diese Zeugen haben sich so unsicher und schwankend benommen, daß die Glaubwürdigkeit des Gensch dadurch nicht gewinnen kann. Es war daher auf Freisprechung des Angeklagten zu erkennen. —

Oesterreich.

— Im Abgeordnetenhause wird Dienstag für die sozialdemokratische Fraktion Genosse Daszynski über das Regierungsprogramm sprechen. Entweder an diesem Tage oder am Mittwoch wird die Regierung die Ausgleichsgesetze einbringen. Am Freitag, 1. April, beginnen die Osterferien, die bis 20. April dauern werden. Die Regierung meint, im April — für den 29. April ist die Einberufung der Delegationen in Aussicht genommen — mit der ersten Lesung der Ausgleichsgesetze, den Ministeranklagen und Dringlichkeitsanträgen fertig werden zu können. —

Frankreich.

Paris, 25. März. Die Deputirtenkammer nahm ohne Berathung den Gesetzentwurf an, welcher die Regierung ermächtigt, für Madagaskar eine Anleihe im Betrage von 5 Millionen Franks zu emittiren. Dieselbe ist hauptsächlich zur Anlage von Verkehrswegen bestimmt. —

Belgien.

— Die Genter Sozialdemokraten haben sich mit großer Majorität für den Anschluß an das für die nächsten Kammerwahlen errichtete demokratische Kartell (vergleiche unseren Leitartikel vom 22. März) ausgesprochen. —

Italien.

Rom, 26. März. In der Deputirtenkammer kam am Freitag die Absicht der Regierung zur Sprache, die beiden noch im Bau befindlichen Kriegsschiffe „Garibaldi" und „Varese" an die Vereinigten Staaten zu verkaufen. Mehrere Abgeordnete bekämpften diese Absicht der Regierung; es sei zu befürchten, daß diplomatische Verwicklungen entstehen könnten. Abg. Farina meinte, es sei nicht angängig, daß dieser Verkauf stattfinde und führt aus, die Schiffe könnten nicht ohne ein eigens hierfür angenommenes Gesetz verkauft werden.

Marineminister Brin vertheidigte die Regierung; eine endgiltige Entscheidung sei noch nicht getroffen.

Am Sonnabend wurde die Debatte fortgesetzt unter Zugrundelegung eines Antrages de Nobili, Santini und Genossen, der dahin geht, die Regierung aufzufordern, daß sie der Kammer einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlege, ehe sie zum Verkaufe von Schiffen schreitet. —

Rom, 23. März. (Eig. Ber.) Die von den Führern der Rechten gegen Crispi eingebrachten Tagesordnungen waren nichts als bestellte Arbeit vom Quirinal, um dem Exminister, dem königlichen Vetter (Crispi ist Inhaber des Sankt-Annunciata-Ordens und folglich Vetter des Königs) vom Zuchthaus zu retten. Der Zweck ist denn auch vollkommen erreicht. Die Mehrheit bekämpfte mit aller Kraft diese weitgehenden Anträge und schließlich ertheilte man die Zensur. Freilich hindert diese Abstimmung die Justizbehörden nicht, von neuem gegen Crispi vorzugehen. Werden sie es thun? So viel ist sicher, in ganz Italien herrscht nicht viel Verlangen, diesen Schmutz von neuem aufgewühlt zu sehen. —

Spanien.

— Siege aus Kuba zu melden, hält die spanische Regierung anläßlich der bevorstehenden Korteswahlen und des drohenden Konfliktes mit der Union für ihre dringlichste Aufgabe. Man hat aber allen Anlaß zu schärfstem Mißtrauen gegenüber derartigen Nachrichten. Heute liegen die folgenden aus Havana datirten Nachrichten vor:

Der spanische General Bernal schlug die Aufständischen in mehreren Zusammenstößen zwischen dem 13. und 17. d. Mts. in der Gegend von Jiguany (Ostdepartement). Auch in der Provinz Pinar del Rio wurde gekämpft; hier fielen bei einem Zusammenstoß 75 Insurgenten. Endlich wurden die Aufständischen auch bei Bayamo geschlagen.

In der Sierra Chaparra hat ein Zusammenstoß stattgefunden. General Luque nahm das Lager der Aufständischen, von denen 48 getödtet und 150 verwundet wurden; auf Seite der Spanier wurden ein Kapitän und 9 Soldaten getödtet sowie mehrere Offiziere und 58 Soldaten verwundet. —

Griechenland.

Athen, 26. März. Vor dem Untersuchungsrichter erklärte Karditzi, die Dynamitbombe, die er bei sich führte, sei für Delyannis bestimmt gewesen; wenn der Anschlag gegen den König gelungen wäre, hätte er sich nach Delyannis' Hause begeben wollen, um dort die Bombe zu schleudern. Kein Anwalt hat die Vertheidigung Karditzi's übernommen, weshalb ihm ein Offizialvertheidiger bestellt wurde; der Angeklagte erklärt indeß jede Vertheidigung für unnöthig. —

Amerika.

— Zum spanisch-nordamerikanischen Konflikte liegen heute folgende Meldungen vor:

Die Kommission zur Untersuchung des „Maine"-Unfalles erklärt, daß die Explosion von außen erfolgt sei, stellt aber nicht fest, wen die Verantwortlichkeit treffe, und spricht sich nicht über den Charakter der Explosion aus; durch Zeugen sei jedoch dargelegt, daß die Explosion durch eine unterirdische Mine verursacht sei.

Nach einer weiteren, dem „Reuter'schen Bureau" zugegangenen Meldung aus Washington über den angeblichen Inhalt des Berichtes der „Maine"-Kommission solle dieser Bericht die Katastrophe zwei aufeinander folgenden Explosionen zuschreiben, von denen die erste durch eine unterseeische, bewegliche Mine erfolgt wäre, worauf die zweite in einer kleinen Pulverkammer stattgefunden habe. — Selbstverständlich bedürfen auch gegenwärtig die Meldungen über den Inhalt des Berichts der Bestätigung.

Der Bericht der spanischen Untersuchungskommission kommt im direkten Gegensatze zu dem amerikanischen zu dem Schluß, daß die Explosion auf der „Maine" einer inneren Ursache zuzuschreiben sei. —

Dem Vernehmen nach kaufte das amerikanische Marinedepartement acht Dampfyachten und vier Schleppdampfer, welche als Hilfsschiffe der Flotte dienen sollen. Sechzehn Schiffe, welche zum Leuchtdienst gehören, sind dem Marinedepartement überwiesen worden. Wie ferner verlautet, haben die Mitglieder des westlichen Theils der Seestreitkräfte Befehl erhalten, sich bereit zu halten zum Uebertritt nach dem östlichen Theil, wo sie an Bord der Hilfsschiffe dienen sollen.

Frankreich und England sollen ihre guten Dienste zur Beilegung des schwebenden Konflikts angeboten haben. —

Die Zunahme der Unfallasten

bei den Berufsgenossenschaften.

Die Summe der an Unfallverletzte zu zahlen gewesenen Entschädigungen hat im Jahre 1896 im Vergleich zu den früheren Jahren unverhältnißmäßig zugenommen. Es sind nach den Zusammenstellungen des Reichs-Versicherungsamts von allen Berufsgenossenschaften zusammen

1894: 44 281 786 M.
1895: 50 125 782 „
1896: 57 347 673 „

an Renten und sonstigen Entschädigungskosten verausgabt worden. Die Thatsache beginnt in den Unternehmerkreisen Besorgniß zu erregen, umsomehr, als auch die Zahl der entschädigungspflichtig werdenden Unfälle von Jahr zu Jahr eine Zunahme zeigt, und man sucht naturgemäß nach Gründen für die nicht erwartete und so große Geldausgaben verursachende Erscheinung. Eine Berufsgenossenschaft, bei der das Anwachsen der Unfälle und der Kosten gerade auffällig groß ist, bei der die gezahlten Entschädigungskosten von 267 224 M. im Jahre 1894 auf 286 155 M. im Jahre 1895 und auf 323 485 M. im Jahre 1896 angewachsen sind und die zur Feststellung einer Entschädigung führenden Unfälle im Jahre 1895 nur 314, im Jahre darauf aber 363 betragen haben, knüpft hieran in ihrem uns vorliegenden Geschäftsbericht die folgenden höchst sonderbaren Bemerkungen.

Auf die stärkere Inanspruchnahme der Industrie könne die starke Zunahme der Unfälle in erster Linie nicht zurückzuführen sein; denn die Zahl der beschäftigten Arbeiter sei von 121 556 im Jahre 1895 nur auf 123 585 im Jahre 1896 und die Summe der Arbeitslöhne in der gleichen Weise nur von 76¼ auf 78½ Millionen Mark in die Höhe gegangen, was einer Steigerung von 1,59 vom Hundert bei den Arbeitern und von 2,94 vom Hundert bei den Löhnen entspräche gegen 15,61 vom Hundert bei den Unfällen. Hingegen scheinen die Arbeiter zum Theil Schuld an dem Anwachsen der Unfälle zu tragen, weil ihnen ja begreiflicherweise das Bewußtsein, durch die Unfallversicherung gegen materiellen Schaden gedeckt zu sein, eine gewisse Sorglosigkeit der Gefahr gegenüber verleihe, wenn man ihnen schon nicht zum Vorwurf machen wolle, daß Unfälle in erheblicher Zahl geflissentlich herbeigeführt würden. Zudem wachse die Neigung, für alle zurückbleibenden Folgen von Verletzungen, über die man sich früher hinweggesetzt hätte, Entschädigungsansprüche zu stellen, und trotz aller zulässigen Kritik mehrten sich deshalb die Fälle, in denen Renten bewilligt werden müßten, obwohl in Wirklichkeit die Betroffenen eine Lohneinbuße nicht erlitten hätten. Ebenso nähmen mit Vermehrung der erhobenen Ansprüche auch diejenigen Fälle an Zahl zu, in denen bei obwaltenden Zweifeln zu gunsten des Verletzten entschieden würde.

Soweit die Berufsgenossenschaft. Wir von unserm Standpunkte können nicht zugeben, daß bei der Zunahme der berufsgenossenschaftlichen Unfallasten schon jetzt irgend welcher Grund zur Besorgniß vorhanden wäre, es möchten dieselben der deutschen Industrie über den Kopf wachsen. Haben doch gerade bei obiger Berufsgenossenschaft die Kosten für den Hauptgewerbezweig, die Tuchfabrikation, auf 1000 M. anrechnungsfähigen Arbeitslohn im ganzen Jahre 1896 nur 6,24 M. betragen oder nur 24 Pf. mehr, als im Jahre zuvor, was für den einzelnen Arbeiter mit einem Durchschnittsverdienst von 635,08 M. einen Jahresbeitrag von noch nicht 4 M. ausmacht. Eine solche Abgabe ist unsere stark in der Entwickelung begriffene Exportindustrie noch immer zu tragen in der Lage.

Insoweit übrigens die Mehrzahlungen darauf beruhen, daß heutzutage bei der immer zunehmenden Kenntniß der gesetzlichen Bestimmungen für fast alle mit einem Betriebsunfall in Verbindung stehenden körperlichen Gebrechen eine Rente verlangt wird und daß auch die höheren Instanzen, Schiedsgerichte und Reichs-Versicherungsamt, in zweifelhaften Fällen immer häufiger zu gunsten der Arbeiter zu entscheiden geneigt sind, können wir dies im Gegensatze zum Vorstande der gedachten Berufsgenossenschaft nur mit Freude begrüßen. Die Unfallversicherung hat dem Arbeiter nicht ein Almosen, sondern sein wohlerworbenes Recht zu gewähren, und wenn der Verletzte von einem wohlwollenden Fabrikanten trotz seiner geringeren Leistungsfähigkeit den unverkürzten früheren Lohn weiter bezieht, so kann das anders werden, wenn er seine Stelle wechselt oder wenn der Arbeitgeber sein Geschäft verkauft. In zweifelhaften Fällen ist es nur recht und billig, zu gunsten der verletzten Arbeiter, als der schwächeren Partei zu entscheiden. Für sie hängt von der Bewilligung oder Nichtbewilligung der Rente ihre ganze Existenz ab, für die Herren Kapitalisten macht es wenig aus, ob sie einige Tausend Mark mehr oder weniger für die Unfallversicherung aufzubringen haben.

Von viel größerem Werthe, als für die Fabrikanten, wäre eine Herabminderung der Betriebsunfälle aber für die Arbeiter selbst. Denn besser als für einen körperlichen Schaden durch eine zumeist unzureichenden Rente entschädigt zu werden, ist es, im Besitz seiner gesunden Gliedmaßen und seiner Erwerbsfähigkeit zu bleiben. Auch der Lohnarbeiter hat nur sein bescheidenes Brot, das ist wahr. Aber er nährt doch sich und seine Familie, und wenn er sich auch manchmal ein besseres Loos wünschte, mit dem Unfallrentner tauscht er noch lange nicht. Nur bei völliger Erwerbsunfähigkeit wird dem letzteren nach dem Gesetz die volle Rente von zwei Dritteln des früheren Arbeitsverdienstes gezahlt. Das ist aber der Höchstsatz. Bei geringerer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit erhält er nur einen verhältnißmäßig kleinen Theil dieser Rente und kann dann, wenn es ihm nicht gelingt, eine passende leichte Beschäftigung zu finden, betteln gehen. Und die Aussicht hierauf sollte den Arbeiter auch nur im geringsten veranlassen können, den Gefahren seines Berufs gegenüber nur in etwas unvorsichtiger und leichtsinniger zu sein, wo er gar nicht berechnen kann, in wie furchtbarer Weise er durch die Maschinen, an denen er arbeitet, verstümmelt werden kann? Die Gewohnheit stumpft gegen die Gefahr ab, das geben wir zu. Aber daß nur einer unter den Arbeitern wegen seiner Versicherung gegen Unfall sich größerer Sorglosigkeit hingäbe oder gar einen Unfall geflissentlich selbst herbeiführte, ist undenkbar.

Wenn hingegen etwas auf die Vermehrung der Unfälle in den letzten Jahren von Einfluß gewesen ist, so ist es in der That die Steigerung der Industriethätigkeit gewesen und sodann eine fast vollständige Vernachlässigung der Unfallverhütung.

Um bei unserer Berufsgenossenschaft zu bleiben, so kann man, ganz abgesehen davon, daß im Jahre 1896 der Streik der Textilarbeiter in Kottbus in einem großen Bezirke anfänglich einen lang andauernden Stillstand der Arbeit und dann später ein vermehrtes Hasten bei derselben zur Folge hatte. Das Vorliegen einer wesentlichen Anspannung der Industrie nicht etwa damit schon aus der Welt hinwegphilosophiren, daß die Steigerung der Arbeiter und Arbeitslöhne mit der Zahl der Unfälle und Rentenzahlungen nicht gleichen Schritt gehalten hat. Der Arbeitslohn entspricht nicht immer der Arbeitsleistung. Wenn die Webstühle um ein Viertel schneller laufen, erhält der Arbeiter nicht etwa auch einen um ein Viertel höheren Lohn, er wird bestenfalls mit 10 pCt. Lohnzuschlag abgespeist. Man stelle deshalb Ermittelungen darüber an, nicht wie viel Arbeitslohn im Jahre 1896 ausgezahlt, sondern wie viel Waare fertig geschafft wurde, und man wird über die große Steigerung der Unfälle nicht mehr im Unklaren sein. Mit der größeren Hast bei der Arbeit wächst auch die Gefahr, und ebenso mit der Ermüdung des Arbeiters. Eine Zusammenstellung der Tageszeiten, in denen sich die Unfälle ereignet haben, würde gewiß ergeben, daß die letzten Arbeitsstunden auch immer die gefährlichsten sind, vorausgesetzt daß der Arbeiter bei Antritt der Arbeit völlig arbeitsfähig gewesen ist.

Es wären die Unfallasten der Berufsgenossenschaften in den zwölf Jahren ihres Bestehens überhaupt nicht in so großem Maße angewachsen, wenn man sein Hauptaugenmerk von Anfang an auf die Unfallverhütung gerichtet hätte, was nicht geschehen ist. Die wenigsten Berufsgenossenschaften haben zweckentsprechende Unfallverhütungs-Vorschriften und die wenigsten lassen ihre Fabrikbetriebe in ausreichendem Maße durch Aufsichtsbeamte revidiren. Jahre hindurch hat eine Kommission von Berufsgenossenschafts-Vertretern gebraucht, um sogenannte „Normal-Unfallverhütungs-Vorschriften" auszuarbeiten, welche, gerade herausgesagt, nichts werth sind, weil sie überall mit Ausnahmen rechnen und darum den Fabrikanten doch in allem freie Hand lassen. Wie unzureichend die Vorschriften einzelner Berufsgenossenschaften sind und wie wenig die Unternehmer Neigung haben, praktischen Vorschlägen von berufener Seite Gehör zu schenken, zeigt wieder der hier benutzte Geschäftsbericht. Die erstmaligen Betriebsbesichtigungen des Aufsichtsbeamten unserer Berufsgenossenschaft ergaben im Jahre 1896 762 Verstöße gegen die Unfallverhütungs-Vorschriften, während in 847 weiteren Fällen, die in den Vorschriften nicht vorgesehen waren, von seiten des Beamten Rathschläge für Anbringung von Schutzvorrichtungen oder Verbesserungen an denselben ertheilt wurden. Bei den einige Monate nach der ersten Besichtigung erfolgten Nachrevisionen mußten 358 Verstöße in Erinnerung gebracht, 561 Rathschläge von neuem ertheilt werden. Eines weiteren Beweises bedarf es nicht. Vielen Fabrikanten sind eben die Sicherheitsvorrichtungen unbequem. Denn Sicherheitsvorrichtungen stellen sich mitunter dem Hasten und Jagen nach vermehrter Arbeitsleistung hinderlich in den Weg, und das macht sich wieder am Geldbeutel fühlbar. Lieber können ein paar Arbeiter verunglücken, lieber die Kosten der Unfallversicherung ein paar tausend Mark mehr betragen.

Uns zeigt gerade das Kapitel von der Unfallverhütung, daß die Organisation der Unfallversicherung, die dem Unternehmerthum nahezu völlig freie Hand läßt, eine durchaus verfehlte ist. Erst bei einem vernunftgemäßen Ausbau der Unfallverhütung hätte die Unfallversicherung der Arbeiter diejenige wohlthuende Wirkung auf unsere industriellen Zustände ausgeübt, die man sich von ihr versprochen hatte.

Wahlbewegung.

Als Reichstagskandidat der Freisinnigen Volkspartei für den Wahlkreis Sangerhausen-Eckartsberga ist Freiherr v. Reibnitz-Heinrichsau aufgestellt worden.

Am Freitag Abend hielt der Reichstags-Abgeordnete Bebel in Altenburg eine Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Der Zudrang war so massenhaft, daß schon um 7 Uhr der große Saal überfüllt war und Tausende keinen Platz mehr fanden. Die Versammlung begann kurz vor 9 Uhr und endete kurz vor 11 Uhr mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, in der die Versammelten ihr Einverständniß mit dem Inhalt des Referats aussprachen und zu energischer Wahlagitation sich verpflichteten. Mit einem Gesang des Arbeiter-Gesangvereins schloß die imposante Versammlung.

In den beiden Dresdener Wahlkreisen ist unter den bürgerlichen Parteien der Handel stark im Gange. Wie bereits mitgetheilt, haben die Nationalliberalen in Dresden-Neustadt den Dr. Böhmert aufgestellt und sie versuchen die Konservativen dadurch zu gewinnen, daß sie ihnen im anderen Dresdener Wahlkreis gegen den Einbruch des Antisemiten Zimmermann Hilfe versprechen. Die Konservativen sind natürlich von der Wendung der Dinge garnicht erbaut und es sollen jetzt krampfhafte Versuche gemacht werden, den Herrn Zimmermann zum Rücktritt in Dresden-Altstadt zu bewegen unter dem Versprechen, daß ihm ein anderer Wahlkreis ausgeliefert wird.

Für die Sozialdemokratie ist das Resultat dieser Schacherei ohne belang, sie hat schon immer gegen diesen ganzen Klüngel Front gemacht und wird auch bei der bevorstehenden Wahl ihren Mann stellen, mag man die Gegenkandidaten herholen, wo man will.

Partei-Nachrichten.

Die Sozialdemokratie Königsbergs i. Pr. beabsichtigt, ihrem früheren Vertreter im Reichstage, dem auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde in Berlin ruhenden Vorkämpfer Karl Schultze, an seinem Todestage, dem 1. April, einen Grabstein setzen zu lassen.

In Nowawes wurden die Parteigenossen Hermann Beyer und August Mayer mit 129 gegen 49 Stimmen als Vertreter der dritten Klasse in den Gemeinderath gewählt.

Bei der Gemeinderathswahl in Bredow bei Stettin trugen die beiden sozialdemokratischen Kandidaten den Sieg davon. Von 230 insgesammt abgegebenen Stimmen erhielten sie 145 und 228. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler aber betrug 1495.

In Langenbielau erhielten bei der Gemeinderathswahl unsere Parteigenossen Kühn und Feldmann in der 3. Klasse nur je 28 Stimmen, während die gegnerischen Kandidaten 240 und 241 Stimmen auf sich vereinigten. Die hauptsächliche Ursache dieser geringen Betheiligung der sozialistisch gesinnten Arbeiter ist die Scheu vor der öffentlichen Abstimmung; anderseits wird aber noch zu wenig Werth auf das Gemeinde-Wahlrecht gelegt. Das Dreiklassensystem äußert sich allerdings in Langenbielau recht kraß. Von 1135 Gemeinderathswählern kommen vier auf die erste, 37 auf die zweite und 1094 auf die dritte Klasse.

Die drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs nahmen in einer gemeinschaftlichen Versammlung Stellung zur Maifeier, die bekanntlich diesmal auf einen Sonntag fällt. Die drei Vereinsvorstände und die Kommission des Gewerkschaftskartells waren überein gekommen, einen Festzug nach Barmbeck vorzuschlagen; die Kartellkommission wünschte aber noch, daß nur organisirte Arbeiter, nämlich die Mitglieder der drei sozialdemokratischen Vereine und der Gewerkschaften, an dem Festzuge theilnehmen dürften, wodurch die Feier an Bedeutung gewinnen würde. Die Versammlung beschloß den Festzug, lehnte aber die von der Kartellkommission gewünschte Einschränkung der Betheiligung mit großer Mehrheit ab. Bestimmend war hierfür u. a. der Umstand, daß es bei der Maifeier gerade darauf ankommt, die nicht organisirten Arbeiter, die die große Mehrzahl der Arbeiterschaft bilden, für den Gedanken der Organisation zu gewinnen, was schwerlich erreicht wird, wenn man sie durch ein Verbot ihrer Betheiligung gewissermaßen von sich stößt.

In derselben Versammlung wurde die lokale Abrechnung über den Hamburger Parteitag gegeben. Die Einnahmen betrugen 2113,46 M., die Ausgaben 2830,53 M., so daß noch 717,07 M. nachzuzahlen sind.

Todtenliste der Partei. In Hanau ist der Zigarrenmacher Philipp Spahn gestorben. Er war seit der Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für die Partei thätig. Ehre seinem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Die Staatsanwaltschaft in Glatz hat das Verfahren eingestellt, das gegen den Parteigenossen Krätzig in Blumenau wegen angeblicher Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und Beleidigung des Grafen v. Posadowsky anhängig war.

Gerichts-Zeitung.

Von einer zu Unrecht empfangenen dreimonatigen Gefängnißstrafe ist gestern der Bautechniker Emil Naumann durch die Berufungsinstanz befreit worden. Der Fall zeigt wieder, wie auch der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Der Angeklagte, ein völlig unbescholtener Mann, der sich in guter Vermögenslage befindet, besuchte am 25. September nachts das Café du Nord in der Chausseestraße. Er hatte mit einem Freunde an einem Tische Platz genommen, an einem Nebentische nahm eine Dirne mit ihrem Beschützer Platz. Ein Gespräch, welches sich zwischen den beiden Tischen entwickelte, nahm eine unangenehme Wendung und plötzlich bezichtigte das Mädchen den Angeklagten, daß er ihr zwei Jahre vorher (!) bei einer Begegnung mit ihr einen Schirm und ein Paar Handschuhe gestohlen habe. Der Angeklagte wies diese Beschuldigung eines Mädchens, welches er nach seiner Versicherung nie gesehen, mit Entrüstung zurück; um aber jedem Skandal zu entgehen, bezahlte er seine Zeche und bestieg mit seinem Begleiter die vor dem Lokal auf ihn wartende Droschke. Als er eben einsteigen wollte, erhielt er von dem Beschützer des Mädchens einen kräftigen Stoß und gleich darauf rief das Mädchen und der zu ihr gehörige Mann: „Wir sind bestohlen und die Diebe wollen mit der Droschke fortfahren!" Sofort entstand ein großer Auflauf von Dirnen und deren Begleitern und die Situation wurde für die Insassen der Droschke kritisch. Stöcke und Schirme wurden gegen sie erhoben und sie sahen sich zu kräftiger Abwehr genöthigt. Naumann gebrauchte dazu seinen Stock, mit welchem er dem Beschützer des Mädchens mehrere heftige Schläge in das Gesicht versetzte, während sein Begleiter mit einem harten Gegenstand, den er in der Hand hatte, um sich schlug und sowohl dem Zuhälter eine heftig blutende Wunde am Hinterkopfe beibrachte, als auch eine unbetheiligte Frauensperson nachdrücklichst mißhandelte. Die Folge war eine gegen beide Schläger erhobene Anklage. Das Schöffengericht verurtheilte den Angeklagten wegen Diebstahls und gefährlicher Körperverletzung zu 8 Monaten, seinen Freund sogar zu acht Monaten Gefängniß. Bei der gestrigen Verhandlung der Sache vor der 6. Strafkammer beantragte Rechtsanwalt Leopold Meyer die kostenlose Freisprechung des Naumann. Er bat nur zu berücksichtigen, daß dieser ein ehrenhafter, unbestraster Mann, die Belastungszeugin aber eine Frauensperson sei, die das schimpflichste Gewerbe betreibe und der kein Glaube beizumessen sei. Die von ihr erhobene Beschuldigung wegen Diebstahls schwebe vollständig in der Luft. Was die Körperverletzung betreffe, so habe der Angeklagte offenbar in der Nothwehr gehandelt. Der Gerichtshof hielt auch den Vorwurf des Diebstahls für einen gänzlich unbegründeten und erkannte an, daß jemand, der in dieser Weise von einer ganzen Rotte bedroht werde, sich zweifellos in der Nothwehr befinde. Das erste Urtheil wurde daher aufgehoben und Naumann freigesprochen. Der Freund des letzteren, der nach Fällung des schöffengerichtlichen Urtheils sofort verhaftet worden war, hatte aus Kopflosigkeit die 8 Monate Gefängniß sofort angetreten. Es soll jetzt zu seinen gunsten das Wiederaufnahme-Verfahren betrieben werden.

Aus welchen kleinlichen Ursachen Meineide geleistet werden, zeigte die gestern vor dem Schwurgerichte verhandelte Anklage wegen wissentlichen Meineides gegen den Bäckergesellen und Werkmeister Anlauf. Als derselbe eines Tages mit seiner Familie aus einem Schanklokale kam, wurde sein Sohn von einem spielenden Knaben angerempelt. Er verfolgte den Knaben und verabfolgte ihm eine Tracht Prügel. Dies sahen die Eltern des geschlagenen Knaben und mißhandelten nun den Angeklagten. Daraus entstand eine Anklage wegen Körperverletzung gegen das Elternpaar und in der schöffengerichtlichen Verhandlung beschwor der Angeklagte trotz ernstester Vorhaltungen, daß er den Knaben gar nicht geschlagen habe. Das Schöffengericht verurtheilte die Eltern des Knaben und diese riefen vergeblich die Berufungsinstanz an. Sie betrieben darauf das Wiederaufnahmeverfahren und traten mit der Behauptung hervor, daß Anlauf einen Meineid geleistet habe. Dieser wurde in Haft genommen und vor das Schwurgericht gestellt. Die gestrige Beweisaufnahme war für den Angeklagten so ungünstig, daß der Staatsanwalt Hagen ihn für völlig überführt erachtete, wider besseres Wissen der Wahrheit nicht die Ehre gegeben zu haben. Rechtsanwalt Dr. Gennrich hielt dafür, daß der Angeklagte des fahrlässigen Falscheides schuldig sei und daß ihm event. Strafmilderung zugebilligt werden müssen weil er durch wahrheitsgemäße Bekundung sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigt haben würde. — Die Geschworenen geben ihren Wahrspruch auf schuldig des wissentlichen Meineides unter Bejahung des strafmildernden Umstandes ab. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt.

Wegen unerlaubter Veranstaltung eines öffentlichen Tanzvergnügens hatte der Gastwirth Peter ein Strafmandat erhalten. Auf seinen Antrag beschäftigte sich das Schöffengericht mit der Sache und sprach ihn frei, nachdem es folgendes festgestellt hatte. An mehreren Sonntagen hatten eine kleine Anzahl junger Leute beiderlei Geschlechts, darunter die Tochter des Wirthes, im Schlafzimmer des Herrn Peter nach den Klängen einer Ziehharmonika getanzt. Die jungen Leute, die sich selber Bier und Zigarren aus dem Restaurationsraum des Angeklagten holten, entschädigten den Harmonikaspieler durch Trinkgelder. Das Schöffengericht sah diese Art der Unterhaltung nicht als öffentliche Tanzlustbarkeit an, zu der die Erlaubniß der Polizei erforderlich sei. Die Strafkammer war indessen anderer Meinung und verurtheilte Peters zu einer Geldstrafe. Eine öffentliche Tanzlustbarkeit läge deshalb vor, weil jedermann habe mittanzen können. Der Verurtheilte legte Revision ein und machte geltend, die jungen Leute hätten sich nur im Tanzen üben wollen. Das Kammergericht wies aber das Rechtsmittel mit der Begründung zurück, die Vorentscheidung sei nicht anfechtbar.

Angriffe gegen Frauen auf offener Straße scheinen förmlich epidemisch zu werden. Gestern gelangte ein solcher Fall wieder zur Kenntniß der 130. Abtheilung des Schöffengerichts. Der Maurer Franz Bücke kam an einem Februar-Abend von der Arbeit. Er ging durch die Invalidenstraße, als er von einem schnell gehenden jungen Mädchen überholt wurde. Bücke ergriff es am Kleiderrock, hielt es fest und stellte ihm eine Zumuthung, die dem Mädchen die Schamröthe in die Wangen trieb. Trotz aller Bitten des Mädchens, es unbehelligt zu lassen, ließ Bücke nicht von ihm ab. Schließlich gab es sie aber doch unter Verabfolgung eines derben Puffs frei. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von vierzehn Tagen, der Gerichtshof bewilligte demselben aber wegen seiner bisherigen Unbescholtenheit und weil er bei dem fraglichen Vorfalle angetrunken gewesen, mildernde Umstände zu und beließ es bei einer Geldstrafe von 30 M.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Flensburg, 26. März. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet: Der Personen- und Güterverkehr zwischen Schleswig-Friedrichsberg und Schleswig-Altstadt ist seit gestern früh durch Hochwasser unterbrochen. Die Dauer ist nicht abzusehen, da anhaltend Nordoststurm.

Husum, 26. März. (W. T. B.) Die Dampfschiffsfahrten zwischen Hoyerschleuse und Sylt sind wegen niedrigen Wasserstandes bis auf weiteres eingestellt.

Bremen, 26. März. (W. T. B.) Die Rettungsstation Poel telegraphirt am 25. d. M.: Von dem hier gestrandeten mit Quarz von Wismar nach Lonna bestimmten schwedischen Schooner „Hermine" (Kapitän Isberg) wurden durch das Rettungsboot der Station vier Personen gerettet.

Budapest, 26. März. (W. H.) Aus Anlaß des Verbots einer Arbeiterversammlung fanden gestern Abend vor der Wohnung des Kommissars der Gewerbebehörde, Horvath, Demonstrationen statt, an welchen sich mehrere tausend Arbeiter betheiligten. Die Polizei zerstreute die Demonstranten.

Paris, 26. März. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Paschal Grousset (Sozialist) interpellirt über die auswärtige Politik der Regierung und führt aus, die kürzlich erfolgte Mobilmachung des Nordgeschwaders habe lediglich den Zweck gehabt, dem Lande am Vorabende der Wahlen die Illusion zu geben, daß es eine Marine besitze, die auf der Höhe ihrer Aufgabe stehe. Der Redner wirft sodann dem Kabinet vor, daß es die auswärtige Politik derjenigen Rußlands unterordne. Grousset kritisirt im weiteren Verlaufe seiner Rede die französische Politik am Niger und in China. Der Deputirte Baron wirft der Regierung vor, sie habe tausende von Armeniern massakriren lassen, sie habe es geschehen lassen, daß die Griechen zu grunde gerichtet wurden, und tadelt schließlich, daß die Regierung sich in Egypten auf platonische Proteste beschränkte. Redner schließt, Frankreich könne bei dem spanisch-amerikanischen Konflikt nicht theilnahmslos bleiben, angesichts der ganz ungeheuerlichen Uebergriffe der angelsächsischen Rasse gegenüber der lateinischen. Frankreich müsse an Spanien und die Vereinigten Staaten Worte der Versöhnung und des Friedens richten.

Hanotaux weist in längerer Rede sämmtliche Angriffe auf die Regierung zurück, worauf eine Tagesordnung Décrais, welche die Erklärungen der Regierung billigt und der die Regierung zugestimmt hatte, mit 300 gegen 111 Stimmen zur Annahme gelangt.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

70. Sitzung. Sonnabend, 26. März 1898, 11 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Tirpitz, v. Bülow, Graf Posadowsky, v. Thielmann, Fürst Hohenlohe.

Die zweite Berathung der Flottenvorlage wird bei § 2 fortgesetzt. Dieselbe fordert die Bereitstellung der Mittel für die erforderlichen Ersatzbauten innerhalb der für die verschiedenen Schiffstypen erforderlichen Fristen.

Präsident **v. Buol** bittet die Redner, nur zur Sache zu sprechen, da auch die zweite Lesung des Marine-Etats heute noch beendet werden müsse. Eventuell werde er sonst eine Abendsitzung anberaumen.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.) behält sich infolge dieser Ermahnung des Präsidenten vor, den Standpunkt seiner Partei zur Flottenvorlage erst in dritter Lesung zum Ausdruck zu bringen. Eventuell werde er eine Politik der Sammlung treiben, d. h. die Herren hier zwingen, sich dann zu versammeln, wenn es ihnen nicht angenehm sein dürfte. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Rintelen** (auf der Tribüne schwer verständlich) erklärt sich gegen den § 2, der ihm zu große Bedenken einflöße.

Staatsminister **Tirpitz**: Es ist verwunderlich, daß das Aeternat hier Anstoß erregt, während der angenommene § 1 doch auch schon ein Aeternat zur Folge hat. Der Lebensnerv der deutschen Flotte liegt in den Ersatzbauten. Ich kann im Namen des Herrn Reichskanzlers erklären, daß im Falle der Ablehnung des Bindungs-Paragraphen die ganze Vorlage für die Regierung unannehmbar wird, während sie mit der Kommissionsfassung einverstanden ist.

Abg. **Fuchs** (Z.): Wenn man dem im § 1 liegenden Aeternat zustimmt, muß man auch dem § 2 zustimmen. Die Aeußerung des Abgeordneten Bebel, das Aeternat sei mit dem Konstitutionalismus unvereinbar, ist eine furchtbare Uebertreibung. (Lebhafter Widerspruch links.) Ich bedaure, daß Herr v. Bennigsen uns vorgeworfen hat, daß wir früher nicht national gewesen sind. (Präsident v. Buol: Das gehört nicht zu § 2.) Wenn der Abgeordnete Bebel uns das Schicksal der nationalliberalen Partei prophezeit, so werden die nächsten Wahlen das Gegentheil beweisen. (Präsident v. Buol: Auch das gehört nicht zu § 2. — Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.): Obgleich die Gründe für die Bindung für mich nicht durchschlagend sind, so werde ich doch für das ganze Gesetz, also auch für § 2 stimmen. Herr Richter, der neulich meinen Artikel in der „Nation" gegen mich ausspielte, hat es früher für absolut ausgeschlossen gehalten, daß sich für das Septennat eine Mehrheit im Reichstag finden werde. Mittlerweile hat sich eine große Wandlung in der Volksstimmung vollzogen, und wenn man diese Stimmung begriffen hat, soll man in Kleinigkeiten nicht knausern; das konstitutionelle Pathos schießt hier weit über das Ziel hinaus. Weil ich also weiß, daß die öffentliche Meinung, daß der größte Theil des Volkes dahinter steht (Lebhafter Widerspruch links), so werde ich für das ganze Gesetz eintreten.

Abg. **Roeren** (Z.): Es ist mir nicht angenehm, gegen meine politischen Freunde Stellung zu nehmen, ich hätte mich am liebsten mit der Erklärung unseres Vorsitzenden Grafen Hompesch begnügt; aber die fortgesetzten Angriffe auf Windthorst und seine Haltung zum Etatsrecht zwingen mich dazu. Es wird so dargestellt, als setzten wir uns mit Windthorst in Widerspruch, wenn wir gegen das Aeternat sind. Wenn ich von etwas felsenfest überzeugt bin, so bin ich der Ueberzeugung, wenn Windthorst noch unter uns lebte und es käme dann überhaupt zu einer Spaltung, er sich sicher auf der Seite befinden würde, die eine Bindung des Etatsrechts verwirft. (Sehr richtig! links. Singer: Hört, hört!) Wir sind fast alle bereit, die Flotte an sich zu bewilligten, aber wir wollen von den wenigen Rechten, die der Reichstag noch hat, nicht das wichtigste aus der Hand geben. Wir wollen, wenn wir das Mandat in die Hände unserer Wähler zurückgeben, rein da stehen (Beifall links). Wie man die Stellung Windthorst's zum Etatsrecht überhaupt verdächtigen kann, verstehe ich nicht nach dem denkwürdigen Verhalten unseres verstorbenen Führers in der Septennatsfrage (Sehr richtig, links). Windthorst wußte doch, daß der Reichstag aufgelöst werden würde und hat doch nicht aus Leichtsinn oder zum Spaß gegen das Septennat Stellung genommen, sondern aus grundsätzlicher Ueberzeugung. Windthorst war sehr klug und oft zum Vermitteln geneigt, aber er hielt an seinen grundsätzlichen Ueberzeugungen fest. Deshalb der ständig wiederkehrende Satz: Wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen, aber in die Bindung des Etatsrechts willigen wir nicht. (Sehr richtig! links.) (Redner verliest einige markante Stellen aus Reden Windthorst's über diese Frage.) Wir befinden uns also in Einverständniß mit Windthorst, wenn wir den § 2 ablehnen. (Liebknecht: Sehr wahr! Heiterkeit). Was der Artikel 71 der Verfassung mit der Vorlage zu thun hat, verstehe ich nicht. Für verfassungswidrig hat die Bindung des Etatsrechts noch niemand erklärt. Es besteht einfach die Frage: Sollen wir das Recht der jährlichen Bewilligung hier in dieser Frage aus der Hand geben? Die Verfassungsbestimmung halte ich für ganz richtig. Es können außergewöhnliche Fälle eintreten, wo Bewilligungen auf mehrere Jahre hinaus nothwendig sind. Hier liegt ein solcher Fall nicht war. Wir stimmen gegen den § 2 und das ganze Gesetz. Die Regierung läßt uns manchmal ihre Macht fühlen, wir können unser einziges Mittel, auch unsere Macht einmal die Regierung fühlen zu lassen, nicht aus der Hand geben, umsoweniger, als wir uns kurz vor Thoresschluß der Legislaturperiode befinden. (Beifall in der Minorität des Zentrums und links.)

Abg. Dr. **Spahn** (Z.) bestreitet, daß Abg. Roeren ein Recht habe, sich über Bindungsfragen auf Windthorst zu berufen. Wer für § 1 gestimmt habe, müsse logischerweise auch § 2 bewilligen.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**: Es heißt, parlamentarische Machtbefugnisse über die Fragen der Landesvertheidigung stellen, wenn man der Meinung des verehrten Abg. Roeren beipflichtet. Ueber parlamentarischen Machtbefugnissen steht das Wohl des Vaterlandes. (Lebhaftes Oho! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren (zu den Sozialdemokraten), Ihr Widerspruch läßt mich kalt. Eine Partei, die das Eigenthum expropriiren will, eine Partei, die die Monarchie expropriiren will, hat für mich kein politisches Schwergewicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bedaure nur, daß es noch Leute giebt, die diese Gefahr nicht anerkannt haben, die eingeschlafen sind über dieser Gefahr. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nun, wir werden alles thun, um das Volk aus dem Schlaf aufzurütteln. (Abg. Singer: Wir werden länger hier sitzen als Sie!) Verehrter Herr Abgeordneter Singer, ich stehe hier als Diener Seiner Majestät des Kaisers und werde auf diesem Posten bleiben, so lange ich das Vertrauen meines Monarchen genieße. (Abg. Singer: Wir haben das Vertrauen des Volkes! Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Mit Vergnügen würde ich jeden Tag diesen Platz verlassen, wenn ich sein Vertrauen nicht mehr besitze. (Unruhe links.) Es ist falsch, wenn behauptet wird, nie sei einem Parlamente so etwas zugemuthet worden. In England hat man bei gleicher Bindung keine etatsrechtlichen Bedenken erhoben. Die Kontinuität unseres gesammten Staatslebens wäre bedroht, wenn ein Parlament nicht das folgende belasten wollte. Wer die Flotte nicht will, der sucht sich eben seine Gründe auf verfassungsrechtlichem oder finanziellem Gebiete, während es sich bei ihm nur um Parteitaktik handelt. (Widerspruch links, Beifall rechts.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.) Der Herr Staatssekretär sagt: jedes Beamtengesetz sei ein Aeternat. Aber wir können in jedem Etat eine Beamtenstelle als künftig wegfallend bezeichnen. Das Flottengesetz nimmt uns aber die Möglichkeit, ein Schiff als künftig wegfallend zu bezeichnen. Um die finanziellen Anforderungen der Marineverwaltung in Einklang bringen zu können mit der Steuerkraft der Bevölkerung und den Ansprüchen der übrigen Ressorts dürfen wir uns nicht einseitig bei der Marine binden lassen. (Sehr richtig! links.) Redner erwidert dem Abg. Barth, daß seine Zitirung früherer Ausführungen von Mitgliedern der freisinnigen Vereinigung veranlaßt worden sei durch eine Provokation des Abg. Rickert, der davon gesprochen habe, daß Richter die Parteischablone über wichtige Interessen des Vaterlandes setze. Der Abg. v. Bennigsen meinte, wir seien erstaunt und erschrocken, daß die Flottenvorlage sich in so mäßigen Grenzen hakte. Als ich die Vorlage im „Reichs-Anzeiger" las, äußerte ich zu meiner Umgebung, sie sei derartig, daß ich ihre Annahme durch den Reichstag für ausgeschlossen hielte. Wir sind durchaus nicht gegen die Flotte. 1883 warf Graf Wilhelm Bismarck mir und dem Abg. Rickert vor, wir hätten Herrn v. Stosch viel zu viel Panzer bewilligt. Bis 1896 habe ich stets ebenso gestimmt wie der Abg. Barth. Seitdem hat sich Herr Barth auf den Standpunkt des Herrn Rickert gestellt. Herr Barth hat früher die Vorlage nicht nur formell, sondern auch materiell gemißbilligt. Herr Barth hat früher vom Reichstage verlangt, daß er auf die abenteuerlichen Pläne einer Weltpolitik mäßigend und mildernd wirken solle. Diese Möglichkeit wird uns genommen, wenn diese Vorlage Gesetz wird. (Sehr richtig! links.) Die Möglichkeit, unsere legitimen Handelsinteressen durch Panzer und Kanonen zu schützen, nimmt immer mehr ab; das sagte Herr Barth noch vor einem Jahre. (Der Präsident ersucht den Redner, nicht Reden des Abg. Barth zu verlesen.) Der Herr Abg. Barth beruft sich auf die öffentliche Meinung. (Rufe rechts: Schluß!) Herr Barth hat sich beim Börsengesetz, beim Terminhandel durchaus nicht in seiner Meinung durch die sog. öffentliche Meinung beirren lassen. Ist er nur so standfest in Börsen- und Freihandelsfragen? (Sehr richtig! links.) Die Marinefragen sind denn doch einschneidender. Wir halten an unsere Ueberzeugung fest und glauben uns damit das Vertrauen unserer Wähler zu erhalten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Diskussion ist geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. **Roeren** (Z.): Der Graf Posadowsky hat mir vorgeworfen, daß ich aus parteitaktischen Gründen das für die Landesvertheidigung Nothwendige ablehne und gesagt, wer die Flotte nicht will, schützt etatsrechtliche Bedenken vor, ich weise diese grundlose und beleidigende Verdächtigung zurück.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**: Ich habe nicht von parteitaktischen, sondern von parlamentarischen Rücksichten gesprochen. Eine Beleidigung des Abg. Roeren hat mir vollständig fern gelegen.

Staatssekretär **Tirpitz** verliest Stellen aus dem italienischen Flottengesetz, um die Behauptung des Abg. Richter zu widerlegen, daß keinem Parlement eine ähnliche Vorlage gemacht sei.

Präsident **v. Buol**: Es ist ein neuer, von den Abgg. v. Levetzow, Graf v. Hompesch und v. Bennigsen unterzeichneter Schlußantrag eingebracht worden.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Es ist bisher unerhört, daß nach einer neuen thatsächlichen Bemerkung eines Regierungsvertreters von den Mehrheitsparteien ein Schlußantrag eingebracht wird. Ich protestire dagegen.

Abg. **Singer** (Soz.): Ich beantrage über den Schlußantrag namentliche Abstimmung. (Allgemeine Bewegung.)

Die Abgg. v. Bennigsen, Graf Hompesch und v. Levetzow ziehen nacheinander ihren Schlußantrag zurück. (Große Heiterkeit.)

Die Diskussion wird wieder eröffnet.

Abg. **Keßler** (Z.) [wegen der andauernden großen Unruhe im Hause großentheils unverständlich; mehrfach Glocke des Präsidenten]: Wer es ernst mit der Wahrung der Volksrechte nimmt, kann dem § 2 nicht zustimmen.

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Die Ausführungen des Staatssekretärs Tirpitz über das italienische Budgetrecht sind durchaus unzutreffend. Im italienischen Flottengesetz ist allerdings vom Ersatz die Rede, doch steht in ihm kein Wort davon, daß die Mittel nach einem bestimmten Zeitraum bereitgestellt werden müssen.

Da Wortmeldungen jetzt nicht mehr vorliegen, so schließt damit die Diskussion von selbst.

In seinem Schlußwort polemisirt der Referent

Abg. Dr. **Lieber** (Z.) gegen die Zentrums-Abgeordneten Keßler und Roeren. Wenn der Herr Abg. Keßler gemeint habe: diejenigen, denen es ernst mit der Wahrung des Etatsrechtes sei, müßten gegen die Vorlage stimmen, so müsse er das als eine „grundlose, beleidigende Verdächtigung" bezeichnen. Es gewinne übrigens den Anschein, als ob die Gegner der Vorlage allein das Monopol der Wahrung des Etatsrechtes zu haben glauben. Gegen diese Auffassung müsse er die Mitglieder der Budgetkommission in Schutz nehmen.

Die Abstimmung über § 2 ist namentlich; es betheiligen sich an ihr 311 Mitglieder, 193 mit Ja, 118 mit Nein. § 2 ist somit angenommen.

§ 3 handelt von den Indienststellungen und wird debattelos angenommen; ebenso die §§ 4 und 6 (Personalbestand und sonstige Ausgaben), desgleichen § 5 (zu Personalbestand).

Auf Antrag des Abg. v. Bennigsen wird die Verbindung der Diskussion über §§ 7 und 8 (Kosten) beschlossen.

§ 7 lautet: Während der nächsten 5 Rechnungsjahre (1898 bis 1903) ist der Reichstag nicht verpflichtet, für sämmtliche einmalige Ausgaben des Marine-Etats mehr als 408 900 000 M., und zwar für Schiffsbauten und Armirungen mehr als 356 700 000 M. und für die sonstigen einmaligen Ausgaben mehr als 52 200 000 M., sowie für die fortdauernden Ausgaben des Marine-Etats mehr als die durchschnittliche Steigerung von 4 900 000 M. jährlich bereit zu stellen. Soweit sich in Gemäßheit dieser Bestimmung das Gesetz bis zum Ablaufe des Rechnungsjahres 1903 nicht durchführen läßt, wird die Ausführung bis über das Jahr 1908 hinaus verschoben.

§ 8 lautet: Soweit die Summe der fortdauernden und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung in einem Etatsjahr den Betrag von 117 525 494 M. übersteigt und die dem Reiche zufließenden eigenen Einnahmen zur Deckung des Mehrbedarfs nicht ausreichen, darf der Mehrbetrag nicht durch Erhebung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichssteuern gedeckt werden.

Hierzu beantragen die Abgg. Auer und Gen. (Soz.):

1. anstatt des § 8 der Kommissionsvorlage folgenden Paragraphen zu beschließen:

§ 8: Soweit die Summe der fortdauernden und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung für ein Rechnungsjahr den Betrag von 117 525 494 M. übersteigt, ist der Mehrbetrag vom 1. April 1899 ab auf dem Wege einer progressiven Reichs-Einkommensteuer aufzubringen, welcher diejenigen unterworfen sind, die ein jährliches Einkommen von mehr als 6000 M. beziehen. Die Normirung der Steuersätze und die Bestimmungen über die Erhebung der Steuer erfolgen durch ein besonderes Gesetz.

2. Folgenden § 9 zu beschließen:

§ 9. Ueberstegen die eigenen Einnahmen des Reichs die Ausgaben, so ist der Ueberschuß zurückzuhalten und dergestalt zu verwenden, daß ein Viertel dieses Ueberschusses zur Verminderung der Reichsschuld, der Rest zur Herabsetzung bezw. Aufhebung indirekter Reichssteuern, in erster Linie der Salzsteuer und der Verbrauchsabgabe für Zucker verwendet wird. — Die Verminderung der Reichsschuld erfolgt durch entsprechende Absetzung vom Anleihe-Soll. Soweit geeignete Anleihekredite nicht mehr offen stehen, wird über die Art der Schuldentilgung durch den Reichshaushalts-Etat Bestimmung getroffen. — Die Herabsetzung bezw. Aufhebung indirekter Reichssteuern erfolgt durch besonderes Gesetz.

Die Abgg. Richter und Genossen (frs. Vp.) beantragen, an stelle des § 8 der Kommissionsvorlage die nachfolgenden §§ 8, 9, 10 zu beschließen:

§ 8: Vom 1. April 1899 kann eine Vermögenssteuer erhoben werden von allen deutschen Staatsangehörigen, deren bewegliches und unbewegliches Vermögen nach Abzug der Schulden den Gesammtwerth von 100 000 M. erreicht. Die Vermögenssteuer beträgt bei einem steuerbaren Vermögen von 100 000 bis 120 000 M. 50 M. und steigt bei größeren Vermögen für jede angefangenen 20 000 M. um 10 M.

§ 9: Durch den Reichshaushalts-Etat wird alljährlich festgestellt, wieviel Monatsraten in Gemäßheit des § 1 zu erheben sind.

§ 10: Bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes finden in bezug auf die Steuerpflicht, den Maßstab der Besteuerung, die Veranlagung, die Veranlagungsperiode und Verminderung der veranlagten Steuer innerhalb derselben, die Steuererhebung, die Strafbestimmungen und die Kosten die §§ 2 bis 16 und 20 bis 47 des Ergänzungssteuer-Gesetzes für die Preußische Monarchie vom 14. Juli 1893 sinngemäße Anwendung nach Maßgabe der Bestimmungen einer vom Bundesrath zu erlassenden Verordnung. Welche Behörden in jedem Bundesstaat mit der Veranlagung der Steuer, der Berufung gegen die Veranlagung und der Erhebung zu beauftragen sind, wird von der Zentralbehörde des Bundesstaates bestimmt.

Abg. **Bebel** (Soz.): Bereits aus den Kommissionsverhandlungen war ersichtlich, daß die eigentliche pièce de resistance bei dieser Vorlage die Deckungsfrage sein werde. Dieselbe Auffassung ist auch in der Presse derjenigen Parteien vertreten worden, die mit einer gewissen Vorsicht dem Gesetz gegenüberstanden. Zum Beispiel äußerte sich die „Kölnische Volks-Zeitung" wiederholt dahin, daß in der Deckungsfrage das Zentrum unter allen Umständen fest bleiben müsse und nicht dulden dürfe, daß die unteren Klassen zur Deckung der Kosten herangezogen würden. In diesem Sinne brachte denn auch Lieber in der ersten Lesung in der Kommission den Antrag ein, daß, falls die Reichseinnahmen nicht ausreichen sollten, die Kosten auf dem Wege einer direkten Einkommensteuer in den Einzelstaaten aufgebracht würden. Hiergegen wurde jedoch das Bedenken erhoben, daß vorläufig die Einzelstaaten allein das Recht hätten, direkte Steuern zu erheben, sodaß erst eine Verfassungsänderung nöthig gewesen wäre. Es hätte sich also für die Herren bei der zweiten Lesung nur darum handeln können, ihren Antrag so zu formuliren, daß das, was in der ersten Fassung den Einzelstaaten überlassen war, nun dem Reich übertragen wurde. Doch auch gegen eine solche Reichssteuer wurden eine ganze Menge von Bedenken erhoben; die Kontrolle über die Einziehung dieser Reichssteuer müsse doch den Einzelstaaten überlassen werden u. s. w. All diese Bedenken ließen sich aber nicht mehr aufrecht erhalten, als es uns in der zweiten Lesung gelang, nachzuweisen, daß die verbündeten Regierungen selbst bereits im Jahre 1881 mit einem Gesetzentwurf hervorgetreten waren, der die Erhebung einer direkten Reichs-Einkommensteuer befürwortete. Es war dies die Wehrsteuer, der alle diejenigen unterworfen werden sollten, die aus irgend einem Grunde von der Verpflichtung zum Militärdienst befreit waren. Die Steuer, die damals verlangt wurde, war sogar eine außerordentlich hohe und um so mehr drückend, als in einigen Staaten bereits eine ziemlich hohe Einkommensteuer eingeführt war. Die von uns jetzt verlangte progressive Reichs-Einkommensteuer ist dagegen außerordentlich niedrig bemessen. Die Erklärung, die die Regierung zu § 8 abgegeben hat, löst nach unserer Meinung nicht im entferntesten die Frage der Deckung in dem Sinne, wie sie auch nach den Anschauungen des Zentrums gelöst werden müßte. Sie giebt in diesem Paragraphen nichts weiter als eine Art Versprechen, über dessen Deutung indeß die verschiedensten Meinungen bestehen. Zölle sollen nach den Erklärungen der Regierung überhaupt ausgenommen sein. So sollen Petroleumzölle und Kaffeezölle in erheblichem Maße erhöht werden, wenn die finanziellen Verhältnisse des Reichs dies bedingen sollten. Im übrigen sollen nur den Massenverbrauch belastende Steuern ausgenommen sein. Das ist ein sehr dehnbarer Begriff; danach könnte die Regierung z. B. doch die Stempelsteuern für berechtigt halten. Was man aber auf diesem Gebiet zu leisten in der Lage ist, wissen Sie ja aus der Vorlage vor 5 Jahren, wo eine ganze Reihe derartiger Steuern, auch solche, die die unteren Volksklassen trafen, gefordert wurden. Ebenso die sogenannte Luxussteuer. Wollen Sie die aber in der Weise erheben, daß auch die Mittelklassen nicht von ihr geschädigt werden, so ist es ganz ausgeschlossen, daß sie einen Ertrag liefert, der die Kosten der Erhebung deckt. Also wenn die Frage der Deckung aktuell werden sollte, wird man doch zweifellos nach Steuerobjekten suchen müssen, die mehr oder weniger diejenigen Klassen treffen müssen, die nach den vorausgegangenen Erklärungen der Regierung nicht getroffen werden sollten. Wenn Sie nun der Ueberzeugung sind, daß trotz aller Erklärungen des Schatzsekretärs die Wahrscheinlichkeit besteht, daß im Laufe der nächsten sechs Jahre neue Deckungsmittel erforderlich werden, nicht allein beim Marine-Etat, dann können Sie sich mit dieser Erklärung der Regierung nicht zufrieden geben, sondern müssen dafür eintreten, daß diese Steuern in einer Form aufgebracht werden, die es absolut sicher stellt, daß die unteren und mittleren Klassen nicht davon betroffen werden. Es stehen nun aber fraglos große Mehrausgaben in den nächsten Jahren bevor. So hat die Regierung bei der Etatsberathung das Versprechen abgegeben, die Gehälter auch der niederen Beamten zu erhöhen, wozu viele Millionen erforderlich sind. Die Nichterfüllung dieses Versprechens würde die Erbitterung in den betheiligten Kreisen in einer Weise zufolgen, die der Regierung nicht genehm sein kann. (Sehr richtig! links.) Weiter sind für das Militärbudget erhebliche Mehrausgaben für das nächste Jahr gefordert. Nach den bisherigen Erfahrungen wäre es ja auch ein Unikum, wenn wir bei diesem Etat keine Mehrforderungen zu erwarten hätten. Daß eine Reorganisation der Artillerie bevorstehe, hat ja der Herr Kriegsminister bei der Etatsberathung selbst zugegeben. Die Besetzung von Kiautschau wird auch noch erhebliche Mehraufwendungen zur Folge haben, ebenso wird der Pensionsfonds in ungeheurem Maße steigen. Es ist also garnicht daran zu denken, daß wir in einen Zustand der Stagnation im Etat gekommen sind. Angesichts aller dieser Gründe müssen wir die Fassung des § 8 in der Vorlage ablehnen. Es kommt hinzu, daß, wie auch der Abg. Hammacher in der Kommission ausgeführt hat, der Aufschwung innerhalb der Industrie nicht mehr lange andauern wird, daß ein Rückschlag eintreten wird. Nun hat der Abgeordnete Lieber einen Antrag eingebracht, der unserm Antrag ähnelte, in dem er auch die reichsten Klassen der Bevölkerung belassen wollte. Freilich sind die Herren von ihrer Absicht längst wieder zurückgekommen. Wir als Vertreter des arbeitenden Volkes haben aber das größte Interesse an der Deckungsfrage. Die Lasten dürfen nicht der großen Masse der Bevölkerung aufgehalst werden. Wir meinen gerade, die Kreise, die aus patriotischen Gründen so flottenbegeistert sind, insbesondere die reichen Handelsherren und Industriellen, sollten es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, die Kosten für das Flottengesetz selbst zu tragen. (Sehr richtig! links.) Aber gerade der Vertreter dieser Leute, Herr v. Kardorff, hat sich am heftigsten dagegen gesträubt, die Deckungsfrage überhaupt ins Gesetz aufzunehmen, obwohl der Abg. Müller-Fulda nachgewiesen hatte, daß ein armer Bauer mit zahlreicher Familie viel schwerer unter der Steuerlast zu seufzen hat, wie irgend ein reicher Handeltreibender. Dazu kommt, daß gerade die Söhne der armen Bevölkerung in erhöhtem Maße zu dem Flottendienst herangezogen werden. (Abgeordneter v. Kardorff: Das sind ganze 1700 Mann!) Ja diese 1700 Mann rekrutiren sich aber aus der armen seemännischen Bevölke-

rung. So wurden bei der letzten Aushebung 78 Söhne kleiner Schiffer gemustert. Zwei davon waren untauglich, drei wurden zurückgestellt, 73 aber genommen. Das hat in dem Orte einen gewaltigen Schrecken verursacht, denn die kleinen Leute sind ohne die Söhne kaum in stande, ihr Gewerbe aufrecht zu erhalten. Angesichts solcher Thatsachen sollten doch gerade die Parteien, die vorgeben, daß ihnen die Erhaltung des Mittelstandes am Herzen liegt, für die Aufbringung der Kosten aus den reichen Klassen der Bevölkerung sorgen. (Sehr gut links.)

Unser Antrag geht ja über den früheren Zentrumsantrag weit hinaus, er ist aber durchaus gerecht. Wir meinen, einem Manne mit 6000 bis 10 000 Mark Einkommen muß es leicht sein, jährlich 25—60 Mk für die Vermehrung der Flotte herzugeben, er wird das viel leichter ertragen können, als eine arme Arbeiterfamilie die Vermehrung der indirekten Steuerlast um 8 bis 10 M. pro Jahr, wie sie durch die Erhöhung der Getreidezölle geplant ist. Ist die Begeisterung für die Flotte wirklich so stark und Ihr Patriotismus wirklich so groß, dann sollte der Annahme unseres Antrages nichts im Wege stehen. (Bravo bei den Sozialdemokraten). Falls mehr Geld einkommt, als für die Flotte nöthig ist, sollen die Ueberschüsse zur Tilgung der Reichsschulden und zur Verminderung oder Beseitigung der drückendsten indirekten Steuern, besonders der Salzsteuer und der Verbrauchsabgabe für Zucker verwendet werden. Unser Antrag sucht ein klares Verhältniß zwischen dem Reich und den Einzelstaaten zu schaffen, die Einzelstaaten brauchen sich nicht mehr um die Reichsausgaben zu sorgen, andererseits sorgt das Reich selbst für die Erleichterung der Steuerlasten seiner ärmeren Bewohner. Unser Antrag hat also auch eine hervorragende sozialpolitische Bedeutung. Jeder, der es ehrlich meint mit der Aufbringung der Kosten für die Flottenvorlage, muß für unseren Antrag stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Schatzsekretär Freiherr **v. Thielmann**: Daß eine Reichs-Finanzreform einmal kommen muß, darüber kann kein Zweifel bestehen. Die verbündeten Regierungen haben auf den Plan einer Reichs-Finanzreform durchaus nicht verzichtet. Der jetzige Moment ist jedenfalls schlecht geeignet, einen so einschneidenden Antrag, wie den von dem Herrn Vorredner gestellten, anzunehmen. Wir stehen am Ende einer Session, kurz vor den Ferien. Um die Reichs-Finanzreform durchzuführen, dürfte eine Session kaum hinreichen. Sie werden es mir also nicht verübeln, wenn ich auf die Einzelheiten des sozialdemokratischen Antrages nicht eingehe.

Abg. **v. Massow** (k.): Meine politischen Freunde hielten es für unangebracht, die Deckungsfrage mit dem Flottengesetz zu verquicken. Wenn wir trotzdem für den § 8 stimmen, so deshalb, um das ganze Gesetz durchzubringen.

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.): Die beiden Anträge Richter und Auer wollten den nächsten Reichstag binden in seinem freien Ermessen. (Lebhafter Widerspruch links.) Der sozialdemokratische Antrag ist zudem ganz unzweckmäßig, weil er die Normirung der Steuersätze und die Erhebung der Steuern einem besonderen Gesetze vorbehält. Dieses besondere Gesetz müßte doch der nächste Reichstag erst schaffen und er wird sich den Teufel um Ihre jetzigen Wünsche kümmern. Die Zukunft kann man nicht binden, deshalb ist der Antrag ganz überflüssig. (Lachen links. Abg. Bebel: Wirklich ausgezeichnet!) Wenn es sich blos um die akademische, theoretische Erörterung der Steuerfrage handelt, dann kann auch ich meine Sympathie nicht einer Reichs-Erbschaftssteuer aussprechen. Wenn in drei, vier Jahren die Sache akut werden sollte, so wird sich der nächste Reichstag zu entscheiden haben. Einen gewissen Werth hat nur die Erklärung, daß man die schwächeren Schultern nicht weiter durch neue indirekte Reichssteuern zu belasten gedenkt. Das muß man aber auch gelten lassen für die Getreidezölle. Die Mehrbelastung des Brotkonsums würde die schwächeren Schultern ja am härtesten treffen.

Abg. **Werner** (Reform-P.) erklärt, daß seine Partei in erster Linie für den Antrag Auer stimmen werde. Sollte der Antrag abgelehnt werden, so werden wir für den § 8 in der Kommissionsfassung eintreten. Eine Luxussteuer würde doch erheblich größere Beträge aufbringen, als der Abg. Bebel annimmt. Auch an eine Wehrsteuer müsse gedacht werden.

Abg. Dr. **Hammacher** (natl.): Einer Reichs-Einkommensteuer stehen zur Zeit unüberwindliche Hindernisse gegenüber. Der Abg. Bebel tadelte, daß der § 8 sehr wenig bedeute; es handle sich nur um unverbindliche Zusagen der Regierung. Denselben Vorwurf kann ich seinem Antrage machen. Dem Hause wird nichts weiter übrig bleiben, als die Kommissionsfassung anzunehmen. Sie erhält ihr Gewicht durch die Erklärung des Grafen Posadowsky in der Kommission, die er nach einer Umfrage bei allen Regierungen im Einverständniß mit allen abgeben konnte. Ein etwaiger Mehrbedarf soll danach nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenkonsum belastenden Reichssteuern gedeckt werden. Zu der Befürchtung, daß in den nächsten sechs Jahren überhaupt zu neuen Steuern gegriffen werden muß, liegt nach unserer Ansicht überhaupt kein Grund vor.

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Der Abg. Barth meinte, der nächste Reichstag werde den Teufel nach dem Antrag der Sozialdemokraten fragen. Ja, da sage ich, der nächste Reichstag wird auch den Teufel nach Ihrem § 8 fragen. (Sehr richtig! links.) Bei der Erklärung der Regierungen fehlte zudem der dritte Mann, fehlt die Zustimmung der Landtage. Die Reichs-Vermögenssteuer läßt sich sehr leicht durchführen. Wir vermeiden durch die Annahme unseres Antrages auch die Bewilligung von Steuern auf Vorrath, ein Vorwurf, der dem sozialdemokratischen Antrage in seiner ersten Form zu machen wäre. Eine Reichs-Vermögenssteuer läßt sich viel leichter durchführen als eine Reichs-Einkommensteuer. Von dem § 8 ist aber zu sagen: Nützt er nichts, so schadet er auch nichts. Er kann vielleicht einmal als Handhabe im Kampf gegen neue indirekte Steuern dienen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus werden wir, wenn unser Antrag abgelehnt werden sollte, für den § 8 stimmen.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Der Satz: indirekte Steuern belasten die breiten Massen mehr als direkte, ist falsch. Blicken Sie nach Bayern, dort giebt es das beste und billigste Bier und die höchsten Biersteuern. Bei der Salzsteuer kann ich zugeben, daß sie die ärmere Bevölkerung belastet, aber von den übrigen indirekten Steuern trifft es nicht zu. Die Einführung einer Reichs-Einkommensteuer ist zwar formell zulässig, aber selbst wenn sich eine Majorität im Reichstage dafür finden sollte, so werden Sie nicht die Zustimmung der verbündeten Regierungen bekommen, und selbst wenn Sie die hätten, glauben Sie denn, die Einzel-Landtage haben Lust, darein zu willigen und sich damit selber abzusetzen? Sie denken nicht daran. Wer also hier für die Reichs-Einkommensteuer eintritt, macht seinen Wählern nur Wind vor. (Sehr richtig! rechts.) Trotz schwerer Bedenken gegen den § 8 werden wir aus Loyalität gegen das Zentrum, nachdem wir uns wegen der Zölle gesichert haben, für ihn stimmen.

Abg. **Müller**-Fulda (Z.): Daß die indirekten Steuern den Massenverbrauch nicht belasten, ist eine fixe Idee des Herrn v. Kardorff. Aber die Erklärungen der verbündeten Regierungen über die Deckungsfrage sind für mich so werthvoll, daß ich mich fast mit dem ganzen Gesetz aussöhnen könnte. Dem Antrag Bebel kann ich schon deshalb nicht zustimmen, weil ich nicht Steuern auf Vorrath bewilligen will. In dieser Form ist er für mich unannehmbar.

Abg. **Singer** (Soz.): Der Abg. Müller-Fulda hat die Form unseres Antrages bemängelt. Vielleicht stellt er seine Kenntnisse in den Dienst unserer Sache und verbessert die Form unseres Antrages. Herr von Kardorff hat die neue volkswirthschaftliche Weisheit ausgekramt, daß die indirekten Steuern die Masse der Bevölkerung nicht belasten. Warum schwärmt er dann für höhere Getreidezölle? Doch nur, weil er höhere Getreidepreise erzielen will. Und daß durch höhere Getreidezölle das Volk belastet wird, kann doch niemand bestreiten. Aber die Herren opfern die Interessen der Gesammtheit zu gunsten ihrer eigenen Klassenlage. Daß die Zölle die Produkte vertheuern, sehen Sie ja am Zucker bei uns und in England. Herr von Levetzow sagte, patriotische Landwirthe bringen gern Opfer für die Flotte. Nun, bitte meine Herren, bringen Sie die Opfer, bezahlen Sie die Kosten. Unser Antrag giebt Ihnen Gelegenheit dazu, da er denen eine Steuer auferlegen will, die ein Einkommen von mehr als 6000 M. haben und da sind nach meiner Kenntniß die patriotischen Landwirthe mit inbegriffen (Heiterkeit.) Die ganze Debatte hier spitzt sich auf die Erklärung der Regierung gegen die Reichs-Einkommensteuer zu. Ich möchte Ihnen hier eine Stelle aus der „Kölnischen Volkszeitung" vom 10. März vorlesen. Damals war das Blatt anscheinend noch der Meinung, der ursprüngliche Antrag Lieber werde vom Zentrum nicht fallen gelassen werden. Es heißt in dem Artikel: „Es sind hier wieder dieselben Großsprechereien der Kommerzienräthe, die sich für die Flotte begeistern, wenn es aber zum Bezahlen kommt, den deutschen Arbeiter vorschieben, der beleidigt sein würde, wollte man ihn von der Aufbringung der Kosten ausschließen. Auf diesen Humbug ist aber nichts mehr zu geben und die Wähler werden anders denken wie die Hurrahpolitiker." Zu den Hurrahpolitikern gehört heute auch die Mehrheit des Zentrums, die von dem eigenen Partei-Organ mit diesem Schmeichelnamen belegt wird. (Heiterkeit.) Die „Kölnische Volksztg." hatte recht. Wo die Begeisterung für die Flotte mit Zwanzig-Markstücken bezahlt werden soll, versagt sie. Es ist ja ergötzlich, wie die Erklärung der Regierung von den verschiedenen Bundesgenossen in dieser Frage hier im Hause verschieden beurtheilt wird. Herr Barth nennt sie platonisch. Auch von diesem Ausdruck glaube ich nicht, daß er das Richtige trifft, die Erklärung der Regierung streut den Leuten Sand in die Augen. Der § 8 hat eine Fassung, die nach etwas aussieht, aber nichts bedeutet und die Arbeiter über den Kernpunkt, die Kostenfrage, hinwegtäuschen soll. Herr v. Bennigsen weiß ganz genau, daß die von ihm ins Gesetz gebrachte Fassung die Widerstrebenden der Vorlage geneigt gemacht hat, aber sachlich nichts bedeutet. Was nun die Frage der Reichs-Einkommensteuer anlangt, so bin ich überzeugt, wenn man sie im Reichstag ernstlich gewollt hätte, auch die Regierungen Ja gesagt hätten — vorausgesetzt, daß es ihnen wirklich damit Ernst ist, „die stärkeren Schultern zu belasten". (Bayerischer Bevollmächtigter Graf v. Lerchenfeld schüttelt mit dem Kopf.) Der bayerische Bevollmächtigte verneint dies. Nun, Sie werden begreifen, daß ich mich nun für berechtigt halte, zu sagen, die Erklärung der Regierung hat nicht den Werth der Wahrheit, sie sucht das Volk hinwegzutäuschen über die Kostenfrage. Von Steuern auf Vorrath, das bemerke ich dem Abg. Müller-Fulda, kann nach § 9 unseres Antrages keine Rede sein und daraus kann uns doch unmöglich ein Vorwurf gemacht werden, daß wir die etwaigen Ueberschüsse zur Erleichterung der Lasten, die auf den Schultern der Arbeiter ruhen, benützen wollen. In der Bevölkerung wird es keinen Glauben finden, daß sie unserem Antrag zwar im Prinzip zustimmen, ihn aber der Form wegen nicht annehmen können. Was nun den Antrag Richter betrifft, so sind wir nicht grundsätzlich gegen eine Vermögenssteuer. Wir haben nichts dagegen, wenn Vermögen über 100 000 M. herangezogen werden. Aber die Vermögenssteuer läßt die Einkommen von 6000 M. bis weit aufwärts frei, die für die Bedürfnisse der Familie ausgegeben werden. Herr Barth hält den ganzen § 8 für überflüssig, weil sich unsere Nachfolger nicht an ihn zu binden brauchen. Die Logik, die dem Abg. Barth sonst eigen ist, hat ihn in den letzten Tagen ganz verlassen. Wenn es nach seiner Meinung logisch ist, daß durch die Erklärung der Regierung ein Wall gegen den Versuch, höhere Kornzölle einzuführen, errichtet ist, dann ist es doch ebenso logisch, daß, wenn man die Regierungen für eine Einkommensteuer bindet, dadurch der gegen die Einführung indirekter Steuern errichtete Wall nur noch verstärkt wird. Nicht wahr? (Rufe: Schluß!) Die Herren, welche der Meinung sind, daß über diese Frage genügend diskutirt worden ist, können ja den Saal verlassen. (Heiterkeit.) Nach dem Verlauf der Kommissionsverhandlungen war es ja für uns klar, daß die Mehrheit des Reichstages trotz aller platonischen Erklärungen für die Reichs-Einkommensteuer unsern Antrag ablehnen würde. Wenn die Herren in Volksversammlungen vor den Wahlen diese platonischen Erklärungen wiederholen werden, dann werden wir auf die heutigen Verhandlungen hinweisen. Das Volk wird sich dann sicherlich für uns entscheiden. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Präsident **v. Buol** ersucht die Redner, sich kurz zu fassen, da es sonst unmöglich ist, die Tagesordnung ohne Abendsitzung zu erledigen.

Abg. **Schmidt**-Warburg (Z.) hält es für zweifelhaft, ob die Vermehrung indirekter Steuern nach der Zusicherung der Regierung auch für den Fall ausgeschlossen sein soll, daß sie für andere Zwecke verwandt werden sollten.

Der Referent, Abg. Dr. **Lieber**, kann eine Antwort darauf nicht ertheilen.

Damit schließt die Diskussion.

§ 7 wird unverändert in der Kommissionsfassung angenommen.

Der Antrag Auer zu § 8 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt; ebenso der Antrag Richter, für den noch die Polen stimmen.

§ 8 wird in der Kommissionsfassung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinnigen angenommen.

Damit ist die zweite Berathung des Flottengesetzes erledigt.

Es folgt die zweite Berathung des Marine-Etats.

Abg. **Richter** erklärt, nach der Annahme des Flottengesetzes habe es für ihn und seine politischen Freunde überhaupt keinen Zweck, die durch dasselbe nöthig werdenden ersten Raten und die Erhöhung des Personalbestandes noch zu beanstanden.

Beim Titel „Staatssekretär" beantragt die Kommission die Ablehnung der für diesen geforderten Gehaltserhöhung von 6000 M.

Dieser Antrag gelangt debattelos und einstimmig zur Annahme. Das Gehalt wird also nur in Höhe von 24 000 Mark bewilligt.

Das Ordinarium des Etats wird debattelos nach den Vorschlägen der Kommission angenommen.

Unter den einmaligen Ausgaben werden zur Erweiterung der Arbeiterkolonie „Prieser Höhe" in Friedrichsort als erste Rate 104 000 M. verlangt. Die Kommission hat von dieser Forderung 24 000 M. abgesetzt.

Nach kurzer Debatte wird die Regierungsforderung (104 000 M.) bewilligt.

Der Rest des Etats wird debattelos angenommen, ebenso eine Reihe kleinerer Etats: Bayerische Quoten; besonderer Beitrag von Elsaß-Lothringen; Ueberschüsse aus früheren Jahren; Matrikularbeiträge und Etatsgesetz.

Das Gesetz betr. die Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen wird debattelos in zweiter Lesung angenommen.

Präsident **v. Buol**: Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Tagesordnung: 1. Bericht der Rechnungskommission. 2. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen. 3. Dritte Berathung der Branntweinsteuergesetz-Novelle. 4. Dritte Berathung des Flottengesetzes. 5. Antrag auf Errichtung eines Denkmals für Kaiser Friedrich. 6. Petitionen.) Schluß 6¼ Uhr.

Herrenhaus.

7. Sitzung vom 26. März. 1 Uhr.

Nach Erledigung einiger Petitionen wegen Abänderung des Fischereigesetzes und des Jagdpolizeigesetzes durch Uebergang zur Tagesordnung resp. Ueberweisung an die Staatsregierung als Material berichtet Graf Udo Stolberg über den Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der Hochwasserschäden des Sommers 1897 und beantragt namens der Kommission die unveränderte Genehmigung nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses. Der Berichterstatter erklärt, daß die Betheiligung der Provinzen mit einem Fünftel des Unterstützungsbetrages Voraussetzung für diese Vorlage sei. Schlesien und Brandenburg hätten sich dazu bereit erklärt. Die Kommission sei der Ansicht gewesen, daß die Provinz Sachsen zur Theilnahme nicht berechtigt sei, wenn sie nicht gleichfalls eine Erklärung wie die beiden Provinzen abgebe. Diese Erklärung sei inzwischen erfolgt.

In der sich darüber erhebenden Diskussion tritt

v. Jariu-Gesaß den Angriffen des Abg. Letocha im Abgeordnetenhause auf die militärische Hilfe im schlesischen Ueberschwemmungsgebiet entgegen, die in allen betheiligten Kreisen aufs peinlichste berührt hätten. Die Hilfe des Militärs verdiene allseitigen Dank.

Frhr. **v. Lucius** rechtfertigt das Verhalten des schlesischen Provinzial-Landtags. Ob die geplanten Sammelbecken die Wasserkatastrophen in Zukunft verhindern werden, sei zweifelhaft, sie brächten vielmehr neue Gefahr, wenn sie nicht dauernd im besten Zustande erhalten würden, was wieder große Unterhaltungskosten erfordere. Wer solle diese tragen? Im übrigen erklärt sich Redner für die Vorlage.

Für die Vorlage sprechen ferner Graf **Hohenthal**, Fürst **v. Hatzfeldt**-Trachenberg, Oberbürgermeister **Delbrück** (Danzig), Graf **v. Pückler**-Burghauß, der es aber als bedenklich erklärt, daß man sich mehr und mehr gewöhne, aus dem allgemeinen Staatssäckel Gelder zu erhalten. Die Nothstände seien nachgerade beliebt geworden und man sehne sich ordentlich danach. (Heiterkeit.) Die große Masse Wasser müsse natürlich Platz haben und sammle man sie an bestimmten Stellen, so entstehe dadurch leicht eine neue Gefahr. Es sei deshalb am besten, wenn man an gefährdeten Stellen keine Häuserbauten zulasse. Er wünsche, daß die Vorlage dem Vaterlande zum Segen gereichen möge. (Beifall.)

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Eine aus Vierraden zu dem Entwurf eingegangene Petition über Oder-Ueberschwemmungen wird der Regierung als Material überwiesen, nachdem der Regierungs-Kommissar Frhr. v. Scherr-Toß weitere Regulirungsarbeiten an der untern Oder in Aussicht gestellt.

Das Haus erledigt alsdann noch eine Reihe von Petitionen, Gehaltsregulirungen von Beamten 2c. betreffend, durch Uebergang zur Tagesordnung.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Wahl von drei Mitgliedern zur Staatsschulden-Kommission, kleinere Vorlagen und Petitionen.

Schluß 4¼ Uhr.

Parlamentarisches.

Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses erledigte heute eine Petition des Pfarrers Lic. Weber zu M.-Gladbach. Derselbe bittet, das Abgeordnetenhaus möge den Minister des Innern ersuchen, die Kölner Polizeibehörde zum sofortigen Bericht über das Auftreten der Lona Barrison auffordern und nach Eingang eines bestätigenden Berichts die sämmtlichen Polizeibehörden Preußens anweisen, daß sie ein solches oder ein ähnliches Auftreten der Barrison oder anderer verbieten. Der Petition lag ein von glaubwürdiger Seite abgefaßter Bericht über das Auftreten der Barrison und über ihre Darstellung der sogenannten Entkleidungs- und Reiterszenen bei. Dieser Bericht wurde von anderen ebenfalls zur Verlesung gelangenden Aussagen bestätigt. Von mehreren Mitgliedern der Kommission wurde die polizeiliche Zulassung solcher auf die Sinnlichkeit berechneten und deshalb entsittlichenden Darstellungen auf das schärfste gerügt und dabei hervorgehoben, daß die sogenannten Spezialitäten-Theater in neuerer Zeit weniger durch künstlerische Leistungen, als durch sinnenreizendes und manchmal geradezu schamloses Auftreten der sogenannten Künstler und Künstlerinnen das Publikum anzulocken und zu befriedigen suchten, in welcher Beziehung Berlin mit an der Spitze stehe. Der Regierungsvertreter aus dem Ministerium des Innern nahm die Organe der Polizei in Schutz, indem er darlegte, daß polizeilicherseits keine Aufführung genehmigt werde, welche im voraus als der Sittlichkeit zuwider erkannt worden sei. Der Antrag des Referenten, die Petition der königl. Staatsregierung als Material zu überweisen, ging der Mehrheit der Kommission nicht weit genug; ein anderer Antrag, die Regierung zu ersuchen, die Lona Barrison auszuweisen, fand in formaler Beziehung nicht die Zustimmung der Mehrheit, weil er sich von dem eigentlichen Petitum zu weit entfernen. Der Antrag, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mit allen gegen 3 Stimmen angenommen, wobei zu bemerken ist, daß bezüglich der Verurtheilung der Lona Barrison'schen Leistungen eine Meinungsverschiedenheit nicht obwaltete. — Schließlich vereinigte sich die Kommission auf Anregung des Abg. Lückhoff zu der Bitte an den Minister des Innern, diese Dame aus dem Lande zu verweisen. Der Regierungsvertreter wurde beauftragt, diesen einmüthigen Wunsch der Kommission zur Kenntniß des Ministers zu bringen.

Kommunales.

Der Etatsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberathung des Stadthaushalts-Etats pro 1898/99 hat in seiner Schlußsitzung am Freitag den Etat der Gemeindeschulen nach der neuesten Gehaltsskala des Lehrpersonals richtig gestellt und die personellen Kosten im Betrage von 11 009 638 M., gegen den Entwurf 45 960 M. mehr, in den Etat eingestellt. Die Etats des Hochbaues und des Straßen- und Brückenbaues wurden nach den Vorschlägen des Magistrats unverändert genehmigt. Der Etat für die personellen Kosten der Beamten ist vom Magistrat abgeändert worden und entspricht nunmehr überall den durch Gemeindebeschlüsse getroffenen Festsetzungen; er erfordert gegen den ersten Entwurf 209 297 M. weniger Zuschuß. Die im Etat vorgesehene Vermehrung der Bureauassistenten um 30 neue Stellen und der Stadtbaumeister um 3 Stellen für den Tiefbau und um 1 Stelle bei der Kanalisationsverwaltung wurde vom Ausschuß genehmigt. Bei dem Etat der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben sind zur Deckung der dem Lehrpersonal an den Gemeindeschulen und den Oberlehrern an den städtischen höheren Lehranstalten vom 1. April 1897 ab nachzuzahlenden Gehaltszulagen 798 954 M. von den Ueberschüssen des Jahres 1896/97 reservirt worden. Die im Etat enthaltenen Beiträge an Vereine und Institute wurden bis auf eine Veränderung genehmigt. Neu bewilligt und zum Etat gestellt wurden 2500 M. einmaliger Beitrag an das Kuratorium der Königin Augusta-Stiftung für die Berliner Feuerwehr und 500 M. Beitrag an den Ausschuß zur Förderung des Rhein-Weser-Elb-Kanals. Ein Antrag auf Bewilligung eines Beitrages für die Berliner Rettungsgesellschaft wurde abgelehnt, weil zunächst eine bezügliche Vorlage des Magistrats abgewartet werden soll. Die Etats für das städtische Amt der Stadt Berlin, des Märkischen Provinzial-Museums, des Gewerbegerichts und die städtischen Volksbibliotheken und Lesehallen gelangten unverändert nach den Entwürfen zur Feststellung. Die Etats der Steuerverwaltung blieben bis auf die Umsatzsteuer unverändert. Letzterer Etat wurde um 101 617 M. auf 1 651 737 M. erhöht. Der Stadt-Haushaltsetat balancirt nunmehr in Einnahme und Ausgabe mit 98 046 642 M., mit welchem Betrage derselbe zur Feststellung gelangte, und ist um 9 940 961 M. gegen den laufenden Stadt-Haushaltsetat höher. Die zu erhebenden Steuersätze haben wir bereits mitgetheilt.

Die Deputation für die städtischen Krankenhäuser genehmigte gestern unter Vorsitz des Stadtraths Bail den vom Stadt-Bauinspektor Zekeli aufgestellten Gesammtplan für den Ausbau des städtischen Krankenhauses in Moabit. Zur Annahme gelangten die Entwürfe 1. für ein neues Verwaltungsgebäude, in welchem auch die Wohnungen für den Verwaltungsdirektor und für 16 Aerzte untergebracht sind; 2. für eine neue Kochküche mit Wohnungen für das gesammte Küchenpersonal; 3. für eine neue Waschküche mit Wohnungen für den Maschinenmeister und das Waschpersonal; 4. für ein Wohnhaus für 48 Pflegerinnen; 5. für ein Wohnhaus für 60 Krankenwärter 2c.; 6. für ein Badehaus. Die Gesammtkosten für diese Bauten sind überschläglich auf 1 400 000 M. berechnet.

Die Anstrengung der Klage der Stadtverordneten-Versammlung gegen den Magistat wegen dessen Beanstandung des Beschlusses betr. Niederlegung eines Kranzes auf der Grabstätte der Märzgefallenen ist fertiggestellt und wird dem Ober-Verwaltungsgericht mit Ende dieses Monats zugehen.

Lokales.

Zur Lokalliste. Die Genossen werden edarauf aufmerksam gemacht, daß das Etablissement Buggenhagen (Inh. Herr Wäbekind gesperrt bleibt, da der Wirth sich beharrlich weigert, uns seinen Saal unentgeltlich zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Wir ersuchen die Genossen, das Lokal auch privatim zu meiden.

Der Gastwirth Rud. Kühn, Stettinerstraße 50, stellt uns seinen Saal zu Versammlungen frei; sein Lokal ist daher nicht mehr gesperrt. Die Lokalkommission.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute Abend 7 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag der Genossin Frau Lily Braun über: „Die Entstehung der Frauenfrage". Wir laden die Parteigenossinnen und Genossen zu diesem Vortrage höflichst ein und erwarten zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Achtung! Erster Wahlkreis (Hausaviertel). Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß am Dienstag, ½9 Uhr abends, in den Spreehallen, Kirchstr. 27, eine Versammlung des Wahlvereins stattfindet; der Reichstags-Abgeordnete Genosse Zubeil wird in derselben referiren. Gäste sind willkommen. Wir erwarten, daß die Versammlung recht zahlreich besucht wird. Mitglieder werden in der Versammlung und folgenden Zahlstellen aufgenommen: Moll, Klosterstr. 101; Preuß, Neue Friedrichstr. 20; Sommer, Grünstr. 21; Mörschel, Jüdenstr. 35. Der Vorstand.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin hat soeben seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1897 erstattet. Die Vermittlungsthätigkeit des Vereins ist aus den folgenden Hauptzahlen zu ersehen:

	Stellengesuche der Arbeiter	Besetzte Stellen
Ungelernte Arbeiter	16 455	12 693
Maler und Anstreicher	6 857	5 354
Schlosser	1 958	1 569
Klempner	1 265	1 068
Lackirer	156	134
Diverse	76	45
Landwirthschaftliche Arbeiter	104	104
Weibliche Personen	3 036	1874
Zusammen	29 907	22 441

Im Jahre 1896 gingen nur 27 645 Stellengesuche von Arbeitern ein, von denen 20 619 placirt werden konnten. Die Benutzung des Vereins ist also wiederum etwas gestiegen, auch konnten von den sich meldenden Arbeitern diesmal 76,4 pCt., im Jahre 1896 nur 74,7 pCt. untergebracht werden. Aus den obigen Zahlen sieht man jedoch, daß die Hauptthätigkeit dieses Arbeitsnachweises die Stellenvermittelung für ungelernte Arbeiter ist. Größere Bedeutung beansprucht allenfalls noch der Nachweis für Maler und der für weibliche Personen. Die Vermittelungsthätigkeit für Lackirer und landwirthschaftliche Arbeiter ist kaum erwähnenswerth; der Nachweis für Maurer und Zimmerer, der es allerdings erst zu einem sehr geringen Umfang gebracht hatte, ist ganz eingegangen, nachdem die Innung den bekannten Nachweis gegründet hat. — Interessant ist, daß der Nachweis für ungelernte Arbeiter in immer steigendem Maße von jugendlichen Arbeitskräften benutzt wird, so daß der ganze Verkehrszuwachs auf diese jungen Arbeiter (Lauf- und Arbeitsburschen) entfällt. Im Jahre 1896 waren von den im Nachweis für ungelernte Arbeiter gemeldeten männlichen Personen noch 36,4 pCt. über 30 Jahre alt; 1897 war der Prozentsatz der über 30jährigen bereits auf 21 gesunken. Von den beim Nachweis für weibliche Personen gemeldeten Mädchen und Frauen waren im letzten Jahre sogar nur 8,7 pCt. über 30 Jahre alt. In dieser letztgenannten Abtheilung des Zentralvereins ist seit dem 1. Februar d. J. ein Nachweis für weibliche Dienstboten eingerichtet worden. Es wäre zu wünschen, daß diese Abtheilung von den Mädchen sowohl wie von den Hausfrauen benutzt würde, da sich gerade in die Stellenvermittelung für weibliche Dienstboten ein ganz unverschämtes Schmarotzerthum eingenistet hat. — Der Verein hat die Einrichtung getroffen, daß die sich Meldenden, wenn keine Aussicht auf baldige Arbeitsvermittelung vorhanden zu sein scheint, hierauf aufmerksam gemacht werden und ihnen von der Eintragung in die Listen, die 20 Pfennig kostet, abgerathen wird. Aus diesem Grunde wurden im Jahre 1897 2437 Berliner Arbeiter nicht eingeschrieben, während dieses Nichteinschreiben im Jahre zuvor nur 1529mal nöthig wurde. Auch hierin scheint sich ein Symptom dafür zu zeigen, daß die Jahre des wirthschaftlichen Aufschwungs vorüber und die geschäftlichen Konjunkturen bereits seit dem vergangenen Jahre im Fallen begriffen sind.

Berliner Frühlingsboten. Wenn die Zugvögel nach dem Norden ziehen, wird Berlin von Volksschwärmen durchzogen, die aus dem Lande der Knute kommen. Es sind die sogenannten Sachsengänger, die von den hurrahpatriotischen Großgrundbesitzern eingeführt werden, wie Wolle und Heringe von den Kaufleuten — immer in ganzen Eisenbahnzügen. Und wenn es der Berliner, der ja meist nicht zu den Besitzern von Landgütern gerechnet werden kann, er müßte denn in Klein-Kleckersdorf oder Neu-Kamerun sein Laubschloß haben, sonst nicht in den steinernen Straßen merkt, daß es in der Natur gährt und keimt, die eigenthümlichen Gestalten der Sachsengänger verrathen es ihm. Für uns Berliner sind die Sachsengänger immer wieder ein Gegenstand der Neugier, des Interesses. Steigt uns doch bei ihrem Anblick eine Ahnung von der Kultur unseres vielgeliebten Nachbars im Osten auf, denn diese sonderbaren Gestalten umschwebt stets ein Duft ihrer Heimath, wenn sie auch schon öfter den Zug nach dem Westen, der alljährlich viele Tausende billiger Hände bei uns einführt, mitgemacht haben. Die Frauen, unter denen jedes Alter zu finden ist, gehen immer noch wie vor Jahren in hohen Schaftstiefeln gleich den Männern. Ihre Röcke sind noch ebenso kurz und arbeitsbequem, ihre Kopftücher noch ebenso bunt und die Jacken noch ebenso weit. Nur einzelne sind von der mitteleuropäischen Kultur beleckt, sie tragen moderneren Putz, manche gehen sogar unter einem bunten Hut. Auch unter den Männern finden sich vereinzelte, die das bäuerische bunte Halstuch mit weißem Kragen und Kravatte vertauscht haben. Auch rauchen nicht mehr alle die obligate kurze Holzpfeife. Viele leisten sich schon die um eine Stufe in der Kultur höher stehende Zigarre. Sollten das etwa Anzeichen sein, daß auch in diesen von ihren Arbeitgebern oft noch unter dem Vieh eingeschätzten Menschen eine Ahnung von einem Recht auf Ansprüche aufdämmert? Sollten sie vielleicht sogar die Kulturaufgabe erfüllen, Lichtstrahlen in ihre dumpfe, finstere Heimath zu bringen? — — — Ein aufmerksamer Beobachter kann jedenfalls finden, daß sich in dem Aeußern dieser Berliner Frühlingsboten, die die Wartesäle vierter Klasse füllen, in Schwärmen oder auf Möbelwagen die Straßen vom Osten nach den westlichen Bahnhöfen durchziehen und Kopf an Kopf aus den Fenstern der Stadtbahnzüge schauen, langsame Veränderungen vollziehen. Auch ihr Kram wird etwas anders, schleppt doch sogar manches Mädchen einen Kanarienvogel in einem Käfig mit sich. Bekanntlich ändert sich mit dem Aeußern auch das innere Wesen.

Vorläufig wird ja noch so mancher Arbeitslose sich verwundert bei ihrem Anblick fragen, warum unsere vaterländischen Großgrundbesitzer, die so schön mit dem Mundwerk für das „Deutschland über alles" eintreten, die Deutschen ohne Arbeit lassen und tausende von Polen einführen. Ja, wenn der Deutsche auch so anspruchslos wäre! — Aber beim Geldbeutel hört eben die Vaterlandsliebe auf.

Ueber die Bewegung der Bevölkerung Berlins im Jahre 1897 theilen wir als „vorläufiges Ergebniß" folgende Zahlen mit (indem wir zur Vergleichung die durch Nachmeldungen vervollständigten Zahlen von 1896 in Klammern beifügen). Geboren wurden 26 223 (25 700) männliche, 24 821 (24 361) weibliche, zusammen 51 044 (50 061) Kinder, darunter lebend 49 271 (48 320), todt 1773 (1741). Gestorben sind (ohne Todtgeborene) 16 378 (16 218) männliche, 14 244 (14 360) weiblich, zusammen 30 622 (30 578) Personen, darunter 10 669 (10 052) unter 1 Jahre alte Kinder. Der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen war 18 649 (17 742). Als zugezogen wurden 119 718 (121 097) männliche 101 740 (97 883) weibliche, zusammen 221 458 (218 980) Personen als fortgezogen 94 308 (90 992) männliche, 81 839 (75 951) weibliche, zusammen 176 147 (166 943) Personen gemeldet. Wegen der bei Gelegenheit der Volkszählungen nachgewiesenen Unvollständigkeit der Meldungen wird zu den Fortzügen ein Zuschlag (von gegenwärtig 18 pCt. bei den männlichen, 13 pCt. bei den weiblichen Personen) gemacht. Für 1897 (bezw. 1896) stellt sich dieser Zuschlag auf 16 975 (16 379) männliche, 10 639 (9874) weibliche, zusammen 27 614 (26 253) Personen, so daß als wirkliche Zahl der Fortgezogenen anzunehmen ist 111 283 (107 371) männliche, 92 478 (85 825) weibliche, zusammen 203 761 (193 196) Personen. Der Ueberschuß der Zugezogenen über die Fortgezogenen war dann 17 697 (25 784). Der Bevölkerungszuwachs durch Geburten- und Wanderungsüberschuß stellte sich demnach auf 36 346 (43 526). Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl wurde für Ende 1896 mit 1 722 509 berechnet, ist also für Ende 1897 — nach Addition des 1897er Zuwachses — mit 1 758 855 anzunehmen. Der Jahresdurchschnitt der Bevölkerungszahl stellt sich für 1897 (bezw. 1896) auf 1 734 770 (1 699 046). Im Vergleich zu diesem Durchschnitt waren: die Lebendgeborenen 28,40 (28,44) pro Mille, die Todtgeborenen 1,02 (1,02), die Geborenen überhaupt 29,42 (29,46), die Gestorbenen ohne Todtgeborene 17,65 (18,00), der Geburtenüberschuß 10,75 (10,44), die Zugezogenen 127,66 (128,89), die Fortgezogenen mit Zuschlag 117,46 (113,71), der Wanderungsüberschuß 10,20 (15,18) und der Bevölkerungszuwachs 20,95 (25,62) pro Mille der Bevölkerung. Der Bevölkerungszuwachs war 1897, wie man sieht, um ein beträchtliches geringer als 1896. Das ist zurückzuführen auf die Verringerung des Wanderungsüberschusses, die ihrerseits durch die (relative) Verminderung der Zuzüge und Vermehrung der Fortzüge bewirkt worden ist. Auch die Geburtenziffer ist 1897 von neuem ein wenig zurückgegangen, nachdem sie 1896, nach einer langen Periode des Rückganges, endlich wieder etwas gestiegen war. Trotzdem war der Geburtenüberschuß 1897 noch höher als 1896, weil 1897 die Sterblichkeit (relativ) geringer war.

Grundstücke und Wohnungen in Berlin. Nach Angabe des neuesten Berichts der städtischen Steuerdeputation (pro 1896/97) wurden Ende 1896 (bezw. 1895) hier 24 370 (23 935) benutzte Grundstücke gezählt. Davon waren 23 667 (23 392) bebaut und 703 (543) unbebaut (Zimmer-, Holz-, Kohlen-, Stätteplätze, Garten- und Ackerland u. s. w.) Dazu kamen noch 1516 (1773) grundbuchlich eingetragene extraglose Parzellen (Baustellen). Die bedeutende Vermehrung der unbebauten Nutzgrundstücke ist zum theil nur auf eine andere Buchung — Zerlegung größerer Garten- oder Ackerländereien in kleinere Parzellen — zurückzuführen. Wohnungen (und Geschäfts-, Dienst-, Fabrik-, Arbeitsräume) wurden 483 374 (466 449) gezählt. Davon waren 458 465 (440 362) vermiethet, einschließlich der vom Besitzer selber benutzten oder miethsfrei an andere überlassenen Wohnungen, und 24 909 (26 087) unvermiethet. Die noch nicht vermietheten Wohnungen in Neubauten sind hierbei nicht mitgezählt. Die unvermietheten Wohnungen waren 5,2 (5,6) pCt. aller vorhandenen. Der schon 1895 begonnene Rückgang der Zahl der unvermietheten Wohnungen — 1894 machten diese noch 6,8 pCt. aller vorhandenen aus! — hat also 1896 fortgedauert. Das ist um so bemerkenswerther, da 1896, infolge wieder vermehrter Bauthätigkeit, die Zahl der verfügbaren Wohnungen wieder stärker als in den Vorjahren zugenommen hat. Diese nahm zu: 1890: 5,7 pCt., 1891: 4,6 pCt., 1892: 3,9 pCt., 1894: 2,6 pCt., 1895: 1,1 pCt., aber 1896: 3,6 pCt. Das schon 1895 eingetretene erneute Anschwellen der Zuzüge, das sich 1896 noch erheblich gesteigert hat, hat auch die Nachfrage nach Wohnungen gesteigert, und zwar so bedeutend, daß trotz der gegen früher vermehrten Bauthätigkeit die Zahl der unvermietheten Wohnungen zurückgehen konnte.

Die lebhafte Bewegung, die der Großdestillateur und Reichstags-Abgeordnete Max Schulz gegen die Polizeiverordnung vom 10. Oktober 1896 über die äußere Heiligkaltung des Sonntages entfaltete und die in einer Reihe von Protestversammlungen und Erklärungen hiesiger Bürger ihren Ausdruck fand, worin zuweilen die Vertreter der Kirche scharf angegriffen wurden, hatte die Berliner Geistlichkeit veranlaßt, in einer Petition das Konsistorium zu bitten, von Aufsichts wegen das Strafverfahren gegen Herrn Schulz wegen Beleidigung und Verleumdung einzuleiten. Die Beschwerde wurde vom Konsistorium dem Oberkirchenrath übermittelt und ist, wie ein Geistlicher am Freitag in einer Stöcker-Versammlung in den Konkordiasälen „mit Bedauern" mittheilte, jetzt den Antragstellern zurückgegeben worden mit dem Bescheid, daß beide kirchliche Körperschaften es ablehnen, hier einzuschreiten. Damit ist jedoch für die Geistlichen die Sache noch nicht abgethan; es wird vielmehr mit der Möglichkeit gerechnet, daß die obersten Kirchenbehörden dennoch gegen Herrn Schulz vorgehen werden, sobald solches von den Gemeindekirchenräthen und durch Versammlungsbeschlüsse für unbedingt nothwendig erachtet wird. Der Anfang ist bereits gemacht worden. Der Gemeinderath von Emmaus beschloß am Freitag, beim Konsistorium im Sinne der abgewiesenen Petition der Geistlichen nochmals vorstellig zu werden, und die Stöckerversammlung schloß sich diesem Vorgehen an durch Annahme folgender Erklärung: „Die Versammlung hält es für Pflicht der Kirchenbehörden, die Geistlichen gegen Angriffe, die der Großdestillateur Schulz gegen sie erhebt, in wirksamerer Weise zu schützen, als es bis jetzt geschehen ist.

Magistratsassessor Cuno über die Armenpflege. Eine Denkschrift über seine Erfahrungen im Armenamt XII hat der frühere Magistratsassessor Cuno, jetzt Stadtrath in Königsberg, seinen hiesigen Mitarbeitern im Armenwesen hinterlassen. Die Denkschrift behandelt eingehend die Neu-Organisation der Berliner Armenpflege und deren Erfolge. Sie gelangt zu dem Resultat, daß ein Weitergehen auf dem betretenen Wege der Dezentralisation geboten erscheint. Die jetzige Organisation des Armenamtes sei zur Verbesserung der offenen Armenpflege wohl geeignet. Ueber die viel umstrittene Frage, welchem Personenkreis die Armenamts-Vorsteher entnommen werden sollen, läßt sich der Verfasser wie folgt aus: „. . . Man scheut davor zurück, daß bei Durchführung der Organisation 15—16 Magistrats-Assessoren als Armenamts-Vorsteher fungiren müßten. Ich selbst bin überzeugt, daß die Leitung der Armenfürsorge für einen Bezirk von 100 000 bis 150 000 Einwohnern die volle Kraft eines Juristen in Anspruch nehmen und ihm auch Befriedigung gewähren kann. Der andererseits gemachte Vorschlag, für das Amt eine besondere Gattung von Beamten nach Art der Standesbeamten zu schaffen, das heißt nicht berufsmäßig geschulte Personen, die für ihre Thätigkeit besoldet werden, zu nehmen, hat erhebliche Bedenken. Die Auswahl geeigneter Personen würde Schwierigkeiten bieten. Die Personen könnten doch unter Aufgabe anderweiter Thätigkeit das Amt nur übernehmen, wenn sie dauernd angestellt würden, dann würde es schwer halten, ungeeignete Personen aus dem Amte, welches großen Takt im Verkehr mit den ehrenamtlichen Organen und den Vertretern der privaten Wohlthätigkeit erfordert, wieder zu entfernen. Meines Erachtens wäre es bedenklich, die selbständige Leitung der offenen Armenpflege in einem großen Bezirk Personen anzuvertrauen, die mit der Zentrale der Armendirektion, ihren Grundsätzen und Ansichten keine Fühlung haben.

Sehr peinlich berührt das Benehmen, welches der Vorsitzende der Kammer VI des Gewerbegerichts, Herr Assessor Krause, zuweilen organisirten Arbeitern gegenüber an den Tag legt. Schon kürzlich hatten wir uns mit diesem Herrn zu befassen. Vor einigen Tagen ereignete sich folgender Fall. Der Vorsitzende des farblosen Kellnerklubs „Zentrum", ein Herr Hilpert, vertrat vor der genannten Kammer einen Vereinskollegen. Assessor Krause redete ihn also an: „Sie sind Vorsitzender des Vereins?" — „Ja." — „Na, dann will ich Sie jetzt zulassen. Aber öfter dürfen Sie hier nicht kommen, dann dürfen Sie hier nicht vertreten."

Dieser recht deplazirten Aeußerung gegenüber sei darauf hingewiesen, daß eine unbezahlte, nicht gewerbsmäßige Vertretung vor dem Gewerbegericht durchaus statthaft ist.

Der Neuneranausschuß des Zentralkomitee's für die durch Unwetter Geschädigten Deutschlands hielt gestern unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Zelle seine Schlußsitzung ab. Von den als Bestand verbliebenen Gaben im Betrage von 75 000 Mark kamen 70 000 Mark zur Vertheilung. Hiervon erhalten Angermünde 10 000 Mark, Liegnitz 30 000 Mark und der Regierungs-Präsident in Frankfurt a. O. für Lübben und Kalau 30 000 Mark. Die verbleibenden 5000 Mark sollen Verwendung finden zur Deckung von Druckkosten und anderen erforderlich gewesenen Ausgaben. Dem nach dem Osterfeste zusammentretenden Zentralkomitee wird hierüber Bericht erstattet werden.

Nachdem der Eisenbahn-Betrieb der Nordbahn von deren Bahnhof nach dem Stettiner Bahnhof zurückgelegt und damit der Verkehrszufluß vom Nordbahnhofe weggefallen ist, beabsichtigt die Große Berliner Straßenbahn-Verwaltung, den Betrieb der Linie Bülowstraße-Vinetaplatz über diesen Platz und die Swinemünderstraße bis zur Ramlerstraße auszudehnen. Die Verwaltung hat zu diesem Zwecke zunächst die grundsätzliche Zustimmung der städtischen Behörden zum Ausbau der Strecke Vinetaplatz-Ramlerstraße nachgesucht.

Der Durchstich des Spreetunnels bei Treptow ist nunmehr beendet. Die Luftzuführung zu dem Tunnel geschieht jetzt in normaler Weise und es können die noch vorzunehmenden Arbeiten im Tunnel infolge dessen mit größerer Schnelligkeit gefördert werden. Wie sich hierbei zeigt, ist der den Tunnel durchziehende Luftstrom ziemlich bedeutend, so daß dort ständig frische Luft vorhanden ist. Demnächst werden nun die Hochbau-Arbeiten in Angriff genommen und Hand in Hand mit diesen wird die Anlegung der neuen elektrischen Straßenbahn-Linie Schlesisches Thor—Treptow durch die Stralauer Chaussee vor sich gehen. Die Eröffnung dieser Linie und des Tunnels dürfte voraussichtlich noch in diesem Sommer erfolgen.

Die königl. Eisenbahn-Direktion hat sich mit der von dem Magistrat aufgestellten Entwurfsskizze für die Ueberbrückung des Bahnhofes Gesundbrunnen zur Verbindung der Bellermannstraße mit der Swinemünderstraße im allgemeinen einverstanden erklärt. Die Direktion stellt dem Magistrat anheim, in dem Entwurf die Anlage einer Treppe zu dem Vorortssteig des Bahnhofes Gesundbrunnen vorzunehmen.

Bezüglich der äußeren Heiligkaltung der Sonn- und Feiertage, soweit es sich um die Charwoche und die Ostertage handelt, bestimmt die neueste Polizeiverordnung folgendes:

„1. Am Charfreitag sind alle öffentlichen Lustbarkeiten mit Einschluß der Gesangs- und deklamatorischen Vorträge, Schaustellungen von Personen, theatralischen Vorstellungen und Musikaufführungen verboten. Nur geistliche Musik-Aufführungen (Oratorien) sind gestattet. 2. In der Charwoche und am ersten Osterfeiertage sind verboten: a) öffentliche Tanzlustbarkeiten und Bälle, b) Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schaustellungen von Personen, theatralische Vorstellungen und alle Musik-Aufführungen, falls nicht der ernste Charakter gewahrt ist; Vorträge, Schaustellungen und Musik-Aufführungen in Café chantants (Tingel-Tangeln.)"

Die Bestimmung unter b findet keine Anwendung auf die Vorstellungen in den Theatern im eigentlichen Sinne, d. h. solchen, deren Zweck es ist, Schauspielvorstellungen zu veranstalten, bei welchen ein höheres Interesse der Kunst obwaltet.

Das Verbot der öffentlichen Lustbarkeiten erstreckt sich auch auf solche private Lustbarkeiten, die geeignet sind, die äußere Heiligkaltung der Sonn- und Feiertage zu beeinträchtigen. Am Oster-Montag gelten die gewöhnlichen Sonn- und Feiertags-Bestimmungen.

Nach der Statistik der Bauabtheilung des Polizeipräsidiums wurden im Laufe des Jahres 1897 unter Mitwirkung der Bauinspektionen 951 Rohbauten abgenommen, durch die Rathsmeister 617, zusammen 1568 Abnahmen. Gebrauchsabnahme-Prüfungen wurden 978 vorgenommen. Ferner sind 140 Wohnhäuser abgebrochen worden. Bei Bauausführungen sind 19 Unglücksfälle erheblicher Natur vorgekommen, davon 5 mit tödtlichem Ausgange. An Brandanzeigen sind 624 eingelaufen.

Der heftige Sturm in der Nacht zum Sonnabend hat mancherlei Schaden angerichtet. Auf dem Frühjahrsmarkt vor dem Halleschen Thore wurden zahlreiche Buden abgedeckt, zum theil auch vollständig vernichtet, und die innerhalb lagernden Waaren beschädigt. Auf den von Weißensee und Friedrichsberg nach der Stadt führenden Straßen wüthete der Sturm in den ersten Morgenstunden so heftig, daß mehrere den Markthallen zustrebende Obst- und Gemüsewagen umgeworfen wurden. Der Kutscher des einen Gefährts erlitt bei dem Unfall so schwere Verletzungen, daß er nach einem Krankenhause gebracht werden mußte. Besonders gefährdet waren auch die auf der Spree vor Anker liegenden Kähne und Flöße.

Krankheit und Arbeitslosigkeit haben den 42 Jahre alten Former Hugo Meinhardt aus der Wiesenstr. 40 in den Tod getrieben. Der Mann hatte wegen Krankheit sowie infolge der Maßregelungen, mit denen die Metallindustriellen ihn als ausständigen Former systematisch zum Verhungern zu bringen suchten, seit 15 Wochen keine Arbeit mehr. Die Frau und die erwachsenen Töchter mußten für die zahlreiche Familie — sieben Kinder im Alter von 4 bis zu 20 Jahren — durch Näharbeiten den Lebensunterhalt erwerben. In dieser verzweifelten Lage griff Meinhardt zum Strick. Gestern fand ihn seine älteste Tochter als Leiche am Bettpfosten hängen.

Durch Ueberfahren schwer verunglückt ist gestern Abend der neun Jahre alte Sohn Wilhelm des Schlächtermeisters Nickel aus Neu-Weißensee. Der Knabe hatte sich an einen Pferdebahnwagen hinten angehängt und kam, als er losließ, zu Falle. In diesem Augenblick kam ein Geschäftswagen daher gejagt, ging über den Gestürzten hinweg und zerschmetterte ihm beide Beine.

Auf der Straße gestorben ist gestern Abend die etwa 50 Jahre alte Frau Therese Dube aus der Jagowstraße 20. Die Frau war, anscheinend jemanden erwartend, ungefähr eine halbe Stunde lang in der Nähe der Jerusalemer Kirche auf und abgegangen, lief dann auf einen ihr bekannten jungen Mann zu, der zufällig des Weges kam, und sank ihm, vom Herzschlag getroffen, in die Arme. Ein Arzt, der bald zur Stelle war, fand schon eine Todte vor.

In Sachen des Oberfaktors Grünenthal ist das Vorverfahren jetzt abgeschlossen und die Voruntersuchung gegen Grünenthal und Frau Eng eröffnet worden. Zum Untersuchungsrichter wurde Landgerichtsrath Brandt bestellt. Elly G. sowie deren Mutter haben je eine Vorladung vor den Untersuchungsrichter für den 31. d. M. erhalten. Die Untersuchung erstreckt sich auf Diebstahl und Münzverbrechen. Das Polizeipräsidium theilt mit: Den in der Tagespresse übertriebenen Zahlenangaben der in Sachen des Oberfaktors Grünenthal ermittelten und beschlagnahmten Werthe gegenüber kann mitgetheilt werden, daß sich dieselben, außer den auf dem Grabe zuerst gefundenen 44 000 M. auf rund etwa 125 000 M. beziffern.

Der Arbeiter-Sängerbund hat es sich nicht nehmen lassen, gleichfalls seine Märzfeier zu begehen. Auf dem hübsch arrangirten Feste im großen Saale der Brauerei Friedrichshain mochten etwa 2500 Angehörige des Bundes mit ihren Familienangehörigen versammelt gewesen sein. Ein aus Mitgliedern der Berliner Vereine zusammengesetzter Sonderchor von 400 Personen trug in 3 Abschnitten u. a. folgende Lieder vor: „Festgesang" (gedichtet von Em. Wurm), „Frühlingsruf", den Märzgefallenen (Gedicht von R. Schey, Komposition von J. Scheu), „Ein Sohn des Volkes" und „Der Menschheit Erwachen". Der präzise Vortrag der Gesänge fand lebhafte Anerkennung; vor allem wurde die den Märzgefallenen gewidmete Komposition beifällig aufgenommen. Minder gut fielen die Leistungen des gemischten Chors aus, doch läßt sich erwarten, daß auch hier die Uebung es zur Meisterschaft bringen wird. Wohlverdienter Beifall wurde der 44 Mann starken Kapelle des Herrn Graß gespendet. Mit dem Gesange der Marseillaise schloß die Feier!

Der Turnverein Fichte eröffnet am Sonnabend, den 2. April, seine 8. Männer-Abtheilung. Der monatliche Beitrag zum Verein ist sehr gering und somit ist wohl anzunehmen, daß zahlreiche Arbeiter die Gelegenheit benutzen werden, sich dem Vereine anzuschließen. (Näheres bringt der Inseratentheil.)

Den Glanzpunkt der spanischen Pantomime „Zaragoza" im Zirkus Busch bildet die Schlußapotheose, der sogenannte „grüne Akt" und der Brand des Felsenschlosses „Eldorado". Direktor Busch hat sich entschlossen, dieses schöne Bild auch der Kinderwelt zugänglich zu machen, es wird deshalb heute in der Nachmittags-Vorstellung, zu welcher ja jeder Erwachsene ein Kind frei mit einzuführen berechtigt ist, eine einmalige Aufführung des „grünen Aktes" stattfinden. Der Montag Abend bringt die 100. Aufführung „Zaragoza's" und mit Rücksicht auf diese Jubelfeier ein ausgewähltes Programm. Aus dem Programm verdienen zwei Neuheiten besonders hervorgehoben zu werden: ein Manöver, geritten von 20 Damen, und ein hippologisches Bravourstück, welches bisher in keinem Zirkus Europa's gegeben worden, die Vorführung von 100 Hengsten durch Direktor Paul Busch.

Aus der Spree gelandet wurde gestern auf dem Hinterlande des Grundstücks Köpenickerstr. 7 der zehn Jahre alte Gemeindeschüler Ernst Milenz, der seit dem 21. Januar d. J. vermißt wurde. Der Knabe, der damals um 6 Uhr abends von seinen Großeltern, bei denen er in der Oppelnerstr. 46 seit sechs Jahren wohnte, weggeschickt worden, um Mehl zu holen, wurde seitdem nicht mehr gesehen. Wie er in die Spree gerathen ist, weiß man nicht.

Feuerbericht. Freitag Abend gegen 7 Uhr mußte Adalbertstraße 53 ein Zimmerbrand abgelöscht werden, der Gardinen und Möbel vernichtete. Kurz nach 10 Uhr entstand Alt-Moabit 132 im Dachgeschoß ein Fußbodenbrand, der auch die Balkenlage in Mitleidenschaft zog und das Haus erheblich beschädigte. Sonnabend früh 9 Uhr wurde die Berliner Feuerwehr nach Treptow gerufen, wo in der am Lohmühlenweg belegenen Anilinfabrik der Aktiengesellschaft ein größeres Schadenfeuer wüthete. Mehrere in der Trockenkammer lagernde Fässer mit Farbe hatten Feuer gefangen, das schnell um sich griff und auf die Dachkonstruktion übersprang. Da Gefahr für die umliegenden Gebäude vorhanden war, wurde die Berliner Wehr mit herangezogen, deren Spritzen jedoch nicht in Anspruch genommen zu werden brauchten, da das Feuer mittlerweile durch zwei Schlauchleitungen der Fabrik-Feuerwehr zum Stehen gebracht war. Der entstandene Schaden ist immerhin bedeutend. Kurze Zeit darauf erfolgte Alarm nach Wandelstr. 84. Hier brannten Möbel, Fußboden und Balkenlage. Gegen 12 Uhr mußte Chorinerstraße 14 in einer Tapeziererwerkstatt ein Schadenfeuer abgelöscht werden, das Werg und Polsterwaaren vernichtete. Nachmittags gegen 4 Uhr mußte die Wehr noch Charlottenstr. 50/51 und Zionskirchstr. 11 eingreifen. In beiden Fällen handelte es sich um die in Brand gerathene Schalbecke und Balkenlage.

Das Berliner Aquarium erfreut sich wieder zahlreicher Zuführungen. Ein soeben eingetroffener Transport von der Station Rovigno an der Adria, die sich von Jahr zu Jahr mehr als eine wirkliche Fundgrube für unser Aquarium erweist, enthielt einige Ballons voll der in den herrlichsten und zartesten Farben prangenden Aktinien, die gewöhnlich schlechthin als Seerosen bezeichnet und von dem Laien meist als pflanzliche Gebilde angesehen werden; unter ihnen begegnen wir einigen Exemplaren und Formen, wie sie kaum einmal hier vertreten waren. Ein anderer Versandtkorb brachte außer freudig-grünen, an Salatblätter erinnernden Meerespflanzen eine Kollektion Muschelthiere, unter denen Angehörige der mit länglicher, dickwandiger, gleichklappiger Schale versehenen Archenmuscheln; die eine derselben, welcher der Naturforscher Linné den Namen „Noah's Arche" beilegte, wird am Mittelmeer gegessen. Um den Besuch des Instituts zu erleichtern, empfiehlt es sich, Jahres-Abonnementskarten à 1 M. zu lösen, welche den Inhaber und seine Familie gegen jedesmalige Zahlung von 25 Pf. pro Person zum Eintritt berechtigen.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossinnen und Genossen von Charlottenburg werden nochmals auf das heute Nachmittag um 4 Uhr in „Bismarckshöhe" stattfindende Konzert, verbunden mit Theater, aufmerksam gemacht. Der Ueberschuß ist zum Reichstags-Wahlfonds bestimmt.

Charlottenburg. Gegen den aufsehenerregenden Beschluß, den die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung zu Charlottenburg in der Angelegenheit der Volksbibliothek gefaßt hat, liegt zur Zeit folgende Petition aus: „Die Unterzeichneten haben zu ihrem Bedauern Kenntniß genommen von dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, die vom Magistrat für die Volksbibliothek vorgeschlagene Summe von 25 000 um 10 000 M. zu kürzen. Bei dem geminderten Betrage würde die bisherige Lesezeit, sowie die Zeit für die Bücherausgabe eingeschränkt werden müssen, und die Bibliothek von ihrer bisherigen Höhe herabsinken. Die Bibliothek wendet sich nach ihrer Bedeutung an alle Kreise der Bevölkerung. Sie will sowohl dem einfachen Mann, wie auch dem wissenschaftlich Gebildeten die Möglichkeit geben, sich über Fragen von allgemeinem Interesse auf geistigem Gebiet zu unterrichten. Zu diesem Zwecke müßten in noch erhöhtem Maße allgemeine Nachschlagewerke auf allen Gebieten des menschlichen Wissens vorhanden sein. Dabei darf beispielsweise neben der schönen Literatur die Kunst, neben der Technik die Geschichte und die Geographie, neben der Hygiene die Nationalökonomie nicht zu kurz kommen. Auch dem Fortbildungsbedürfniß des Gewerbetreibenden und des Handwerkers muß Rechnung getragen werden. Nur bei Bewilligung der vom Magistrat beantragten Summe werden sich diese Zwecke erreichen lassen. Aus diesem Grunde bitten wir den hochlöblichen Magistrat, dem mit geringer Majorität gefaßten Beschlusse der Stadtverordneten nicht beitreten zu wollen."

Da die vorstehende Petition auch von Interesse für die Parteigenossen und Genossinnen ist, so ersuchen wir, dieselbe bis Dienstag, den 29. d. M., abends, in folgenden Lokalen soweit als möglich zu unterzeichnen: Beyer, Wallstr. 96. Dörre, Krummestr. 19. Wilke, Wallstr. 68. Wernike, Wilmersdorferstr. 39. Sellin, Wilmersdorferstraße 115. Hohmuth, Krummestraße, Ecke Pestalozzistraße. Wolter, Magazinstr. 15. Leder, Bismarckstr. 74. Bredlow, Augsburgerstr. 78. Gimpel, Osnabrückerstr. 26. Kolbe, Grünstr. 12. Nühe, Göthestr. 67a. Röttger, Leibnizstr. 3.

Zum Bibliothekar der städtischen Volksbibliothek in Charlottenburg hat der dortige Magistrat Dr. Dinse aus Berlin gewählt. Dr. Dinse, ein Sohn des Berliner Stadtverordneten Dinse, ist Assistent an der königlichen Bibliothek und Bibliothekar der Gesellschaft für Erdkunde. Seit Jahresfrist ist er von der königlichen Bibliothek beurlaubt, um die Bibliothek des Statistischen Amts der Stadt Berlin zu verwalten. Dr. Dinse wird schon zum 1. April sein neues Amt antreten.

Der Sturm am Freitag hat auf der Spree ein schweres Unglück verursacht. Nachmittags gegen 5 Uhr versuchten zwei Schiffer in einem kleinen, zu einer Zille gehörigen Kahn die Durchfahrt der Ringbahn-Ueberführung bei Bahnhof Treptow zu passiren. Etwa 8 Meter oberhalb der Brücke wurde der Nachen plötzlich von einer besonders hochgehenden Welle erfaßt, deren Fluthen zum Theil in den Kahn hineinspritzten und diesen zum Kentern brachten. Einer der beiden Männer konnte durch hinzukommende Schiffer gerettet werden, während der zweite in den Wellen verschwand. Trotz längeren Suchens und lebhaften Bemühens der hilfsbereiten Schiffer konnte die Leiche des Verunglückten nicht gefunden werden.

Achtung! Parteigenossen von Groß-Lichterfelde und Umgebung! Am Dienstag, den 29. März abends 8 Uhr hält der Agitationsverein bei Pagel, Chausseestraße, seine Vereinsversammlung ab, in welcher Genosse Joël über „Moderne Naturanschauung" referiren wird. Da außerdem noch wichtige Gegenstände zur Verhandlung stehen, ist vollzähliges Erscheinen nothwendig.

Der Vorstand.

In Spandau hat die Stadtverordneten-Versammlung unter dem Protest der sozialdemokratischen Vertreter beschlossen, zu Ehren des wiedergewählten Oberbürgermeisters ein Festessen für 500 M. zu veranstalten. Der mit knapper Mehrheit gefaßte Beschluß wird in der Bevölkerung lebhaft kritisirt. Zum 25jährigen Jubiläum einer Hebeamme, welche lange Zeit im städtischen Krankenhause wirkte, war ein Geschenk von baaren 25 M. in Ansatz gebracht. Es gelang den sozialdemokratischen Vertretern schließlich, die Versammlung zur Hergabe von 50 M. zu bewegen. Neulich hatte Stadtverordneten-Vorsteher Sturm sich bei Berathung einer Petition an den Kriegsminister wegen Erleichterung der Rayonverhältnisse zu der Aeußerung verstiegen, „um den Pöbel bei etwaigen Unruhen zur Raison zu bringen, genügt der kalte Wasserstrahl der Feuerspritze oder die Reitpeitsche unseres Trainbataillons". Eine von unseren Parteigenossen eingebrachte Interpellation, welche Schichten der Bevölkerung vom Stadtverordneten-Vorsteher gemeint waren, konnte nicht beantwortet werden, da Herr Sturm krankheitshalber abwesend war.

Im südwestlichen Theil des Grunewaldes sind jetzt überall Tafeln mit folgender Warnung angebracht worden. „Das Betreten dieses Waldtheils ist auf grund des Feld- und Forstgesetzes bei Strafe verboten. Die kgl. Forstverwaltung." Anlaß zu diesem Verbot hat der Umstand gegeben, daß dieser Theil des Grunewaldes der wildreichste ist.

Witterungsübersicht vom 26. März 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresfläche	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0°C. = 4°R.)
Swinemünde	757	O	7	bedeckt	2
Hamburg	752	ONO	6	bedeckt	3
Berlin	751	O	7	Regen	3
Wiesbaden	741	NO	1	bedeckt	7
München	743	W	4	wolkig	2
Wien	749	OSO	2	bedeckt	6
Haparanda	779	Still	—	Dunst	—20
Petersburg	—	—	—	—	—
Cork	763	NNO	5	heiter	1
Aberdeen	769	ONO	6	bedeckt	2
Paris	744	N	3	Schnee	0

Wetter-Prognose für Sonntag, 27. März 1898.
Etwas wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe, mit Niederschlägen und frischen südöstlichen Winden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

In Brandenburg ist der Streik der Vergolder bei der Firma Baake beendet. Die beiden Arbeiter, um welche der Streik ausbrach, verzichten auf ihre Wiedereinstellung. Dagegen verläßt einer der „Arbeitswilligen" die Arbeit bei Baake freiwillig, den anderen wird gekündigt. Frauenarbeit wird nicht eingeführt. Ein aus 3 Vergoldern bestehender Arbeiter-Ausschuß wird mit Uebereinstimmung des Fabrikanten gewählt. Der Preiskourant wird binnen kurzer Zeit ausgehängt. Sämmtliche Streikende, mit Ausschluß der oben erwähnten beiden Arbeiter, werden wieder eingestellt.

Am Schuhmacherstreik sind noch 6 Gesellen betheiligt. Die Forderungen der Arbeiter sind nunmehr von 21 Arbeitgebern, die 40 Gesellen beschäftigen, anerkannt.

Achtung, Kürschner! Unsere Errungenschaft vom Jahre 1893 steht auf dem Spiel. Mehrere bedeutende Firmen der Pelzbranche haben wieder die Stückarbeit eingeführt; speziell die Firmen B. Manheimer und D. Levin. In der letzten Versammlung wurden die Unterzeichneten beauftragt, zu geeigneter Zeit Schritte dagegen einzuleiten. Wir thun dies jetzt. Am 28. d. M. findet im Schützenhause, Linienstr. 5, eine öffentliche Versammlung statt. (Siehe Inserat.) Wir erwarten, daß alle Kolleginnen und Kollegen in dieser Versammlung erscheinen. Der Vertrauensmann.

Die Handels-Hilfsarbeiter (lokale Richtung) werden auf die heute, Sonntag, Abend 6 Uhr bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, stattfindende Versammlung, in welcher die Genossin Baader über „Lebenshaltung und Sterblichkeit des Proletariats" referirt, aufmerksam gemacht. Das Erscheinen der Frauen ist besonders erwünscht. Der Vertrauensmann.

Für die streikenden Schuhmacher Berlins gingen bei der Berliner Gewerkschafts-Kommission folgende Beiträge ein:

Arbeiter der Bobel'schen Brotfabrik (Liste) 13,10. Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin, 200,—. Pohl, Siebert, Burghagen (Listen) 27,35. Schriftgießer Berlins 50,—. Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter d. Jaeck 30,—. Filzschuhfabrik Reinhold Gräff (Liste) 8,15. Koch (Listen) 24,90. Selbständige Mützenmacher (Listen) 13,80. Schäfte-Arbeiter Brasch Gebrüder, Elsasserstraße, 4,25. Verein d. Maschinisten u. Heizer Berlins 50,—. Rabitzputzer (Liste) 8,45. Porzellanarbeiter (Liste) 8,65. Porzellanarbeiter Berlins 10,—. Auf Listen (darunter Schuhwaarenfabrik v. Melnick 13,80) 23,15. Gold- u. Silberarbeiter (Listen) 38,15. Tabakarbeiter (Listen) 16,10. Kaufleute Berlins (Listen) 11,95. Zinkgießer Berlins (Listen) 18,05. Stockarbeiter Berlins 102,10. Kupferschmiede Berlins 50,—. Bildhauer (Listen) 5,50. Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, Filiale Berlin 1 50,—. Schmiede Berlins 100,—. Schmiede Berlins 100,—. Bureau-Angestellte (Liste) 6,45. Metallarbeiter Berlins 1000,—. Arbeiter und Arbeiterinnen der Filzschuh-Fabrik E. Werner, Plan-Ufer 92d, 6,60. Herrmann (Liste) 12,25. Verband der Kürschner Berlins 25,—. Sattler Berlins (Listen) 16,40. Möbeltischler Hülsenbeck u. Kroll, Königsbergerstr. 8, anstatt eines Kranzes für die Märzgefallenen 15,70. Schoßarbeiter der Friedrichstadt d. Ad. 100,—. Auf Listen (darunter Filzschuh-Fabrik von Reinhold Gräff 8,15) 37,10. Ueberschuß der Kranzspende am 18. März von der Tischlerei Pätzold u. Apelt 8,10. Kistenmacher Berlins (Listen) 23,90. Elektrische Abtheilung von Ludwig Löwe, Huttenstraße. Ueberschuß der Kranzspende vom 18. März 70,—. Handelshilfsarbeiter Berlins (lokal) Listen 33,50. Arbeiter und Arbeiterinnen der Filzschuhfabrik von E. Werner, Planufer 92d 6,10. Lederarbeiter Berlins (Weißgerber, Lohgerber und Färber) 50,—. Berliner Gewerkschaftskommission 4800,—. Buchbinder Berlins 100,—. Xylographen Berlins 10,85. Ballschuhfabrik von Nordheimer (Liste) 26,95. Koch (Listen) 34,20. Tischlerei von Scholz, Fruchtstraße 29 9,25. Zentralverband der Konditoren (Mitgliedschaft Berlin) 10,—. A. Pattloch 1,—. Verband der Graveure und Ciseleure, Filiale Berlin 30,—. Graveure und Ciseleure (Listen) 6,30. Tischler durch O. K. (Listen) 7,60. Zentralverein der Bildhauer Deutschlands, Verwaltung Berlin 50,—. Kaufleute Berlins (Listen) 11,25. Zimmerer Berlins d. F. 200,—. Rabitzputzer Berlins 50,—. Gesangverein Kreuzberger Harmonie 20,—. Nowag (Listen) 15,85. Glasarbeiter Sixalou's 50,—. Tischlerei Groschkus, Gollnowstraße, 10,90. Korkarbeiter Berlins (Listen) 3,80. Stereotypeure Berlins (Listen) 24,85. Ueberschuß der Kranzspende am 18. März von F. Schuchardt u. Co. 2,—. Former der Eisengießerei Pätzold u. Ko., 9,—

Weitere Beiträge nimmt das Gewerkschafts-Bureau (R. Millarg, Annenstr. 16, I) entgegen.

In der vorigen Veröffentlichung hieß es Buchdrucker 1000,—, es muß heißen 200,—. Die Differenz ist in der obigen Summe unter Gewerkschafts-Kommission 4800,— enthalten.

Die Tischler des Tischlermeisters Dorn in Neu-Weißensee werden nach Beendigung ihres Akkords die Arbeit niederlegen. Die Differenzen sind entstanden durch die Behandlung, die der Meister in der Regel den Gesellen zu theil werden ließ; in einem Falle hatte er sich zu Thätlichkeiten hinreißen lassen, worauf die Kündigung der Arbeiter erfolgte.

Deutsches Reich.

Der Streik der Stockarbeiter bei der Firma James Lawy, Große Hamburgerstr. 20, ist zu gunsten der Arbeiter beendet. Die Agitations-Kommission.

Der Verband der Maschinisten und Heizer, der gegenwärtig 53 Filialen zählt und 8000 Mitglieder hat, hält am ersten und zweiten Osterfeiertag in Altenburg seine vierte Generalversammlung ab.

Rohrdeckenarbeiter werden gebeten, den Zuzug nach Stettin fernzuhalten, da bei der Firma Sitz Differenzen ausgebrochen sind.

Die Lackirer Stuttgarts sind gleichfalls in die Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen, um die gestritten wird, sind folgende: 20 pCt. Lohnerhöhung, 25 pCt. Zuschlag für Ueberzeitarbeit, zehnstündige Arbeitszeit.

Der Streik in den Schwabacher Gußstahlkugelwerken dauert unverändert fort. Zuzug ist fernzuhalten.

„Christliche" Sozialpolitik. Die Fachsektion der Hafner des katholischen Vereins Arbeiterschutz in München hat folgenden Beschluß gefaßt: „Es ist ein Mitgliedsverzeichniß der Sektion aufzustellen, das alle Vierteljahre erneuert und immer wieder den Hafnermeistern Münchens eingehändigt wird, mit dem Ersuchen, bei Arbeitsgelegenheit die im Verzeichniß genannten zu bevorzugen und von Einstellung der Kollegen der sozialdemokratischen Gewerkschaft möglichst Abstand zu nehmen. Sollte sich dadurch ein Mangel an Arbeitskräften ergeben, so ist die Sektion bereit und auch im stande, 70 bis 80 Kollegen christlicher Gesinnung aus verschiedenen Orten Deutschlands nach München zu beordern." — Die Herren vom Arbeiterschutz möchten also ihre modern organisirten Kollegen aushungern. Es ist nur gut, daß die Bäume der lieben Brüder in Christo auch nicht in den Himmel wachsen.

Die Steinarbeiter des Odenwaldes führen einen zähen Kampf um die Anerkennung der Organisation, der, wie es scheint immer größere Kreise in Mitleidenschaft zieht. Momentan sind in Bensheim 32 Mann, darunter 20 verheirathet mit 58 Kindern ausgesperrt, in Heppenheim sind 28, darunter 12 verheirathet mit 24 Kindern, ausgesperrt. Man befürchtet, daß in 14 Tagen nach Ablauf der Kündigungsfrist die Zahl 200 überschreitet. Die Steinarbeiter der Bergstraße und des Odenwaldes appelliren hiermit an die gesammte Arbeiterschaft Deutschlands und ersuchen um die moralische Unterstützung, so daß sich keiner dazu herbeilasse, den Ausgesperrten in den Rücken zu fallen. Alle Zuschriften sind an Mathias Haydn, Bensheim, Lammersgasse 22, zu richten.

Der Ausstand der Steinarbeiter in Sulzfeld, Kürnbach und Ochsenberg (Baden) dauert mit ungeschwächter Kraft fort. Der Steinhauermeister Kern hatte zwar einen Theil der Forderungen bewilligt gehabt, wurde aber von den Steinbruchpächtern so lange mit Beleidigungen und Drohungen verfolgt, bis er seine Zusagen wieder zurücknahm. Um nun den Herrn Kern seinen Arbeitern gegenüber vor dem Vorwurf des Vertrauensbruchs zu retten, sandte der Unternehmer-Verband dem Steinarbeiter-Verein folgende Zuschrift:

Die Steinbruchs-Pächter erklären hiermit, daß Arbeiter, die dem Fachverein angehören, in hiesigen Steinbruchs-Betrieben nicht mehr beschäftigt werden. Jedoch ist der Eintritt in die Arbeit gestattet, sobald der Arbeiter aus dem Fachverein ausgetreten ist. Zu bemerken haben wir noch, daß unser Steinbruchspachtvertrag uns nicht gestattet, Arbeiter, welche dem Fachverein angehören, in unserem Betrieb zu beschäftigen. Ferner haben sämmtliche Steinbruchspächter bei der Innungsversammlung in Bretten sich verpflichtet, keine Fachvereinsmitglieder zu beschäftigen, ebenso bei einer Versammlung vor dem großherzoglichen Bezirksamt in Eppingen.

Nach vorstehendem ist der Steinhauermeister J. Kern von seiner Unterschrift entbunden.

Dies zur Kenntniß des Vorstandes des Fachvereins Sulzfeld. Der Vertrauensmann Chr. Kiebsattel.

Das Schriftstück ist bezeichnend für die Handlungsweise der Unternehmer, die einfach den Arbeitern diktiren wollen, ihrer Organisation den Rücken zu kehren. Dabei werden gegen diejenigen Unternehmer, die ein solches herausforderndes Ansinnen an ihre Arbeiter nicht stellen, Mittel in Anwendung gebracht, die, wenn sie von Arbeitern benützt würden, diese sofort vom Staatsanwalt gepackt würden und nach der heutigen Handhabung des § 153 der Gewerbe-Ordnung den Arbeitern eine Verurtheilung in sicherer Aussicht stände. — So werden Streiks von den Unternehmern provozirt.

Die ausständigen Schiffbauer in Breslau hatten die Werftbesitzer zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Lohnkommission eingeladen. Die Werftbesitzer lehnten die Einladung ab und ist nunmehr zu erwarten, daß die Schiffbauer, die an eine 14tägige Kündigungsfrist gebunden sind, ihre Kündigung einreichen und sich dem Streik anschließen.

Zur Unterstützung der Ausständigen, welche ihre Situation für sehr günstig halten und voller Zuversicht an einen siegreichen Ausgang des Kampfes glauben, werden die in Arbeit stehenden Berufskollegen 20 pCt. ihres Wochenverdienstes abliefern.

Der Ausstand der Metallarbeiter von Torgelow, welcher nun bereits 20 Wochen dauert, geht seinem Ende entgegen. Kapitalistenblätter berichten, daß der Streik bereits aufgehoben sei. Davon kann keine Rede sein, denn nicht die Arbeiter, sondern die Fabrikanten haben „gestreikt", indem sie die Arbeiter zwingen wollten, aus der Organisation auszutreten. Man frägt jetzt von Seiten der Fabrikanten nicht mehr danach, ob das Versprechen, der Organisation (Deutscher Metallarbeiter-Verband) den Rücken zu kehren, auch gehalten wird, und demzufolge ist die Zahl der Ausgesperrten auf einige 40 zusammengeschmolzen. Die Frage, wer aus dem Kampf als „Sieger" hervorgehen wird, resp. hervorgegangen ist, erledigt sich durch folgende Thatsachen: Nur die Zugehörigkeit zur Organisation war Grund der Aussperrung. Beim Beginn derselben hatte der Metallarbeiter-Verband etwas mehr als 200 Mitglieder in Torgelow, heute, nahe am Ende derselben, aber ca. 380! — Das sagt alles. Da, wie bemerkt, noch zirka 40 Mann unterzubringen sind, ist der Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen, namentlich aber von Formern nach Torgelow, noch streng fern zu halten.

Soziales.

Die Thätigkeit der deutschen Gewerbegerichte als Einigungsämter ist — so schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten" des Herrn Schweinburg — bisher nicht bedeutend gewesen. Im Jahre 1893 wurden diese Gerichte behufs Einigungswirksamkeit in 5 Fällen, 1894 in 16, 1895 in 19 und 1896 in 44 Fällen angerufen. Die den Gerichten in den §§ 61 bis 69 des Gewerbegerichtsgesetzes zugewiesene Thätigkeit hat sich danach zwar von Jahr zu Jahr etwas gesteigert, ist aber im allgemeinen recht bescheiden.

So unbedeutend, als sie in dieser Notiz hingestellt wird, ist die Thätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsämter nun doch nicht gewesen, und die ganzbedeutende Zahl der Anrufungen zeigt, daß die Gewerbegerichte sich auch in dieser Beziehung mehr und mehr einzuleben beginnen.

Der Sachsengänger-Transport geht gegenwärtig in großem Umfange vor sich. Allein auf dem Bahnhof in Halle a. S. sind, wie das „Volksblatt" mittheilt, am Dienstag 34 Waggons mit Arbeitern aus Schlesien eingetroffen.

Um der Einschleppung der Wurmkrankheit vorzubeugen, die unter den Bergleuten und Erdarbeitern einiger Bezirke Oesterreich-Ungarns und Italiens epidemisch verbreitet ist, beabsichtigt die deutsche Reichsregierung den Zuzug fremder Bergleute insofern zu beschränken, als den mit der Wurmkrankheit behafteten Arbeitern der Uebertritt über die deutsche Grenze nicht gestattet oder später ihre Ausweisung verfügt werden soll. Um nun ihre Landesangehörigen vor Schaden zu bewahren, hat die Regierung Oesterreichs-Ungarns veranlaßt, daß die dort bestehenden Bergarbeiter-Organisationen auf die beabsichtigten Maßnahmen der deutschen Regierung aufmerksam gemacht würden. Im deutschen Reiche würde man sich vermuthlich nicht einmal in einem solchen Falle an die Gewerkschaften wenden.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung vom 26. März 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische: Thielen und v. Miquel.

Ohne Debatte wurden genehmigt die Etats der Staatsschulden-Verwaltung und der allgemeinen Finanz-Verwaltung.

Beim Etat des Finanzministeriums führen die Abgeordneten **v. Arnim** (k.) und **Barteis** (k.) Beschwerde über die ungünstigen Anstellungsverhältnisse der höheren Verwaltungsbeamten.

Regierungskommissar Geh. Rath **Meinecke** erwidert, daß die Besoldungsverhältnisse der Regierungs-Assessoren sich verbessert und die Wartezeit derselben bis zum Einrücken in die Rathsstellen gegen frühere eine kürzere geworden ist.

Abg. **v. Heydebrand** (k) hält die vorgebrachten Klagen für begründet. Man sollte einen übersichtlichen Anstellungsplan aufstellen und danach verfahren, damit den Anwärtern eine bessere Uebersicht über die Anstellungsverhältnisse gegeben wird.

Minister Dr. **v. Miquel**: Diese Idee ist schon früher angeregt, hat sich aber als nicht überall gleichmäßig durchführbar erwiesen wegen der Verschiedenheit der Verhältnisse in den verschiedenen Regierungsbezirken. Die heutigen mißlichen Verhältnisse sind hervorgegangen aus der Annahme zu zahlreicher Referendare. In Zukunft werden diese Verhältnisse sich wieder bessern; jedenfalls behält die Regierung diese Angelegenheit unausgesetzt im Auge.

Abg Frhr. **v. Zedlitz** (frk.) meint, daß eine größere Dezentralisation der Verwaltung Abhilfe schaffen könnte. Namentlich werde man darauf halten müssen, daß künftig die Landräthe sich ausschließlich ihrem Amte widmen; es wird nicht möglich sein, daß sie gleichzeitig noch ein Gut bewirthschaften; auch werde man das Landrathsamt nicht mehr als Vorstufe für den höheren Verwaltungsdienst betrachten dürfen, wie das heute vielfach geschieht.

Abg. **v. Plettenberg** (k) ist für Dezentralisation der Verwaltung, soweit die Einheitlichkeit derselben darunter nicht leidet.

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.) ist damit einverstanden, daß die Hilfsarbeiter-Stellen, soweit sie nöthig sind, in etatsmäßige Stellen umgewandelt werden. Dagegen müsse er es ablehnen, für die Neuerrichtung von Stellen zu stimmen, die nur den Zweck haben, überzähligen Assessoren feste Stellungen zu verschaffen.

Abg. **Kirsch** (Z.) bringt eine Beschwerde vor, daß infolge der Einführung der Alterszulagen einzelne Beamte schlechter gestellt sind, als sie früher standen, namentlich unter den Gefängniß-Inspektoren.

Regierungskommissar Geh. Finanzrath **Belian** erwidert, daß vom Finanzminister eine Verfügung ergangen ist, wonach in keinem Falle ein Beamter in seinen Bezügen durch die Einführung der Alterszulagen schlechter gestellt werden soll als er früher stand.

Bei dem Dispositionsfonds der Oberpräsidenten zur Förderung des Deutschthums in Posen, Westpreußen und Oberschlesien, beantragt der Abg. Stephan-Beuthen (Z.) einen Zusatz, wonach über die Verwendung des Fonds dem Landtage eine Nachweisung vorzulegen ist.

Abg. **Dr. Wizerski** (Pole) bekämpft die Position, die in polnischen Kreisen überall Entrüstung hervorrufe. Auf diese Weise wird man mit den Polen nicht fertig werden. Er rufe seinen Freunden zu: Sursum corda! (Empor die Herzen!) Solcher Feindschaft gegenüber werden die Polen das rechte Vertheidigungsmittel finden.

Minister **v. Miquel**: Es bedarf der Hilfe der Staatsregierung, um das Deutschthum in den Positionen zu erhalten, wo es bedroht ist durch das Polenthum. Diesen Charakter hat auch der Fonds, diese Zwecke soll er unterstützen. Der Antrag Stephan ist unannehmbar; er ist geeignet, immer wieder die Polendebatten hier hervorzurufen und es wird dem Landtage nicht möglich sein, diese rein lokalen Angelegenheiten hier eingehend zu erörtern. Darum ist der Fonds auch den Lokalbehörden zugewiesen.

Abg. Dr. **Stephan**-Beuthen (Z.) kann diese Einwendungen nicht gelten lassen. Der Fonds kann bei den Wahlen, zu religiösen Zwecken und überhaupt in einer Weise verwendet werden, die vom Hause nicht gebilligt wird. Unter solchen Umständen kann das Haus auf eine Kontrolle nicht verzichten. Im Komptabilitätsgesetz ist auch eine derartige Kontrolle für solche Fonds ausdrücklich vorgesehen. Lehnt man diese Kontrolle ab, so wird die Befürchtung immer weiter um sich greifen, daß man den Fonds auch gegen die katholische Kirche anwenden will.

Der Antrag Stephan wird abgelehnt, der Titel unverändert bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Debattelos bewilligt werden der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und die allgemeinen Bemerkungen zu den Ausgaben.

Bei dem sodann zur Berathung kommenden Etatsgesetz wird ein Antrag Lotichius (natl.) mit zur Debatte gestellt, welcher die Indemnitätsklausel enthält.

Minister **v. Miquel** empfiehlt den Antrag zur Annahme, erklärt es unmöglich, denselben früher, etwa schon im November einzubringen, und wenn er auch annehmen müsse, daß alle Reden, die hier zum Etat gehalten wurden, nothwendig und förderlich waren (Heiterkeit), so könne doch dem Herrenhause nicht zugemuthet werden, auf jede eingehende Berathung zu verzichten.

Abg. **Kirsch** (Z.) glaubt, daß gerade in diesem Jahre das Haus sich sehr beeilt hat, den Etat fertig zu stellen, wie schon die vielen Abendsitzungen beweisen. Es gebe keinen anderen Weg, als daß die Regierung einzelne Spezial-Etats schon früher vorlegt.

Der Antrag wird angenommen, ebenso das Gesetz.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes betr. den Staatshaushalts-Etat (Komptabilitätsgesetz).

Abg. **v. Strombeck** (Z.) beantragt wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes und der gleichzeitig stattfindenden wichtigen Berathung im Reichstage, den Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Abg. Dr. **Irmer** (k.) widerspricht. Das Haus lehnt den Antrag v. Strombeck ab.

Das Haus tritt in die Berathung über § 1 ein.

Abg. **Pleß** (Z) hält die Vorlage nicht für zweckmäßig; die Anschläge entfernen sich immer mehr von den wirklichen Einnahmen.

Abg. **v. Strombeck** (Z.) fürchtet namentlich, daß die Staatsnebenfonds die Rechte juristischer Personen erhalten und damit dem Etatrecht entzogen werden könnten.

Minister **v. Miquel** hält diese Befürchtung für unbegründet. Sämmtliche Einnahmen und Ausgaben müssen in jedem Falle durch den Etat gehen.

Abg. **Virchow** (frs. Vp.) hat erhebliche Bedenken gegen die Vorlage und fürchtet aus derselben unliebsame Komplikationen, will aber doch der Vorlage zustimmen, da dieselbe gegenüber dem heutigen Zustande einen erheblichen Fortschritt darstellt.

Minister **v. Miquel** hält Virchow's Bedenken praktisch unerheblich und ist im übrigen erfreut, von dem langjährigen Vorsitzenden der Rechnungskommission die Anerkennung zu hören, daß dies Gesetz einen erheblichen Fortschritt darstelle. Nach wie vor werde möglichste Offenheit die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Landtag fördern.

§ 1 wird unverändert angenommen.

Bei § 2 äußert Abg. **v. Strombeck** den Wunsch, die Regierung möge auch in Zukunft über die Veränderungen bei einzelnen Fonds eine genügende Auskunft im Etat geben.

§ 2 wird angenommen, worauf sich das Haus vertagt.

Montag 11 Uhr: Dritte Etatsberathung.

Schluß 4½ Uhr.

Theater.

Wochen-Spielplan der hiesigen Theater. Opernhaus. Sonntag: „Phantasien im Bremer Rathskeller". Montag: 5. Gesellschaftsabend. „Haschisch". „Die verkaufte Braut". Anfang 8 Uhr. Dienstag: „Mignon". Mittwoch: „Zar und Zimmermann". Donnerstag: Zum ersten Male: „Odysseus Heimkehr". Freitag: „Lobetanz". „Die Rose von Schiraz". Sonnabend: „Odysseus Heimkehr". Sonntag: „Fidelio". Montag: „Odysseus Heimkehr". — Schauspielhaus. Sonntag: „Königskinder". „Der Königssohn": Herr R. Christians aus Wien, als Gast. Anfang 7 Uhr. Montag: „Königskinder". Dienstag: Zum 1. Male: „Der Richter von Zalamea". Mittwoch: „Königskinder". Donnerstag: „Gewissenswurm". Freitag: „Der Richter von Zalamea". Sonnabend: „Die Schule der Frauen". „Der eingebildete Kranke". Sonntag: „Königskinder". Montag: „Die Quitzow's". — Neues königliches Opern-Theater: Sonntag: „Die Journalisten". Montag: „Mutter Thiele". — Der Spielplan des Deutschen Theaters weist für diese Woche folgende Vorstellungen auf: Sonntag Abend „Der Biberpelz", Montag, zum 150. Male: „Die versunkene Glocke" mit Josef Kainz und Hermann Müller; Dienstag „Johannes"; Mittwoch „Der Biberpelz"; Donnerstag „Hedda Gabler"; Freitag, Sonnabend und nächstfolgenden Sonntag Abend „Johannes". Nachmittags-Vorstellung: diesen Sonntag „Mädchentreuen". — Im Berliner Theater geht diesen Sonntag und Freitag „Der Widerspenstigen Zähmung" in Szene. Am Montag wird „Der Pfarrer von Kirchfeld", Dienstag „Ein Wintermärchen", Mittwoch: „Romeo und Julia", Donnerstag: „Faust" I. Theil (Anfang 7 Uhr) gegeben. Für Sonnabend wird die Posse „Die Mottenburger" von Kalisch und Weirauch vorbereitet. Georg Engels wird den Lerchenschwamm spielen. Am Sonntag werden „Die Mottenburger" wiederholt. Nachmittagsvorstellung diesen Sonntag: „Robert und Bertram". — Im Residenz-Theater wird die ganze Woche „Sein Trick" gegeben. — Im Lessing-Theater wird auch in der laufenden Woche das Lustspiel „Im weißen Rößl" von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg sämmtliche Spielabende ausfüllen. — In der Sonntag-Nachmittagsvorstellung der „Wildente", welche im Neuen Theater zu ermäßigten Preisen stattfindet, wirken außer Direktor Lautenburg, welcher den Hjalmar Ekdal spielt, noch die Damen Sophie Pagay (vom Lessing-Theater) als Gina und Martha Zipser-Hochmann als Hedwig mit. — Im Goethe-Theater tritt Georg Engels in dem Lustspiel „Die Kinder der Exzellenz" nur noch diesen Sonntag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag auf. Am Montag geht „Kabale und Liebe", am Freitag „Die Journalisten" in Szene. Baron von Robert's Schauspiel „Satisfaktion" wird am Sonnabend zum ersten Male gegeben und nächsten Sonntag wiederholt. — Als volksthümliche Nachmittags-Vorstellung geht diesen Sonntag „Der Veilchenfresser" in Szene. — Die Operette „Der Opernball" wird die ganze Woche im Linden-Theater gegeben. Sonntag Nachmittag geht nach längerer Pause „Die Fledermaus" in Szene. — Desgleichen bleibt im Zentral-Theater die „Tugendfalle" auf dem Spielplan. — Im Belle-Alliance-Theater beherrscht H. Ibsen's „Kaiser und Galiläer" den Wochenspielplan. Das Schauspiel gelangt an beiden Sonntagen mit dem Gast Herrn Paul Wiecke vom Dresdener Hoftheater zur Aufführung, außerdem noch am Montag, Mittwoch und Sonnabend dieser Woche. Dienstag und Donnerstag wird „Pension Schöller" in Verbindung mit dem Einakter „Am Klavier" gegeben und Freitag geht zum 1. Mal „Die Goldprobe" von Angier in Szene. Als Nachmittags-Vorstellung ist „Kean" bestimmt. — Im Schiller-Theater kommt Sonntag Nachmittag „Wilhelm Tell" zur Aufführung, abends 8 Uhr geht das Lustspiel „Die Kinder der Exzellenz" in Szene. Montag und Donnerstag finden Wiederholungen von Ibsen's „Brand" statt, für Dienstag ist die erste Aufführung von Anzengruber's Bauernposse „Doppelselbstmord" angesetzt, Mittwoch und Freitag finden Wiederholungen dieses Stückes statt. Sonnabend geht das Lustspiel „Der Tugendwächter" in Verbindung mit dem österreichischen Singspiel „Das Versprechen hinterm Herd" in Szene. Nächsten Sonntag, den 3. April, findet mittags 12 Uhr eine „Liliencron-Matinee", abends 8 Uhr eine Aufführung der Posse „Ein gemachter Mann" statt. — Der Wochen-Spielplan des Luisen-Theaters ist folgendermaßen festgesetzt: Montag (auf vielseitiges Verlangen): „Wilhelm Tell." Dienstag, Mittwoch und Donnerstag: „Die Stütze der Hausfrau." Freitag: Geschlossen, Sonnabend: Zum 1. Male: „Eine Partie Piquet und die Nachbarinnen" mit Oskar Sinnig vom Hofburgtheater in Wien a. G. Sonntag Nachmittag: „Das Käthchen von Heilbronn", abends: „Eine Partie Piquet und die Nachbarinnen". — Im Ostend-Theater gelangt heute Nachmittag zu halben Preisen „Manuela, das böse Fräulein", Schauspiel von Rud. Kneisel, zur Aufführung, abends geht das Ausstattungsstück „Unter der Polarsonne" zum achtundvierzigsten Male in Szene. Die Abendvorstellung beginnt erst um 8 Uhr. — Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater finden zwei Vorstellungen statt, und zwar gelangt nachmittags 4 Uhr das Grillparzer'sche Trauerspiel „Des Meeres und der Liebe Wellen" und abends 8 Uhr das Sensationsschauspiel „Die kleinen Vagabunden" zur Darstellung. — Im Alexanderplatz-Theater bleibt das pikante Berliner Sittenbild „Verlorene Mädchen" auch noch in dieser Woche auf dem Repertoire; nachmittags 4 Uhr gelangt das Anzengruber'sche Schauspiel „Der Pfarrer von Kirchfeld" zur Darstellung. — Im Apollo-Theater tritt Lona Barrison nächsten Monat auf, ebenfalls beginnt die französische Soubrette Eugène Fougère ein Gastspiel. — Mr. James Cooper, einer der bekanntesten amerikanischen Preisringer, ist von der Direktion des Neuen Olympia-Riesen-Theaters engagirt worden. — Das Parodie-Theater bringt in seiner heute (Sonntag), den 27. März, stattfindenden Extravorstellung nachfolgendes reichhaltiges Programm: 1. Die Römertragödie „Nero", 2. das Gelegenheits-Genre-Bild „Auf dem Polizeibureau", 3. die tolle Burleske „Café Zola" und 4. die italienische Salatoper „Troubadour".

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 Uhr abends statt.

A. Nickel. Derartige Fälschungen können Sie noch in zahlreichen anderen reaktionären Geschichtswerken finden.

Alter Rohrleger. Besten Dank. Wir können Ihre Mittheilung jetzt nicht gut verwenden, werden sie aber zu gelegentlicher Benutzung aufheben.

H. K. 87. Der Abonnementspreis für Februar-März beträgt 2,20 M.; 10 Pf. erhebt die Post bei verspäteter Bestellung für Nachlieferung. Zustellungsgebühr pro Vierteljahr 40 Pf., für die beiden letzten Monate des Vierteljahres 27 Pf. Da Sie nur 2,30 M. für Februar-März bei verspäteter Bestellung gezahlt haben, müssen Sie den „Vorwärts" vom Postamt abholen. Für die Postabonnenten wird die „Neue Welt" der Sonnabend-Nummer beigelegt. Wenn Sie den „Vorwärts", der schon mit den Nachtzügen befördert wird, nicht an dem Tage beim Postamt bekommen, von welchem er datirt ist, so beschweren Sie sich bei der Postdirektion in Köslin.

K. Spr. Man kann sagen universaler und universeller Mensch, ebenso ist die Bedeutung von original und origi dieselbe; die Verschiedenheit dieser Endsilben rührt von ihrer Abstammung her, die bei den Worten auf al lateinisch, bei denen auf ell französisch ist. Im Sprachgebrauch bestehen allerdings häufig feine Unterscheidungen; man sagt gewöhnlich: ein originneller Mensch, nicht ein originaler Mensch. Schärfer tritt die Unterscheidung hervor bei ideal und ideell. Ideell bezeichnet etwas nur in der Idee oder Vorstellung bestehendes. Ideal bezeichnet etwas Vollkommenes, das sich in der Wirklichkeit nicht findet. Mit Ideologe wird jemand bezeichnet, dessen Denken die wirklichen Dinge vernachlässigt und deshalb unfruchtbar ist.

W. Sieber. Ein Auslandspaß genügt. — **Th. D.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage. — **M. F. 182.** Da keine Zeugen vorhanden, hätten Schritte leider wenig Aussicht auf Erfolg. — **E. N.** 1. und 2. Ja. 3. Nein. Sie hätten der Erbschaft entsagen sollen. — **P. W. 3.** 1. Der Wirth hat das Recht nicht. Wenn Sie aber die Sachen als die Ihrigen im Vertrag bezeichnet haben sollten, so droht Ihnen eine Anklage wegen Betrugs. 2. Der Gläubiger kann nach ausgeklagter Forderung auch das Grundstück versteigern lassen. — **Schlichtholz. C. 03.** Ja. — **Dittmann.** Die betreffende Bestimmung gilt nur für gewerbliche Arbeiter. — **Beusselstr. 42.** 1. Solche Bekanntmachung kann in jeder Zeitung erfolgen, hat aber keinen Nutzen. 2. Ja. — **A. B. 32.** 1. Ja. 2. Direkt an das Regiment; Erfolg ist aber nicht zu erwarten, da der Betreffende nicht der einzige Sohn ist. — **F. L. 30.** Lassen Sie sich Ausfertigung Ihrer gerichtlichen Anerkennung vom Gericht geben, übersenden diese und Ihre Heirathsurkunde an den Standesbeamten, bei dem die Geburt des Kindes gemeldet war und beantragen: in der Geburtsurkunde einzutragen, daß das Kind legitimirt ist. — **R. K. 97.** Wenn die Jahresmiethe unter 150 M. beträgt oder die Wohnung bereits bezogen ist, ja. — **Tews.** Es genügt ein schriftlicher Vertrag mit ihrem Sohne in dem von Ihnen angedeuteten Sinne. Die Firma muß aber Ihren Namen tragen, nicht den des Sohnes. — **B. 100.** Falls ein Testament vorhanden, ist dies maßgebend. Liegt kein Testament vor, so kann die Wittwe entweder auf die Erbschaft verzichten: dann behält sie ihr Eigenthum. Will sie aber Mannserbin sein, so muß sie das am Todestage vorhandene Vermögen des Mannes mit ihrem eigenen zusammenwerfen: von dieser Masse erhält sie die Hälfte, die anderen Erben die andere Hälfte. — **J. M. 200.** Nein. **B. G. 33.** 1., 2. und 3. Nein. — **G. Sch. 73.** Ihr Austritt aus der Landeskirche zieht den Ihrer Kinder nicht nach sich. Diese müssen nachher ausdrücklich austreten. Zur Konfirmation Ihrer Tochter können Sie keineswegs gezwungen werden. — **W. K.** Zur Rückzahlung sind Sie verpflichtet. Indeß — wo nichts ist, hat auch die Stadt ihr Recht verloren. — **A. Z.** Sie müßten ein Verzeichniß der Gegenstände, die Sie Ihrer Frau zuwenden wollen, anfertigen und dann mit Ihrer Frau vor dem Amtsgericht erscheinen und dort erklären, daß Sie diese Gegenstände Ihrer Frau übereignen wollen. Jedoch ist solche Schenkung ungiltig, wenn Sie zwecks Benachtheiligung von Gläubigern erfolgt. — **R. H. 56.** Ja. — **A. W. 2.** Darf stattfinden, vgl. aber die Notiz unter „Lokales" in Nr. 70 des „Vorwärts". — **Lyrania.** Liegt öffentliche Lustbarkeit vor, so ist die Genehmigung, sonst nichts erforderlich, aber Anzeige mit Rücksicht auf die Darlegung unter „Lokales" in Nr. 70 zweckmäßig. — **B. H. 12.** Nein. — **E. C. 94.** 1. Nicht nothwendig, aber zweckmäßig. 2. Ja. 3. Ja. 4. Es kann Geldstrafe eintreten. 5. Schreiben Sie direkt dorthin. — **Rathstock.** Eine Unterstützungspflicht der Geschwister besteht im landrechtlichen Gebiet allerdings bis zum 1. Januar 1900. Der Einwand, daß die Unterstützung ohne Beeinträchtigung des eigenen Unterhalts, des der Frau, Kinder und Eltern, nicht angängig ist, ist aber in Ihrem Fall durchgreifend. — **H. N.** Eine solche Schadensersatzpflicht besteht. — **A. St.** Es ist nur der Einwand möglich, daß der Vater zur Erziehung nicht im stande oder daß das Kind mütterlicher Pflege bedürftig ist. Tragen Sie den Sachverhalt dem Vormundschaftsgericht vor und beantragen, der Mutter das Erziehungsrecht auch über das 4. Lebensjahr auf Kosten des Vaters im Interesse des Kindes zu gestatten. — **E. B., Luckenwalde.** 1. Solche Ausdehnung ist zulässig. 2. Die Adresse des Parteikassirers Genossen Gertsch ist Kochstr. 9. — **Duisburg.** 1. Nein. 2. Antrag an die Polizeibehörde genügt, hat selten Erfolg; die Gewährung kostet 50 Mark.

Grösstes Special-Confectionshaus des Nordens.

MAX FABISCH & CO., Chausseestr. 15

parterre und I. Etage. 15 Schaufenster. Ecke Invalidenstrasse.

Infolge enormer Ueberproduction schon jetzt weit unter Preis.

Ein Posten **Regenmäntel** mit und ohne Pellerine **10** und **14** Mark.

Ein Posten **Jackets** anliegend und halbanliegend, auf Seide **10** und **13** Mark.

Ein Posten **Kragen** in Sammt, Creppon und Ramagé auf Seide **6** und **10** Mark.

Ein Posten **Costumes,** Tailor made und Jacket-Costumes **14** und **20** Mark.

Ein Posten **Moiré Velour-Röcke** durchweg gefüttert **16,50** Mark.

Ein Posten einzelner **Modelle** aussergewöhnlich billig.

Läger in besseren und billigeren Genres sind in bekannter Reichhaltigkeit sort

Kein Vorschlag, sondern feste Verkaufspreise auf jedem Etiquett.

Für reelle und coulante Bedienung bürgt die Weiterempfehlung und Anhänglichkeit unserer Kundschaft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 27. März.

Freie Volksbühne (Lessing-Theater). 3. Abtheilung (Braune Karten). Abu Said. Lustspiel in 1 Akt. Hierauf: Cyprienne (Divorçons). Anfang 2½ Uhr.

Opernhaus. Lobetanz. Phantasien im Bremer Rathskeller. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Haschisch. Die verkaufte Braut.

Schauspielhaus. Königskinder. Anfang 7 Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Neues Opern-Theater (Kroll). Die Journalisten. Anf. 7½ Uhr.

Deutsches. Der Biberpelz. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 2½ Uhr: Mädchentraum.
Montag: Die versunkene Glocke.

Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Berliner. Der Widerspenstigen Zähmung. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 2½ Uhr: Robert und Bertram.
Montag: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Residenz. Sein Trick. Anfang 8 Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Neues. Spiritismus. Anf. 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Wildente.
Montag: Spiritismus.

Goethe. Die Kinder der Excellenz. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Veilchenfresser.
Montag: Kabale und Liebe.

Schiller. Die Kinder der Exzellenz. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Montag: Brand.

Thalia. Verwirktes Glück. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Fledermaus.
Montag: Der Opernball.

Central. Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Luisen. Die Stütze der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
Montag: Wilhelm Tell.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen.
Montag: Die kleinen Vagabunden.

Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Montag: Verlorene Mädchen.

Belle-Alliance. Kaiser und Galiläer. Anfang 8 Uhr.
Nachmittag: Kean.
Montag: Kaiser und Galiläer.

Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Manuela Ferani, das böse Mädchen.
Montag: Unter der Polarsonne.

Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.

Passage-Panoptikum. Berliner Nachtleben.

American. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 6½ Uhr.

Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.

Feen-Palast. Ethnographische Ausstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Wilhelm Tell.**
Abends 8 Uhr: **Die Kinder der Exzellenz.**
Montag, abends 8 Uhr: **Brand.**
Dienstag, abends 8 Uhr, zum 1. Male: **Doppelselbstmord.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Nachmittags 3 Uhr:
Volks-Vorstellung. Regie: J. Türk.
Wilhelm Tell.
Schauspiel in 5 Aufz. v. Fr. v. Schiller.
Novität! Abends 8 Uhr: **Novität!**
Die Stütze der Hausfrau.
Posse mit Gesang in drei Akten von E. Karl. Musik von Fritz Krause.
Toni Klein: Anna Müller-Lincke.
Montag: **Wilhelm Tell.**
Billets à 60 Pf. zu der Sonntags-Nachmittag-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
Neu! Neu! Neu!
Tollser Streich.
Gesang in 2 Bildern.
Rollen: — Ella Richter. Hayn. Arthur Böwer. Wendt.
Vorher: **Gift.**
1 Akt von R. Jonas.
Im vorderen Saale:
Der Sänger Alois Ebner.
Freitag, den 1. April:
Benefiz Rudolf Schauss.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr — Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57—62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panoptikum.

Vorletzte Woche!
Berliner Nachtleben
Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.
Vorher:
Theater Variété.

Castan's Panoptikum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a, Eingang Schadowstr. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis 25 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seethieren, Reptilien etc.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weiß.
Kl. Preise! Nachm. 3 Uhr: Kl. Preise!
Manuela Ferani, das böse Fräulein.
Schauspiel in 5 Akt. v. Rud. Kneisel.
Abends 8 Uhr, zum 48. Male:
Unter der Polarsonne.
Ausstattungsstück mit Gesang in 5 Bildern von E. Sondermann und Chr. Bischoff. Gesangstexte v. J. Dill. Musik von C. Schüler.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert.
Anfang 6 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonntag, den 27. März 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 67. Male:
Die Tugendfalle.
Burleske Ausstattungsposse m. Gesang und Tanz in 4 Bildern unter Benutzung eines französischen Sujets von Jul. Freund und Wilh. Mannstädt.
Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Tugendfalle.

Alcazar-Theater.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage)
Direktion: Richard Winkler.
Sensationelles Riesen-Programm.
Miss Ada Risson, schönste Tauben-Königin. Mr. Alexander Selino, der Mann mit der eisernen Hand. Das größte Wunder der Welt! Theodor Billing, Parforce-Turner am festen Reck.
Neu! Neu!
Die Regimentsnummer
Posse mit Gesang v. M. Reichardt.
Das Neueste vom Neuen.
Lebende Photographien
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree 30 Pf.
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- u. Freikarten haben Giltigkeit.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112.
Morgen Montag:
Vorletzte Soirée der
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
(Vorverkauf 40 Pfennig.)
Dienstag, den 29. April: **Abschieds-Soirée** im **Böhmischen Brauhaus.**

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Ida Heath. • Signor Salerno
Bonhaire-Troupe
Tischer & Wacker
Emilia Persico
etc. etc. etc.
Kassenöffnung 6½, Anf. 7½ Uhr.
Am 1. April 1898. Debut:
Eugenie Fougère
und
Lona Barrison.

Budapester

Possen- und Operetten-Theater
Direktion: Gebr. Herrnfeld.
Kaufmann's Variété
8 Uhr
Der grosse, hochinteressante Spezialitäten-Kongress.
Neu! Eine Sehenswürdigkeit Neu!
Russische Gesangs- und Tanz-Truppe
„Samarowa"
in ihren grandiosen und russischen Tänzen und Gesängen.
6 Damen und 2 Herren.
½10 Uhr:
Allabendlich bejubelt!
Mit Beifall überschüttet!
Anton und Donat Herrnfeld in ihrer kom. Kraft zeigend.
Von Dreien
der
Glücklichste
Das Originellste, Eigenartigste u. Interessanteste was Donat und Anton Herrnfeld bisher je geboten haben.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Novitäten-Programm.
Cousin u. Cousine.
Schwank.
Hanny Nelson, Original-Tyrolienne.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Renn-Programm.

Internat. Sportsaison
Jockey-Hinderniss-Reiten.
Engl. Ringelstechen
Damen-Wettlaufen
Amerik. Dreibeinlaufen
Rad-Wettfahren
Damen-Tauziehen
Deutschland geg. England
jeden Abend
bis zur Entscheidung
in
Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel
Neues
Olympia-
Riesen-Theater
(Circus Renz) Karlstrasse
The jolly british girls
und das neue **März-**
Spezialitäten-Programm.
Heute, Sonntag:
2 Vorstellungen
Nachm. 4 Uhr. Ab. 8 Uhr.
Nachm. 1 Kind frei.

Reichshallen-Theater.

32 Spezialitäten!

Valentine Cadowa.
Rossini-Trio.
The Burnellis.
Alexandroff-Troupe.
Harry Allister.
Suzanne Suzette.
Corty und Rettlé.
Bros. Paxton.
Miss Christina.
Karl Wilhelm.
Anfang: Sonntag 6½ Uhr. Montag 7½ Uhr.
Reichshallen-Tunnel:
Doppel-Konzert und Soirée.
Mittwoch: Bockbierfest u. s. w.

Quarg's

Vaudeville-Theater
Grand Hotel Alexanderplatz
Zum 3. Male:
Der
Mord am Alexanderplatz
und
König Heinrich
Possen von Max Dann und Leonhardy Haskel.
Die brill. Spezialitäten
Adelina Zeth, Max Walden, Lola Carlsen,
Anton Sattler
u. s. w.
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Montag 8 Uhr.

Feen-Palast

Burgstrasse 22.
Wiener Zoologisch. Garten
Aschanti-Dorf
Javaner-Dorf
Geöffnet von 11—10 Uhr.
Vorstellungen alstündlich 2—9.
Kinder und Militär 50 Pf.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48

Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Heute, Sonntag:
Alle 5 Barrisons und
In Zossen.
Morgen, Montag, den 28. März:
Benefiz für Heinr. Führmann.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Leonore
oder:
Die Macht der Liebe.
Schauspiel mit Gesang in 5 Aufzügen von Holtei.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Actien-Brauerei Friedrichshain.

Heute Sonntag:
Regiments-Musikdes 4. Garde-Regts. zu Fuss in Uniform. Kgl. Musikdirigent
F. Berger.
Anfang 5 Uhr.
Entree 20 Pf.

Schluss der Saison 6. April.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Sonntag, den 27. März 1898:
2 große Vorstellungen.
Nachmittag 4 Uhr (1 Kind unter zehn Jahren frei, weitere Kinder zahlen auf allen Plätzen halbe Preise).
Auf allg. Wunsch, den einzig dastehenden pompösen grünen Akt mit dem brennenden Schloß aus der Pantomime Zaragoza. Außerdem: Ezikospost, ausgef. v. H. Paul. Brdg. Taylor u. ihren Original-Akt. Auftreten der ausgez. Spring-Klowns Nipp & Tipp.
Abends 7½ Uhr: **Zaragoza.**
Orig. Mandge-Schaust. d. Circus Busch.
Besonders hervorzuheben: Die weiblichen Fanfarenbläser. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt. Außerdem: Die besten Nummern des Repertoires, sowie sämmtliche Klowns und Auguste mit ihren neuest. Späßen.
Morgen 7½ Uhr: **Non plus ultra.**
Vorstellung der Saison 1897/98.

Gesellschaftshaus

Swinemünderstr. 42 (alte Nr. 35)
jeden Sonntag:
Ball u. Theater-Vorstellung.
Empfehle meine Säle (250 u. 700 Personen fassend) sowie Vereinszimmer zu Festlichkeiten und Versammlungen.
4002Q* **Hübner.**

Cösliner Hof

Cöslinerstr. 8, 3 Minuten vom Bahnhof Wedding, empfiehlt seine **Säle** (bis 1200 Personen fassend) **Sonnabends u. Sonntags** unentgeltlich an Vereine. 61/17*

Moabiter Klubhaus,

Beusselstr. 9.
Empfehle meinen großen **Saal, Vereinszimmer** f. 20—80 Personen, Restauration. Mittags- u. Abendtisch.
Jeden Sonntag: Grosser Ball.
4007L* **Carl Fischer.**

Brochnow's Fest-Säle,

Sebastianstr. 39.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag, Sonnabend:
Volks-Ball.
Einige Sonnabende sind noch frei.
[4008*

Wedding-Park

Müllerstraße Nr. 178.
Empfehle meinen **Saal mit Bühne,** 500 Personen fassend, zu Versammlungen, Hochzeiten und and. Festlichkeiten. — Jeden Sonntag: **Konzert u. Ball.** Donnerstag: Tanz-Unterricht. 7 Kegelbahnen. **Wilh. Trapp.**

Krieger's Festsäle

Wasserthorstr. 68 [4610L*
empf. seinen Saal für Privatfestlichkeiten, Kränzchen, Vereinen und zu Versammlungen. — Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag: **Gr. Ball.**

Etablissement Feldschlößchen.

Inhaber **Fritz Nagel**
Müller-Straße Nr. 142.
Jeden Mittwoch und Sonntag: **Konzert, Theater- u. Spezialität.-Vorstellung.** Nach der Vorst.: **Ball.** Mittwochs gelten Passe-partouts

VERBAND DEUTSCHER JLLUSTRATOREN.

Ausstellung
in der Königlichen Akademie
1. April — 1. Mai.

Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.

Jed. Sonntag: **Gr. Festball.**
Anfang 4 Uhr. **Gr. Orchester-Musik.** Die beiden Säle sind zu **Hochzeiten, Versammlungen, Sommernachtsbällen** ꝛc. zu vergeben. Jeden Sonntag stehen den geehrten Familien die Restaurationsräume z. Verfügung.

Etablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75.

Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** — Anfang 5 Uhr. — Ende 2 Uhr.
Einige Sonnabende sind noch zu vergeben.
4019Q* **Hermann Brüder.**

Renz' Ball-Salon, Naunynstr. 27.

Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. Einige Sonnabende sind noch unter konlantesten Bedingungen an Vereine zu vergeben. 4020Q*
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: **Grosser Ball.**
Gustav Graumann.

Berolina-Festsäle, Schönhauser Allee 28.

Große und kleine Festsäle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art; Sonnabende und Sonntage noch zu vergeben.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball!** Anfang 4 Uhr. [4469L*

Max Kliem's Sommer-Theater

Hasenhaide 14/15. [4596Q*
Jeden Sonntag in den großen Sälen: **Grosser Ball.** Ende 2 Uhr.
Vorläufige Anzeige! Während der Sommersaison finden in meinem vollständig neu eingerichteten Theater-Garten (4000 Personen fassend) täglich
Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellungen statt.
Empfehle mein Lokal zur Abhaltung von **Sommerfesten, Bällen etc.;** auch sind meine Säle zum 1. Osterfeiertag noch zu vergeben. **Max Kliem.**

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf

Herrlicher Garten und große Säle.
Mittwochs und Sonntags:
Gr. Frei-Konzert.
Oeconomie: Martin Berndt
Vorzügliche Küche, Wurstpavillon, Schießstand, Kegelbahnen u. sonstige diverse Belustigungen.
Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet.
4016Q*] Pferdebahn vom Moritzplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei.

Treptow Park-Restaurant Wilh. Jacob.

Empfehle mein Lokal zu Versammlungen, Sommerfesten sowie Festlichkeiten jeder Art. 4676Q*
Jeden Sonntag:
Großer Ball.

12 Hasenhaide 12

Rudolph Krüger's
Garten-Restaurant
und Tanz-Salon.
Kegelbahnen und Kaffeeküche.
Angenehmer Aufenthalt.

Ernst Lier, Alte Jakobstr. 119.

Empfehle mein **Restaurant** u. **Frühstücksstube. Zwei Vereinszimmer** mit **Piano.** 4555Q*

Wo speisen Sie? Bomm. Küche. Oranienstr. 181, Hof part. Mittag m. Bier 50 Pf. von 12 b. 4 Uhr. Abendessen 30 Pf. an v. ½6 b. 12 Uhr.

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75.
Inh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Johannisthal!

Park-Restaurant!

Jeden Sonntag: **Gr. Ball** unter Leitung des Tanzlehrers Herrn Richard Heinrich.
Tanzabonnement f. Herren 50 Pf. Damen frei. Die **Kaffeeküche** ist auch im Winter geöffnet.
Nehme schon jetzt Bestellungen für Sommervergnügen an.
Achtungsvoll **Fritz Rau,** früher: Berlin, Skalitzerstr. 126.

Empfehle allen Freunden und Genossen mein 4382Q*
Weiss- u. Bayr.-Bier-Lokal.
Vereinszimmer ist zu vergeben.
Louis Schappach, Mariendurgerstr. 9.

Neu eröffnet!

Restaurant zum Eichbusch,
vorm. Schadewald, [4388Q*
Inhaber **A. Weinhold,**
Treptow, Neue Krug-Allee 4.

Vereinszimmer zu 40, 80—100 Pers. zu vergeben bei
4416Q*] **Sepp Wiedemann,** Friedenstr. 67.

Strand-Restaurant

am Müggelsee
zwischen Müggelschloß u. Teufelsee. Wunderbar schön von der Natur begabt. **Tanzsaal** mit **Parquet-Fußboden. 2 Kegelbahnen. Gr. Halle,** 3000 Personen fassend. Empf. den **Vereinen, Fabriken, Gesellschaften zum Sommerausflug.**
Gute Bedienung. Solide Preise.
4437L*] **A. Degebrodt,** Gastwirth.

Weiss- u. Bairisch Bier-Lokal von **Franz Bathe,** Ritterstraße 32. Vereinszimmer für 20 Personen mit Piano noch einige Tage frei. [4554Q*

Kleiner Saal

für Vereine Montags und Dienstags zu vergeben. F. Borgmann, Pasewalkerstr. 3.

Nieff's Fest-Säle

Weberstr. 17, ca. 1000 Pers. fassd., Sonnabend, 26. März, 2. April und Palmsonntag **frei.** [4450L*

Zum Potsdamer.

Potsdamer-Strasse 89,
(Berger's Restaurant)
empfiehlt: jeden Sonnabend Wellfleisch, selbst gem., fr. Blut- u. Leberwurst nach Thür. Art. Sonntag früh: Speckkuchen, allen Bekannten, Freunden und Genossen. 2663b

Restaurant, gutgeh., zu verk. Pr. 1400 M. Erfr. Koppenstr. 69, Hof I bei Lubloff. 2560b

Roh-Tabak.

Größte Auswahl. — Billigste Preise
P. E. Platt & Söhne,
Brunnenstr. 197 (am Rosenthaler Thor), [4029Q*
ab 1. April 1898 **Brunnenstr. 16,** Hof pt

Roh-Tabak

billigste Preise 4030Q*
Max Jacoby
Strelitzerstrasse Nr. 52.

Rohtabak

Größte Auswahl! Billigste Preise! Guter Brand! Vorzügliche Qualität!
Sämmtliche
Fabrikations-Utensilien.
(Neue Formen, sehr gr. Auswahl à 1,40 M.) Man verlange Preis-Verzeichniß. 4031Q*
Heinrich Franck,
Nr. 185. Brunnenstr. Nr. 185

Roh-Tabak

en gros. en détail.
Zeun & Ellrich
Rheinsbergerstr. 67, nahe Brunnenstr.

Margarine

kaufen Sie für **50** und **65** Pfg à Pfund **hochfein** und **frisch** [4420
Markthalle
Dresdenerstr., Stand 200—207 und **Planufer 96,** a. d. Kottbuser T.
A. Bothe (Gegr. 1884.
Versandt nach allen Stadttheil.

Fahrräder

Stets großes Lager erstklass. F. kate auf
Theilzahlu
ohne Preiserhöhung zu
Zahlungsbeh
Reparatu
Adomeit
Lathri
dicht
Milchg
sofort pr
2616b

Aufruf

zur Sammlung für ein Denkmal zu Ehren der im Jahre 1849 in Rastatt standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer.

Das Jahr 1898 und das darauffolgende 1899 ruft in den Herzen aller deutschen Männer, welche warm erglühen für Recht und Freiheit, für Wohl und Wehe unseres Volkes, Erinnerungen wach an die Zeit, wo vor nunmehr 50 Jahren edle und zielbewußte Männer aus allen Ständen unseres Volkes einmüthig zusammenstanden, um in heißem Ringen und unter Einsetzen von Gut und Blut die Einheit des deutschen Volkes, gegründet auf dem Boden der Freiheit, zu erringen. Trotz aller Opfer wurde die Bewegung, wie wir alle wissen, niedergeschlagen und es folgte eine Zeit herber, rücksichtsloser Reaktion, die aber dennoch weder den Drang nach Einheit, noch die Liebe zur Freiheit in den Herzen unseres Volkes ausrotten konnte. Viele jener tapferen Freiheitskämpfer mußten damals den heimischen Boden verlassen, um der Rache ihrer Besieger zu entgehen. Manche sind im offenen Kampfe gefallen, mit dem Bewußtsein, für eine gute und gerechte Sache in den Tod zu gehen und eine nicht unbeträchtliche Anzahl sank unter den Standrechtskugeln der unerbittlichen Sieger, die meisten hiervon gerade in Baden, wo die Wogen der Volksbewegung am höchsten gingen und der Kampf am heftigsten entbrannt war.

Wer in den fünfziger Jahren **Rastatt's** Kirchhof besuchte, fand dort, den wenigsten bekannt und fast von niemand beachtet, die eingesunkenen Hügel, welche 19 tapfere Männer deckten, die sich in der belagerten Festung für die Freiheit geschlagen und dafür nach der Uebergabe derselben in den Laufgräben Rastatt's von den Siegern zu Pulver und Blei verurtheilt wurden.

Anfangs der sechsziger Jahre bildete sich in aller Stille ein Komitee, das sich zur Aufgabe stellte, die zur Errichtung eines würdigen Denkmals auf jenen Gräbern nöthigen Gelder aufzubringen. Rasch kam auch eine größere Summe zusammen, zu der die amerikanischen Flüchtlinge und Gesinnungsgenossen der Gefallenen einen namhaften Beitrag beisteuerten. Man bezeichnete zunächst die Gräber durch einfache Kreuze mit Blechtafeln, welche Namen und Todestag trugen. Als aber das Denkmal fertig war und aufgestellt werden sollte, scheiterte dies an dem strikten Verbot des preußischen Gouverneurs der damaligen Festung Rastatt. Das Komitee, welches infolge dieses Verbots für absehbare Zeit die Möglichkeit zur Durchführung seiner Pläne schwinden sah, entschloß sich daher, das Denkmal, wenn auch mit namhaften Verlust, an die Stadt Neuchen zu verkaufen und günstigere Verhältnisse abzuwarten. Diese hielt es endlich für gekommen, nachdem Rastatt im letzten Jahrzehnt seines Charakters als Festung entkleidet wurde. Es wandte sich nunmehr an den Gemeinderath der Stadt Rastatt, welcher in entgegenkommendster Weise auf die Absichten des Komitees einging und die Erlaubniß zur Errichtung eines Denkmals ertheilte. Sofort wurde hierauf der Platz eingefriedigt und behufs besserer Gruppirung eine Anzahl Gräber ausgegraben. Wer jetzt wieder Rastatt's alten Friedhof aufsucht, findet die Begräbnißstätte abgesondert, einfach hergerichtet und mit eisernem Gitter auf Granitsockel umgeben.

Noch aber fehlt der Stein, den gleichgesinnte Mitbürger aus Dankbarkeit den wackeren Freiheitskämpfern weihen wollen, um ihre Namen der Nachwelt zum Gedächtniß aufzubewahren. Da aber die verfügbaren Mittel nunmehr erschöpft sind, so wenden wir uns an alle Gleichgesinnten, an Alle, welche es ernst meinen mit dem Kampf für des Volkes Wohl und Rechte und richten an sie die Bitte, ein Scherflein beizutragen zu den Kosten dieses Denkmals, dem bescheidensten Danke, den wir den gefallenen Volksmännern schulden. Im Jahr 1899 sollte uns die Möglichkeit geboten sein, zur ernsten Feier der fünfzigjährigen Wiederkehr jener unglücklichen und unvergeßlichen Tage den Denkstein zu enthüllen, als Zeichen der Treue gegen die Gefallenen und zugleich als Wahrzeichen, daß die Freiheit nicht standrechtlich gemordet werden konnte, sondern noch fortlebt in Millionen von Herzen.

Rastatt (Baden) im März 1898.

Das Denkmals-Komitee:

August Dreesbach, Landtags-Abgeordneter in Mannheim.
Adolf Geck, Landtags-Abgeordneter in Offenburg.
Theodor Lutz, Apotheker in Baden-Baden.
Franz Peter, Kaufmann in Achern.
Dr. Adolf Richter, Chemiker in Pforzheim.

Freiwillige Beiträge nimmt entgegen der Kassirer des Komitees: **Franz Peter** in Achern in Baden.

Achtung! 1. Wahlkreis Achtung!

(Hansa-Virtel.)

Dienstag, den 29. März, abends 8½ Uhr, in den **Spreehallen,** Kirchstr. 27:

Versammlung des Wahlvereins.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Zubeil über: „Die Kämpfe und Entwickelung der Sozialdemokratie in den letzten 25 Jahren". 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 29. März, abends präzise 8½ Uhr:

Versammlung

im Lokale des Herrn Bickel, Hasenheide Nr. 52/53.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Wolfgang Heine.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt.

Freitag, den 8. April (Charfreitag): Herrenpartie nach den Müggelbergen. Treffpunkt morgens 8 Uhr auf dem **Görlitzer Bahnhof;** für Nachzügler in **Grünau** bei **G. Lindenhayn,** Friedrichstraße 1—2. [238/7*] **Der Vorstand.**

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, 27. März, abends 6½ Uhr, bei Zubeil, Lindenstr. 106:

Versammlung.

Vortrag des Genossen **R. Millarg** über: „Was hat der Arbeiter und die Arbeiterin bei dem Arbeitsvertrag zu beachten?"

Nach dem Vortrage: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.**

210/13 **Die Vertrauensperson.**

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 27. März, nachmittags 6 Uhr,
im „Kösliner Hof", Kösliner-Straße Nr. 8:

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Th. Metzner** über: „Der Frühling vor 50 Jahren und jetzt." 2. Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein 219/9

Der Vertrauensmann.

Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**

Achtung, Bautischler!

Sieben öffentliche Bautischler-Versammlungen

am Donnerstag, den 31. März, abends 8 Uhr,
in folgenden Lokalen:

Westen und Schöneberg: bei **Obst,** Grunewaldstr. 110.
Südosten, Südwesten, Süden und Rixdorf: bei **Bickel,** Hasenheide 52/53.
Friedrichshain, Rummelsburg, Osten u. Nordosten: bei Wittwe **Röll,** Strausbergerstr. 3.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt, Moabit und Wedding: im **Kolberger Salon,** Kolbergerstr. 23.
Charlottenburg: bei **Lehder,** Bismarckstr. 74.
Steglitz und Lichterfelde: bei **Pagel** (früher Bisnach), Chausseestraße in Groß-Lichterfelde.
Weißensee: „**Prälaten**", König-Chaussee, Ecke Hederstraße.

Jeder Bautischler ist verpflichtet, in einer dieser Versammlungen zu erscheinen. **Die Einberufer.**

Achtung! Genossinnen und Genossen. Achtung!

Am Montag, den 28. März, abends 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipš):

Projektions-Vortrag mit 160 Lichtbildern des Herrn Dr. Wilh. Meyer (fr. Direktor der „Urania")

über: **„Die Reise nach Spitzbergen."**

Einlaßkarten à 20 Pf. sind in folgenden Geschäften zu haben: Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a; Fritz Zubeil, Lindenstr. 106; Dicke, Ackerstr. 123; Pinner, Treskowstr. 36; Lietzke, Schwedterstr. 33; Späth, Georgenkirchstr. 67; Schroller, Landwehrstr. 3; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Elbingerstr. 9 (Ecke Gothenburgstraße); Adolf Hoffmann, Blumenstr. 14; Fritz Wilke, Andreasstr. 25; Zabel, Frankfurter Allee 90; Franke, Friedrichsbergerstr. 11; und am Abend vor Beginn der Vorstellung am Eingang des Saales. (1/17) **Die Vertrauensperson.**

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

Sonntag, 3. April, vorm. präz. 10 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain:

General-Versammlung.

Achtung! Da auf grund schwachen Besuchs die General-Versammlung am 20. März vertagt wurde, ist es Pflicht sämmtlicher Mitglieder, zur neu anberaumten Versammlung pünktlich zu erscheinen. — Bundes-Mitgliedskarte legitimirt. 16/7

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, 28. März, abends 8¼ Uhr, in den „Oranien-Hallen", Oranienstrasse 51:

Branchen-Versammlung der Sitzmöbel-Tischler.

Tages-Ordnung:

1. Die Vorgänge in der Branche in den letzten Jahren. Referent Kollege **Ruppert.** 2. Diskussion. 3. Sind wir in der Lage, einen einheitlichen Tarif durchzusetzen? — In anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen aller Kollegen nothwendig. 79/3

Am Montag, den 28. März, abends 8¼ Uhr, im „Vorstädtischen Kasino", Ackerstraße 144:

Branchen-Versammlung der Modell- und Fabriktischler.

Tages-Ordnung: 79/1

1. „Der Arbeitsvertrag". Referent Kollege **Albin Moss.** 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Werkstatt-Kontrollkommission. 4. Verbandsangelegenheiten.

☞ Die Vertrauensmänner werden ersucht, den Namen und die Buchnummer der organisirten Kollegen dem Obmann zu übergeben.

Branche Parkettbodenleger.

Montag, den 28. März cr., abends 8 Uhr, bei Schöning, Köpnickerstrasse No. 68:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission und Ergänzungswahl zu derselben. 2. Vorschläge der Kommission und der Vertrauensleute zur Abänderung des Tarifs. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen, welche nicht in der Berliner Zahlstelle ihren Beitrag zahlen, werden ersucht, behufs **„Umschreibung nach der Berliner Zahlstelle"** ihr Mitgliedsbuch mitzubringen.

Achtung! Holzarbeiter! Achtung!

Mittwoch, den 30. März, abends 8 Uhr,
im Lokal von Louis Keller, Koppenstrasse 29:

Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung des Vertrauensmannes und Wahl desselben. 2. Wahl von drei Kontrolleuren. 3. Berichterstattung der Gewerkschafts-Delegirten und Wahl derselben. 4. Stellungnahme zum 1. Mai.

79/4 **Der Vertrauensmann: Otto Klinger.**

Stechert's Salon (fr. Joël),

Andreasstraße 21.

Sonnabend, den 16. April 1898:

Zur Feier des 50jähr. Gesellen-Jubiläums

des Tischlers

Kollegen Wilhelm Schmitz,

genannt **Lukas,** der Streikvater der 70er Jahre.

Großes Konzert

unter Mitwirkung des **Karthaus'schen Gesangvereins** (M. d. A.-S.-B.).

Festrede, geh. v. Reichstags-Abg. Fr. Zubeil.

Anfang 8 Uhr. Nachher: Gr. Ball.

Billets à 25 Pf. sind zu haben auf allen Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und dem **Arbeitsnachweis,** Annenstraße 39, sowie bei den Kassirern der Krankenkassen. 2607d

---

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Sonntag, den 27. März 1898, abends 7 Uhr, in den **Arminhallen,** Kommandantenstrasse 20:

Vortrag von Frau Lily Braun über: „Die Entstehung der Frauenfrage".

Nach dem Vortrage: **Gemüthliches Beisammensein u. Tanz.**

Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.

Der zum 7. Stiftungsfest von Ernst Preczang verfasste, mit grossem Beifall aufgenommene Prolog mit Programm und Liedertexten ist in dieser Versammlung à 10 Pf., **Leitfaden zur theoretischen Nationalökonomie** von Dr. Conr. Schmidt à 5 Pf. zu haben; ebenso Billets à 20 Pf. zu dem am Sonntag, den 17. April, abends 6 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29, stattfindenden Vortrag des Herrn Dr. Wilh. Meyer (früher Direktor der „Urania") über **„Die Reise nach Spitzbergen"** mit zahlreichen Lichtbildern. 4/16

Der Vorstand.

Achtung! Putzer. Achtung!

Mittwoch, den 30. März cr., abends Punkt 6 Uhr,
in dem Lokale Beuthstr. 19 (Cohn's Fest-Säle), großer Saal:

Oeffentliche Versammlung der Putzer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Beschlußfassung über die diesjährige Lohnbewegung. 2. Wahl eines Delegirten zur Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg. 3. Verschiedenes. [132/1

Wir ersuchen nun sämmtliche Kollegen, zu dieser wichtigen Versammlung die Arbeit eine halbe Stunde früher ruhen zu lassen, um recht pünktlich erscheinen zu können, damit wir, ohne es sehr spät werden zu lassen, uns klar werden, auf welche Weise unser Lohnkampf weiter geführt werden soll.

Es ist Ehrensache eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Die Lohnkommission.**

Bekanntmachung.

Das Bureau des Gewerbegerichts, Breitestr. 29a, wird von jetzt an **nur**

Montags Abends

von 6—7½ Uhr für das in gewerblichen Streitigkeiten rechtsuchende Publikum, welches am Tage hieran verhindert ist, zur Entgegennahme von Klagen geöffnet sein.

Berlin, den 26. März 1898.

Gewerbegericht zu Berlin.
gez. von Schulz.

Damen u. Herren zur 16stündigen Erlernung des Klavier- oder Violinspiels für 20 M. behufs Einführung neuer Methoden verl. Oranienstr. 118, 1 Tr. 26146

Milchkübel,

Kannen, Satten, Buttermaschinen 445L* **Jordan,** Kl. Markusstr. 28.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler

u. deren Berufsgen., E. H. 86 Hamburg, Bezirk C.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Alwin Netzel

am Donnerstag, den 24. d. M., im Krankenhaus verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Matthäuskirchhof, Hermannstraße, aus statt.

26685 Die **Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die herzliche Theilnahme und reichen Kranzspenden beim Begräbniß meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Kollegen unseren herzlichsten Dank. 2613b

Frau **Blasse** nebst Kindern.

Bei kulanter Feuerversicherungs-Anstalt finden tüchtige Agenten bezw. Personen, welche im stande sind, Feuerversicherungen zu vermitteln, dauernd lohnende Nebenbeschäftigung. Bei befriedigenden Leistungen außer der Provision Vergütung einer besonderen Gratifikation. Geeignet für Werkmeister und Vereinsvorstände.

Offerten sub G. 3 an die Exp. dieses Blattes. 2544b

Frühjahrsfinken 1,00 M., Staare 1,50 M., Haidelerchen 2,00 M., Mehlwürmer 10 Gramm 10 Pf., ca. 100 Stück. 26125 **Sager,** Andreasstr. 39.

Kanarienhähne verk. Rühl, Mariannenstraße 19. 26625

Achtung! Kein Laden.

Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pf.

H. F. Dinslage, [4015d*
Kottbuserstraße 4. Hof parterre

Als **Schneiderin** empfiehlt sich Frau Valentin, Ackerstr. 133, Hof 2 Tr.

Brautbett, rothes, sof. 30 M. zu verk. Ritterstr. 118, v. 2 Tr. r.

Bildungsverein „Mehr Licht!"

Sonntag, den 27. März, abends 7 Uhr, Alexanderstraße 27c:

Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen **Dr. Völkel** über: „Julian der Abtrünnige, der vom Christenthum zum Heidenthum übergetretene römische Kaiser." Diskussion.

Darauf: **Geselliges Beisammensein mit Tanz.** Gäste stets willkommen. Entree 10 Pf. Garderobe 10 Pf. 120/12

Achtung! Zinkgiesser (Stürzer). Achtung!

Dienstag, den 29. März, ab. 8½ Uhr, b. Ewald, Schönleinstr. 6:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Gen. **Meisner** über: „Ethik der heutigen Gesellschaft". 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegirten zum Kongreß der lokalorganisirten Gewerkschaften. 4. Wie feiern wir den 1. Mai? Verschiedenes. 260/1

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann: Hugo Proisser.

Verband deutscher Gold- u. Silberarbeiter

und verw. Berufsgenossen

(Mitgliedschaft Berlin).

Dienstag, den 29. März, abends 8½ Uhr, im Lokal Dresdenerstr. 45:

Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Was bezweckt die Naturheilmethode?" 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

71/12 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Kürschner! Achtung!

Montag, den 28. März, abends 8½ Uhr,
im „Alten Schützenhause", Linien-Strasse Nr. 5:

Große öffentliche Versammlung

aller in der Kürschnerbranche besch. Arbeiterinnen und Arbeiter.

Tagesordnung: 1. Vortrag über „Der Werth der Organisation". 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten zur Gewerkschaftskommission und Neuwahl desselben. 4. Wie feiern wir den 1. Mai? 5. Verschiedenes. 36/5

Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist das Erscheinen der gesammten Kolleginnen und Kollegen dringend erforderlich. **Die Vertrauensperson.**

Former und Berufsgenossen!

Dienstag, den 29. März 1898, abends 8½ Uhr,
in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20:

Gr. öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Wagner über „Volksbildung und Klassenbewußtsein". 3. Verschiedenes.

Kollegen! Agitirt für diese Versammlung um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

115/6 **Der Vertrauensmann der Berliner Former: Carl Irgang.**

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Dienstag, den 29. März, abends 8½ Uhr,
im Lokale von F. Graumann, Naunynstraße 27:

Oeffentliche Versammlung

sämmtl. auf dem Boden der Vertrauensmänner-Zentralisation stehenden Musikinstrumenten-Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Regierungs-Baumeisters Genossen **Kessler.** 2. Stellungnahme zum Kongreß der lokalorganisirten Gewerkschaften. 3. Wahl der Delegirten und des Vertrauensmannes. 4. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen sehr erwünscht.

141/13 **Der Vertrauensmann: J. Arendt.**

Turnverein Fichte.

Mitglied des Deutschen Arbeiter-Turnerbundes.

Eröffnung der 8. Männer-Abtheilung
am Sonnabend, den 2. April, abends 8½ Uhr,
in der Gemeindeschul-Turnhalle, Höchstestraße Nr. 36/37.

Turnzeiten: Mittwoch und Sonnabend 8—10 Uhr abends.

Anmeldungen werden auf dem Turnsaal entgegen genommen.

Gäste sehr willkommen. 266/5

Solide, gut bürgerliche

Wohnungs-Einrichtungen

zu billigen Preisen.

Vereinigte Tischler- u. Tapezirermeister
Bock & Zimmermann,
Alexanderstr. 42
Hof I. u. II. Etage,
nahe dem Polizei-Präsidium.
Besichtigung auch ohne Kaufzwang erbeten.

Illustrirte Kataloge gratis und postfrei.

Regulatoren, Gewichtzug mit Schlagwerk, **nur 20 Mk.**
verkauft unter Garantie
ältestes Uhren-Geschäft
besteht seit 1860. **Berlin S.** besteht seit 1860.
152 Am Moritzplatz 152
G. Scharnow.
Grosses Lager. [4675L*
Anerkannt billigste Bezugsquelle.

Keine Scheinwerkstätten!
Möbeltischlerei
für 4451Q*
Wohnungs-Einrichtungen.
Direkter Verkauf an das Privatpublikum.
G. A. Noack, Tischlermeister, Berlin,
Luisen-Ufer 22, Ecke Dresdenerstraße, am Oranienplatz.
Garantie für gute und dauerhafte Arbeit.
Kataloge franko!

Stück M. **2,00.** Dutzend M. **22,80.**

Massiv Gold, ges. gest. Alm. Mit 2 echten Perlen. Stück M. 3,00. Dutzend M. 34,20.

M. **24,00.**

Gold. Damenuhren v. 16 M. an. Silb. Herrenuhren v. 9 M. an. 3j. schriftl. Gar. f. gut. Gang. Trauringe, 2 Dukaten, 21 M.

Goldwaaren und **Uhren**
kaufen Sie zur Einsegnung etc.
am billigsten direkt in der
Goldwaaren-Industrie
Belmonte & Co.,
Fabrik. moderner Schmuckgegenstände,
Berlin C., König-Strasse No. 22.
Kein Laden,
daher kein Aufschlag für Ladenmiethe.
Einzelverkauf zu Originalpreisen nur im Fabrikgebäude Hof part. Besichtigen Sie die Muster-Ausstellung v. d. Hause Königstrasse 22 (Gumpert's Konditorei).

Zur gefl. Beachtung! Um Verwechselungen zu vermeiden, bemerken wir, dass wir keine Ladengeschäfte noch Filialen unterhalten, sondern der Detailverkauf zu festen Originalpreisen nur im **Fabrikgebäude Hof parterre stattfindet.** Lagerbesuch höchst lohnend, kein Kaufzwang, jedes Stück wird bereitwilligst gezeigt. Ueberzeugen Sie sich daher, bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Reellität und Billigkeit unserer Fabrikate.

Pferdebahngeld wird, da wir die Unkosten für Unterhaltung offener Ladengeschäfte u. Filialen ersparen, jedem Käufer vergütigt.

Kein Laden!

Ohne Konkurrenz!
Goldene 61
Eingang Oranienstr. 61, Eckhaus Moritzplatz
I. Etage.

Grosses Lager
fertiger Herren- u. Knaben-Garderobe.

I. Etage. I. Etage.

Herren-Sommer-Paletots von **12 Mk.** an.
Herren-Jaquet-Anzüge von **8,50 Mk.** an.
Herren-Hosen von **1,65 Mk.** an.
Burschen-Anzüge von **5 Mk.** an.
Knaben-Anzüge von **2,50 Mk.** an.

Da ich die grosse Ladenmiethe erspare, bin ich billiger wie jede Laden-Konkurrenz.

Kein Laden!

Bettfedern, neu gereinigt, p. Pfd. **–.40, –.60, –.80, 1.20, 1.50** bis **3.– M.**
Mandarinen-Daunen von **2.– M.** an, 3 Pfd. genügen zum großen Deckbett. Spezial.: **Grosse Betten** von **9.50 M.** an (Deckbett, Unterbett, 2 Kissen), 2schläfr. **12.–, 15.–, 18.–, 20.– M.**
Daunen-Betten von **30.– M.** an (Deckbett, Unterbett, 2 Kissen).
Eis. Feldbettstellen v. 6.25 M. an. Matratzen v. 2.75 M. an. Kopfkissen v. 1.50 M. an. 4632L*
Erstes Schles. Betten-Kauf- u. Versandthaus
Breslau. Engros. Détail. Berlin.
E. Becker, Berlin, Landsbergerstr. 45.
Versandt nur pr. Nachnahme, Umtausch gestattet, ev. Betrag zurückgezahlt.
Verpackung wird nicht berechnet.

Rob. Müller, Schneidermstr.,
65 Muskauerstraße 65
empfiehlt sich zur Anfertigung von Herrengarderobe nach Maaß. Lager in- und ausländischer Stoffe wie fertiger Kinder-Anzüge. 2649b

Spiegelspind, Bett und verschied. verkäuf. Vollbrecht, Michaelkirchstr. 2.

600 Mark
als Darlehen wünscht Parteigenosse. Sichere Garantie: Langjähriges solides Geschäft im Vorort. Gefl. Anerbietungen unter A. 3 an die Exp. des „Vorw." 2570b

Materialwaaren-, Gemüse- und Kohlengeschäft verkäuflich Waldbertstraße 24.

Sonnabend: Rester-Verkauf!
Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Brenner & Cie.,
Alte Jakobstrasse No. 57–59

Dr. Lehrich,
Spezialarzt f. Haut- u. Harnld., Beingeschwüre und Lupus.
An der Stadtbahn 24,
(am Bahnhof Alexanderplatz.)
Sprechst.: 9–12 und 3–6.
Freitags keine. 4081Q*
Poliklinik: Montag, Donnerstag, 9–10½

Bruchbandagen
aller Art, **Leibbinden, Spritzen, Suspensorien** aller Größen, **Unterlagestoffe, Verbandstoffe,** sowie alle **Artikel zur Krankenpflege** empfiehlt 4036Q*
J. Ch. Pollmann, Bandagist, Berlin C.,
30. Linienstraße 30.
Eigene Werkstatt.
25jähr. prakt. Erfahrungen. Lieferant sämmtl. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen.

Dr. Simmel Moritzplatz, Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Künstl. **Zähne** gegen bequeme billigste Theilzahlung. Schmerzlose Zahnoperationen. **Elsasserstr. 92** (Rosenth. Th.) Sprechstd. Werktags 9–12, 3–5 **Zahnatelier Heröd,** ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart 2c.

Möbel
verliehen gewesene und neue, **staunend billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 4055Q*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Helical-Premier-Drais.
Corso-Räder. 4669L*
Reparatur-Werkstatt.
Ungenirte Lehrbahn.
Karras, Langestr. 93.
Theilzahlung gestattet.

Achtung! Zum Umzug.
Zur pünktlichen Lieferung des „Vorwärts" sowie sämmtlicher Arbeiter-Literatur empfiehlt sich **Karl Weisse,** Triftstr. 46a, Zeitungsspediteur.

Wer Stoff hat!!!
fertige Anzug 20 M., haltbare Zuthaten, 2 Anproben, saubere Näharbeit, nur unter Garantie für tadellosen Sitz.
Anzugstoffreste,
500 à 3 Meter zu 15 M., reine Wolle, Gelegenheitskauf, spottbillig, so lange reicht. **Restez. Knabenanzügen,** beliebte Muster. 861/3
Engel, Münzstr. 26 part., **Engel.**

Kinderwagen,
Bettstellen
für **Kinder** und **Erwachsene,**
6,–, 8,–, 10,– bis allerfeinste **billigste** und **eleganteste**
Berlin C.,
nur **Wallstr. 21**

Grosse Betten 11,50 M.
Kompleter Stand, enthaltend:
Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen
für **11.50, 13.50, 16.50, 19.50.**
Doppeltgereinigte
Bettfedern und Daunen
von **50 Pf. pro Pfund** an bis zu den **feinsten Qualitäten.**
Bettstellen zu allen Preisen!
R. & S. Moses
4. Reinickendorferstr. 4.
an der Markthalle. [4536Q*
Rudolf Moses,
41. Metzerstrasse 41.

Manchester Sammet, gerippt od. glatt, zu Rad-, Reit-, Jagd- und Knaben-Anzügen bill. Muster franko. 17/4*
S. Schwarz, Berlin S. 14.

Kinderwagenräder Pallisadenstr. 101.

Sopha, Feldbettstelle verk. **Haß,** Lübbenerstr. 10 I. [2558b

Gut erh. Kinderbettstelle billig z. verk. Karge, Motzstr. 10. 2611b

Möbel.
Passende Gelegenheit für Brautleute: Schützenstr. 2 sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, gebrauchte und neue Möbel zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Einrichtungen schon von 150 bis 300 M., hochherrschaftlich 500 bis 2000 M., Nußbaum- und Mahagoni-Kleiderspind, Verticow 35, Bettstellen, Federboden, Keilkissen 25, Sophas 25, Tische 8, Stühle 3, Spiegel 10, Küchenspind 18, Paneelsophas 80, Trumeaux 50, Coulissentische, Buffets, Salongarnitur 75 an, Schreibtische, Garderobenspind, Chaiselongue. Niemand sollte versäumen, wer gut u. reell kaufen will, durch Besichtigung meiner Möbel von der Billigkeit sich zu überführen. Theilzahl. gestattet.

Patente
erwirkt durch Erich Peters, Civ.-Ingenieur, Berlin SW 29, Mittenwaldstr. 24.

Möbel
unter Garantie guter Arbeit. Theilzahlung gestattet. 4556Q*
H. Brandt, Alte Jakobstr. 65.

Fahrräder
gute Marke 175 M., 2 Jahre Garantie.
O. Schmidt,
Pallisaden-Straße 96.

Kinderwagen-Bazar
Max Brinner,
Jerusalemerst. 42. Brunnenstraße 6. Dresdenerstr. 16.
Großartige Auswahl von Kinder-, Sport-, und Puppenwagen, bestes Fabrikat, billigst. Musterbuch gratis u. franko. Theilzahl. gestattet.

Möbel auf **Theilzahlung.**
J. Kellermann, Neue **Jakobstr. 26.**

Fertige Betten, gr. Stand Oberbett, Unterbett, zwei Kopfkissen mit gereinigten neuen Federn, von **12 M.** an, **fertige Inletts,** Bettwäsche, Matratzen jeder Art, Stepp-, Schlaf-, Bettdecken und Polster-Bettstellen empf. billigst das als streng reell bekannte, 1870 gegr. Spezial-Gesch. **S. Pollack, Oranienstr. 61,** am Moritzplatz.

Wer will viel Geld verdienen, verkaufe bei hoher Provision Must. grat. u. franko **H. Rulfs, Einbeck** in Hann. **Tapeten**

Betten Steppdecken, Gardinen, Wäsche, Portièren, Chaiselongues, Tischdecken.
Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Remontoiruhr., Regulatoren, Reisekoffer, Operngläser, spottbillig. Pfandleihe Neanderstr. 6.

Betten
von 10 M. an, Mandarinen-Daunen 2,35 M., Bettwäsche, Steppdecken, Gardinen spottbill. **Lucke's Bettenhaus,** Neanderstr. 8. Versandt p. Nachnahme.

Schlafst. f. 2 Hrn. Blumenstr. 63b, r. 2 Tr. l. 2563b

Zwei anst. Hrn. finden Schlafst. bei Frau Rose, Schmidstr. 8, H. I. 1 Tr.

Möbl. Zimmer f. 1 o. 2 Hrn. zum 1. April zu v. Koppenstr. 90, 2 Tr., Wiw. Voigt. 2636b

Schlafst. Markusstr. 36. Zu erfr. im Schankgeschäft. 2635b

Schlafst. f. H. Raunynstr. 35, v. 2 Tr.

Möbl. Schlafst. f. Hrn. pr. 16 M. Admiralstr. 40, H. 2 Tr. bei Kuhnert.

Schlafst. f. 2 Hrn. nach v. Oppelnerstraße 5, 1 Tr. bei Spiller. 2638b

Möbl. Schlafst. billig zu verm. Dresdenerstr. 18, v. 3 Tr. l. 2617b

Schlafst. für Hrn. Ww. Meinke, Dresdenerstr. 3. 2619b

Gen. f. frdl. Schlafst. m. sep. Eingang Oranienstr. 2, v. IV. r. b. Pfeiffer.

Möbl. Schlafst. f. Hrn. (sep.) Boeckhstraße 51, am Grimmpark, H. 3 Tr., bei Jost, 6 M. 2524b

---

Frdl. Schlafst. f. H. **Admiralstr. 34,** H. II l.

Frdl. Schlafst. für Herrn Stallschreiberstr. 31, v. 2 Tr., bei Tießler.

2 Gen. finden freundl. Schlafst. m. sep. Eing., Oranienstr. 2, v. 3 Tr. l.

Möbl. Schlafst. (9 M.) zu verm. b. Cordt, Blumenstr. 63b, v. 3 Tr. [2627b

Möbl. frdl. Schlafst., sep., f. Hrn. zu verm. Dresdenerstr. 131, v. II. r.

Eine frdl. Schlafst. f. H. z. 1. April Adalbertstr. 15b, v. 2 Tr., bei Miele. [2629b

Schlafst. für anst. jungen Mann Ww. Scholz, Planufer 31, Plättanstalt.

Schlafst. f. H. sep., inkl. „Bornv." 6 M. Pücklerstr. 11, Quergeb. 3 Tr., bei Methner. 2566b

Möblirtes Zimmer, kleines, mit etwas Bedienung, **sucht** kränklicher Herr. Nähe Schinkestr. oder vis-à-vis Maybach-Ufer. **Schnutz,** Maybach-Ufer 22, Platz.

Schlafst. bei Meyer, Raunynstr. 84, III.

Möbl. Z. verm. Gebhardt, Britzerstraße 45, III.

Frdl. Schlafst. f. Herrn., Fürstenwalderstr. 94, v. IV r. bei Schulz.

Möbl. Schlafst. für 1 od. 2 Herren Admiralstr. 6, v. III l.

Eine Schlafst. für einen Herren bei Ww. Müller, Oranienstr. 196, IV.

Möbl. Zimmer für zwei Herren vermiethet Adalbertstr. 20, III. [2618b

Möbl. Schlafst. findet anständ. jung. Mann bei Wwe. Teichert, Muskauerstraße 44, v. IV. 2621b

Schlafst. f. ein. anst. jung. Mann ist bei Frau Bartusch, Friedrichsgracht 61, 2 Tr., zu vermiethen. 2622b

Freundl. Schlafst. für Herrn Fürstenstraße 7, v. IV r. 2620b

Schlafst. f. H. Adalbertstr. 6, v. IV. Bohle.

Möbl. Schlafst. f. 2 Herren Lietzmannstraße 20, 3 Tr. b. Henk. 2615b

Zwei junge Leute finden bessere Schlafstelle, Oranienstr. 31 links. 2652b

Frdl. möbl. Schlafstelle, 1 od. 2 Herr. z. verm. Fruchtstr. 27, Qgb. II, Frau Spoerke. 2666b

2 freundl. Schlafstellen z. verm., für Herr., separat, Grünauerstr. 26, Dieter.

Eine freundliche Schlafstelle zu vermiethen, Reichenbergerstr. 38, II rechts.

Eine freundl. Schlafstelle z. verm. b. Gieritz, Culmstr. 16, Querg. II. 2664b

Schlafstelle f. e. anst. Herrn, Raunynstr. 53, v. III b. Dannenberg, am Oranienplatz. 2661b

Möbl. Schlafst., 2 H., E. sep., Raunynstr. 48 4 Tr., Oranienpl. 2660b

Schlafst. f. Herr., Grabowsky, Raunynstr. 90, v. 4 Tr. 2654b

Frdl. Schlafst., 2 H., Voigt, Manteuffelstr. 116 II. 2653b

Möblirte Schlafstelle f. Herrn, Manteuffelstr. 63, v. 3 Tr. b. Böttcher. 2650b

Eine Schlafstelle zu vermiethen bei Frau Kalbe, Manteuffelstr. 97, v. III.

Möbl. frdl. u. gemüthlich. Zimmer. 2 H. od. Damen, Wienerstr. 18, v. III. Wolff. 2657b

Frdl. möbl. Schlafst. f. Herr. m. Kab., 10 M., Pahl, Wienerstr. 68, Ecke Stalitzerstraße. 2655b

Gut möbl. Schlafst. b. Ww. Müller, Reichenbergerstr. 40, v. 4 Tr. 2647b

Schlafstelle zu vermiethen, Raunynstraße 2, v. part. Schadow. 2642b

Möbl. Zimmer oder Schlafstelle vermiethet Drechsler, Reichenbergerstr. 37, v. part. 2646b

Schlafst. f. H. Manteuffelstr. 40 II, Glänke. 2641b

Möbl. Schlafstelle, Wrangelstr. 120, 2 Tr. Drauschke. 17/13

Möbl. Schlafstelle für 1 bis 2 Herr., Friedrichsfelderstr. 33 III, W. Stärke.

Frdl. möbl. Zimmer f. Herren, sep., monatl. 10 M., Krautstr. 3, v. 3 Tr., Daniel. 2640b

Möbl. frdl. Schlafstelle, 6 M., sep. Eing., Reichenbergerstr. 115, Meyer.

Schlafst. f. H., Manteuffelstr. 76 r. K., sep.

Möbl. Schlafst. f. H., sep. Eing. Preis 7 M. Fürstenstr. 15, Hof 3 Tr. b. Grönke.

Schlafstelle bei Köppe, Langestr. 104.

Frdl. Schlafstelle f. Herrn, sep., Kottbuser Damm 13, 2. Aufg. 3 Tr. r.

Freundliche Schlafstelle für Herren bei Schicht, Bergstr. 33, vorn. 2600b

Pücklerstr. 8 Hof 3 Tr. l. möblirte Stube, sep., 7 M. 2599b

Möbl. Schlafst. für 2 H., sep. Eing., bei Witwe Brast, Kottbuser Damm 4 Hof links 1 Tr. rechts. 2598b

Schlafst. für Herrn bei Wesemann, Stallschreiberstr. 55, vorn. 2597b

Eine schöne Schlafst. ist zu verm. Fürstenstr. 16 Hof 1 Tr. b. Werplewski.

Frdl. möbl. Schlafstelle für Herren Admiralstr. 38, Wwe. Dorn, v. 4 Tr.

Frdl. Schlafst., sep., Sebastianstr. 66, III.

Eine frdl. möbl. Schlafst., sep. Eing., z. verm. b. Meyer, Admiralstr. 27, 2 Tr.

Möbl. Schlafst. b. Hentschel f. 1 od. 2 Herrn Manteuffelstr. 85, 3 Tr.

Frdl. sep. Schlafst. f. 2 anst. Herren b. Seidel, Oranienstr. 24, v. 4 Tr. l.

Möbl. Zimmer für 1 auch 2 Herren Gitschinerstr. 37, 1 Tr. Thiel. 2590b

Freundl. Schlafst. f. einen Genossen Lorenz, Straßburgerstr. 12, H. 4 Tr.

Eine frdl. möbl. Schlafst. f. H. zum 1. April. Mariannenstr. 8, v. 3 Tr. am Heinrichsplatz. 2588b

---

Theilnehmer z. möblirtem Zimmer Adalbertstr. 94, 2 Tr. 2587b

Schlafst. für anst. Herrn Adalbertstraße 74. Rosenthal. 2586b

Schlafstelle für Herren Kottbuser Ufer 53, 3 Tr. Scheibe. 2585b

J. Mann findet frdl. mbl. Schlafst. Lausitzerstr. 40, Wdh. 2 Tr. l. Lehmann.

Schlafstelle für Herrn z. 1. April Prinzessinnenstr. 8, v. 4 Tr. Lange.

Möbl. Zimm. f. 1 od. 2 H. Reichenbergerstr. 37, v. 2 Tr. Scherer.

Ein Theilnehmer z. möbl. Schlafst. Sebastianstr. 64, 3 Tr. rechts. 2581b

Theilnehmer z. frdl. größ. Zimmer sucht Fischer, Oranienstr. 70, 3 Tr. l.

Möbl. Schlafst. f. 2 H. Elisabeth-Ufer 36, v. 4 Tr. (Oranienpl.) Frau 9 ec.

Für 2 H. frdl. Schlafst., sep. Eing. Kommandantenstr. 55, Hof r. Eing. 4 Tr. bei Stegen. 2578b

Frdl. Schlafst. Manteuffelstr. 38, 2 Tr. l.

Möbl. Schlafstelle f. Herrn Oranienstraße 181, v. 4 Tr. rechts. 2576b

Grüner Weg 11b v. ganz u. gut möbl. Schlafst. f. Herrn. Zu erfr. Grüner Weg 121, v. 4 Tr. links. 2574b

Saub. frdl. Schlafst. Fürstenwalderstraße 15, 2 Tr. rechts. 2575b

Für 2 anst. H. frdl. Schlafst. z. verm. bei Leder, Münchebergerstr. 17, 4 Tr.

Arbeitsmarkt.

Putzfedern.
Junge Mädchen zum Lernen bei dreimonatl. Lehrzeit u. sofortigem Gehalt verlangt 1212b
Adolf Rosen, Gertraudtenstr. 23.

Junge Mädchen
erlernen das Neuplätten von Kragen, Manschetten, Oberhemden 122/9
und erhalten nach kurzer Lehrzeit dauernde Beschäftigung bei hohem Verdienst. **Joh. Beerensson,** Wäschefabrik, Greifswalderstr. 13.

Junge Mädchen
erlernen das Vorrichten und Nähen v. Kragen, Manschetten, Oberhemden 122/9
und erhalten nach kurzer Lehrzeit dauernde Beschäftigung bei hohem Verdienst. **Joh. Beerensson,** Wäschefabrik, Greifswalderstr. 13.

Fronts-Näherinnen, Manschetten-Näherinnen, Hemden- u. Blousennäherinnen
finden hohen Verdienst bei **Joh. Beerensson,** Wäschefabr. Greifswalderstr. 13.

Maschinen-Plätterinnen, Serviteurs-Plätterinnen, Hemden-Plätterinnen
finden hohen Verdienst bei **Joh. Beerensson,** Wäschefabr. Greifswalderstr. 13.

Tischler auf Kastenarbeit verlangt Schützenstr. 59. 2632b

Frau zum Reinemachen für Sonntag verl. Rehse, Manteuffelstr. 4. [2667b

1 tüchtiger Fasser u. 3 gute selbstständige Goldarbeiter, die Tüchtiges leisten, für Berlin sofort bei dauernder Stellung. **Arbeitsnachweis Zahlstelle Berlin,** Holzmarktstr. 8. [71/11

Damen für leichte Häkelarbeiten verlangt **J. Wegener,** Gräfestr. 13, v. IV.

Schraubendreher, auch Mädchen, finden lohnende Beschäftigung Charlottenburg, Potsdamerstr. 35. 2609b

Lehrling, 16 Jahre, gegen kleine Vergütung verlangt für Platz und Komptoir Holz- und Kohlengeschäft **Schnutz,** Maybach-Ufer 22.

Unentgeltlich
Monogramm-Sticken erlernen Damen. Ebenfalls suche geübte Kräfte. 2605b **Krenzlin,** Roßstr. 5.

Rohrleger verlangt **Höbel,** Schulstr. 104 I. 2639b

Plätterinnen auf Stehkragen, Umlegekragen und Manschetten in u. außer dem Hause verlangt **Treppe,** Schönhauser Allee 167a, Fabrikgeb. 2560b

Kartonarbeiterin, geübte, verlangt Georgenkirchstr. 37. 17/14

Als rührige Agenten werden Herren aller Gesellschaftskreise von deutscher Feuerversicherungs-Gesellsch. bei außergewöhnlich hoher Provision gesucht. Offerten sub J. P. 8148 an die Exp. d. „Berl. Tagebl." SW.

Tapezirer-Lehrling sucht **Tischer,** Oranienstr. 74. 2561b

Tüchtige, zuverlässige [16/19*

Dreher
finden dauernde Beschäftigung bei
P. Suckow & Comp.,
Breslau, Lohestraße 11.
Dampfkessel-Armaturen-Fabrik.

Handknopfloch-Näherinnen
verlangt **Joh. Beerensson,** Wäschefabrik, Greifswalderstr. 13.

Glasschleifer, besonders f. Façongläser, sofort oder später, verlangen **Paul Haese & Hartz,** Neue Grünstr. 40. 2560b

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Versammlungen.

Die Maurer diskutirten am Freitag in öffentlicher Versammlung ein von der Lohnkommission in Uebereinstimmung mit den Baudeputirten aufgestelltes Streikreglement, welches dazu bestimmt ist, unüberlegte und aussichtslose Bausperren zu verhüten. Die wesentlichsten Bestimmungen des Reglements sind folgende: Um die Erhaltung und Befestigung der Errungenschaften der vorjährigen Lohnbewegung zu sichern, ist es nothwendig, daß überall, wo an dem Stundenlohn von 60 Pf. Abzüge gemacht oder die neunstündige Arbeitszeit verlängert werden soll, die Arbeit von allen hierbei in Frage kommenden Kollegen geschlossen niedergelegt, die Lohnkommission aber sofort davon benachrichtigt wird. Handelt es sich um neue Forderungen der Arbeiter, um schlechte Behandlung derselben oder um sonstige Mißstände, so darf die Arbeit nur mit Zustimmung der Lohnkommission, welche zwei Tage vorher in Kenntniß zu setzen ist, niedergelegt werden. Von der Beachtung dieser Bestimmung hängt die Unterstützung ab. Wenn in dringenden Fällen eine vorherige Benachrichtigung der Lohnkommission nicht möglich sein sollte, und dieselbe sich nach erfolgter Arbeitsniederlegung mit derselben nicht einverstanden erklärt, dann hat die nächste öffentliche Versammlung über den Fall zu entscheiden. Billigt auch diese die Arbeitsniederlegung nicht, dann haben die an derselben betheiligten Kollegen die Konsequenzen ihres Vorgehens allein zu tragen. Wer, weil er für die Interessen seiner Kollegen eintrat, gemaßregelt wird, hat sich bei der Lohnkommission zu melden. Eine Arbeitsniederlegung aus Anlaß einer Maßregelung darf jedoch nur dann stattfinden, wenn es die Lohnkommission nach Prüfung der einschlägigen Verhältnisse für nöthig erachtet. Gemaßregelte erhalten, so lange sie arbeitslos sind — jedoch höchstens für 18 aufeinander folgende Arbeitstage — eine tägliche Unterstützung von 3 M. — Nach längerer Debatte nahm die Versammlung vorstehende Bestimmungen an. Dann wurde noch mitgetheilt, daß die Arbeit auf der Gasanstalt in der Fichtestraße wieder begonnen hat, daß aber daselbst die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen versucht werde.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Eine von ca. 600 Werkstatt-Vertrauensmännern besuchte Versammlung tagte am Mittwoch, den 23. d. M., in Cohn's Festsälen. Kollege Maaß referirte über: „Unsere Taktik bei Werkstatt-Streiks und die Aufgaben der Vertrauensmänner". Redner ist der Meinung, daß dieses Thema immer wieder behandelt werden müsse, um für die Vertrauensleute die nöthige Aufklärung zu geben und gleichzeitig auf die Aufgaben der Vertrauensleute aufmerksam zu machen, welche dieselben bei Werkstattdifferenzen der Organisation gegenüber zu erfüllen haben. Vor allen Dingen sei es nun Pflicht der Vertrauensleute, die Kollegen in ihren Werkstätten zu organisiren, dafür Sorge zu tragen, daß die Beiträge regelrecht bezahlt werden, und die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, wie nothwendig es ist, die 10 Pfennig für den Streikfonds zu zahlen. Ferner den Kollegen den Besuch der Verbandsversammlungen ganz besonders ans Herz zu legen. Ferner sollen die Vertrauensmänner alle Mißstände und Unregelmäßigkeiten, die in ihren Werkstätten bestehen, in den hierzu bestimmten Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlungen zur Sprache bringen. Drohen in einer Werkstatt aus irgend welchem Grunde Differenzen auszubrechen, so soll es Aufgabe des Vertrauensmannes sein, seine Kollegen von unüberlegten Schritten, wie z. B. sofortiges Niederlegen der Arbeit u. s. w. durch ruhiges und besonnenes Auftreten nach Kräften abzuhalten suchen. Insbesondere ist es in solchen Fällen nothwendig, sofort die Werkstatt-Kontrollkommission oder den Arbeitsvermittler hiervon in Kenntniß zu setzen. Des weiteren warnt Redner die Kollegen, die Arbeit niederzulegen, bevor nicht die Kontrollkommission respektive die Ortsverwaltung davon in Kenntniß gesetzt ist. Da hierdurch unliebsame Sachen, in betreff der Unterstützungsfrage, sehr leicht erspart werden. Redner weist hierbei gleichzeitig auf den im März 1896 gefaßten Beschluß hin: Unterstützung wird nur gezahlt, wenn Ortsverwaltung und Kontrollkommission von der Arbeitsniederlegung in Kenntniß gesetzt sind. Nach einer lebhaften Diskussion wurden dann die Forderungen der Parkettbodenleger besprochen. Die Forderungen sind folgende: Herabsetzung der Arbeitszeit täglich um eine Stunde und Akkordaufschlag auf 10 pCt., macht ungefähr pro Quadratmeter 10 Pf., um den Tarif möglichst wieder auf die Höhe zu bringen, wie er vor fünf Jahren stand. Nach kurzer Debatte bewilligten die Versammelten das Vorgehen der Bodenleger; die Regelung der weiteren Angelegenheit wurde der Ortsverwaltung überlassen. Ein Darlehnsgesuch der streikenden Schuhmacher wurde mit dem Hinweis, eine bestimmte Summe zu überweisen, der Ortsverwaltung anheim gegeben. Sodann berichtete der Arbeitsvermittler Maaß über die in den letzten 4 Wochen stattgefundenen Werkstattdifferenzen, die alle zu gunsten der Kollegen erledigt wurden. — Ferner wurde noch darauf aufmerksam gemacht, den Streikfonds nicht zu vernachlässigen.

Die bei den Putzern beschäftigten Arbeiter hielten am 21. März ihre erste Mitgliederversammlung ab. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Wegener, 2. Vorsitzender R. Beier, 1. Kassirer Franz Wenzke, 2. Kassirer G. Schulz, Schriftführer H. Franke, Revisoren H. Heinze, W. Schlauß, G. Wolf; als Spediteure E. Hoffmann und H. Leppin. Beschlossen wurde, daß die Versammlung regelmäßig jeden Montag vor dem ersten des Monats, abends 8 Uhr, bei Wernau, Schwedterstraße 23/24, stattfinden solle. Die Mißstände, die sich im Putzergewerbe besonders bemerkbar machen, wurden einer herben Kritik unterworfen. Mit einem Hoch auf das Gedeihen des Verbandes wurde die Versammlung geschlossen. 33 Mann ließen sich in den Verband aufnehmen.

Der Verband der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 21. März seine Mitglieder-Versammlung ab. Eine lange Debatte entspinnt sich über die Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung. Dieselbe ist durch Urabstimmung beschlossen worden. Der Verbandsvorstand will sie erst vom 1. Juli an zur Einführung gelangen lassen, die Hamburger Filiale hat dagegen beschlossen, sie schon vom 1. April an auszuzahlen. Die Versammlung nimmt eine Resolution an, wonach die erhöhte Unterstützung von der Filiale Berlin vom 1. Mai an eingeführt werden soll; der Hauptvorstand wird ersucht, sich dem anzuschließen. Dem Antrage, den streikenden Schuhmachern 100 M. zu bewilligen, wird zugestimmt. Bergmann giebt hierauf die Erklärung ab, daß er die erhöhte Arbeitslosenunterstützung laut Beschluß der heutigen Versammlung vom 1. Mai zur Auszahlung bringen wird, jede weitere Verantwortung aber ablehnt. Ferner erfolgte die Bekanntgabe der auf Beschluß der Bevollmächtigten bei Werkmann, Sebastianstr. 47, neu errichteten Zahlstelle, welche, da der Inhaber selbst Mitglied ist und Marken übernommen hat, zu jeder Tageszeit geöffnet ist. Zum Schluß wurde noch auf die Sonntag, den 3. oder Montag den 4. April stattfindenden Delegirtenwahlen zur Ortskrankenkasse der Buchbinder und auf die Wichtigkeit der Betheiligung aller Mitglieder an denselben aufmerksam gemacht.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker hielt am 22. März eine außerordentliche Generalversammlung ab. Kollege Graß sprach über „Die Mißstände im Musikgewerbe und deren Ursachen". Er führte unter anderem aus, daß vor 15—20 Jahren in den Theatern monatlich 150—180 M. gezahlt wurden, während jetzt nur noch 80, 75 M. und darunter gezahlt werden; die größte Schuld trägt daran die unerhörte Lehrlingszüchterei; Berlin hat allein 18 Innungsmeister mit 252 Lehrlingen, ebenso drückend ist die Konkurrenz der Militärmusiker, der Beamten, dann der Dilettantenchöre und der neuerdings gegründeten 45 Jungen starken Jugendwehr-Kapelle, welche zu unglaublich niederen Preisen spielten. Noch einige Mißstände in der Vereinigung selbst erörternd, wies der Referent auf die Stadtverordneten- sowie Reichstagswahlen hin, bei denen sich die Musiker, um ihre Lage zu verbessern, ohne Ausnahme betheiligen müßten. An der Diskussion betheiligten sich O. Krüger, der die Beamten-Konkurrenzfrage in großer öffentlicher Versammlung ventilirt haben wollte; Blanschefsky gab einige Beispiele, daß sogar ein Arbeiter-Rauchklub die „Jugendwehr" beschäftigt habe, der Musik-Dilettantenverein „Solo" würde in Raucherzeitungen empfohlen, in Reinickendorf suche ein Dilettantenverein einen Saal für Konzert und Saalgeschäft. Hoch verbreitete sich über die Mißstände der Vereinigung; durch die geschäftliche Abhängigkeit der Mitglieder von den Dirigenten, ihren Arbeitgebern, würden die Mißstände weiter erhalten, ein alleiniger Zentral-Arbeitsnachweis würde dieselben beseitigen. Nach dem Vortrag begann die Verhandlung über den Tarif zur Maifeier, derselbe blieb wie bisher bestehen. Die Abrechnung von der Matinee vom 19. Dezember für die englischen Maschinenbauer ergab eine Einnahme von 116,75 M., Druckunkosten 69,20 M. (andere Unkosten, in Summa 17,70 M., trug die Vereinskasse), Reingewinn 47,55 M., auf eigene Listen wurden gesammelt 32,70 M. Zwei Unterstützungsgesuche von zwei Mitgliedern wurden mit je 20 M. bewilligt.

Die in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter, Filiale II, hielten am 22. d. M. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Metzner über den Werth der Organisation referirte. Darauf wurden die Zustände bei der Firma Schaul einer scharfen Kritik unterzogen und zwei „wegen Agitation" entlassene Kollegen als gemaßregelt betrachtet. Die darauf verlesene Abrechnung vom Maskenball ergab einen Ueberschuß von 101,60 M. Der Kassirer wurde entlastet.

Die Freie Vereinigung der Bananschläger hielt am 20. März ihre Monatsversammlung bei Buske ab. J. Meier hielt einen Vortrag über die Unfallversicherungs-Gesetzgebung. Sodann gab Bergau den Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission. Hierbei ist hervorzuheben, daß von den statistisch festgestellten 950 Anschlägern nur 308 organisirt sind; die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt nach Abzug von 2 Stunden Pause 9 Stunden, der Stundenlohn 40 Pf. Schenker führt an, daß der Vorstand des alten Vereins der Organisation entgegenzuarbeiten suche.

Der Verband der Korbmacher hielt am Montag, den 21. März, seine Monatsversammlung ab. Der Vorstand ertheilte Bericht vom Jahre 1897. Danach war eine Gesammteinnahme von 1983,08 M. und eine Ausgabe von 1860,79 M. zu verzeichnen. Auf dem Stellennachweis wurden 162 Gehilfen verlangt. Aus der Bibliothek wurden 59 Bücher entnommen. Es wurde von mehreren Mitgliedern beantragt, den Lokalverband aufzulösen und zum Holzarbeiter-Verband überzutreten. In dieser Sache wurde beschlossen, binnen zehn Tagen eine Versammlung einzuberufen und darüber abstimmen zu lassen.

Bei den Rabitz-Putzern referirte am 22. März Genosse Siegerist über die Anspruchslosigkeit der Arbeiter. Sodann wurde beschlossen, die Kollegen von der Firma W. u. K. Engel, die sich bereit erklärt haben, in Zukunft die Statuten und Versammlungsbeschlüsse zu achten, weiter als Mitglieder anzuerkennen. In der nächsten Versammlung soll Stellung genommen werden zu der diesjährigen Lohnfrage und Bekämpfung der Akkordarbeit.

Charlottenburg. Die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am Sonntag, den 20. d. M., eine Mitgliederversammlung ab. Im Punkt Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, zu Ehren der Delegirten zur Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg am 2. und 3. Osterfeiertage abends ein Fest mit Tanz und Gesangsvorträgen zu veranstalten. Hierzu wurde ein Komitee von 6 Mitgliedern gewählt. Für einen Kollegen, welcher durch Absturz beide Beine brach, sowie für einen anderen, welcher schon seit 9 Monaten an einer Krankheit darniederliegt, wurden pro Mann 20 Mark Unterstützung aus der Lokalkasse bewilligt. Das Mitglied Hermann Galleske wurde einstimmig nach § 15 des Verbandsstatuts aus dem Verbande ausgestoßen. Ferner kritisirte die Versammlung das unsolidarische Verhalten der Berliner Kollegen lokaler Richtung, welche in Charlottenburg arbeiten und dort ihre Beiträge für den Streikfonds verweigern.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission nahm in ihrer Sitzung vom 23. März Stellung zur Feier des 1. Mai. Es wurde, da derselbe auf einen Sonntag fällt, beschlossen, 2 öffentliche Versammlungen abzuhalten und Maimarken im Werthe von 20 Pf. auszugeben. Ferner nahm die Kommission Stellung zur Errichtung eines allgemeinen Arbeitsnachweises. Da die Ansichten der Delegirten über die Frage, ob es am zweckmäßigsten sei, einen kommunalen Arbeitsnachweis unter Aufsicht des Magistrats oder einen allgemeinen, von den Gewerkschaften selbst verwalteten einzurichten, sehr getheilt waren, wurden die Delegirten beauftragt, die Frage vorerst in Versammlungen ihrer Berufe zur Berathung zu bringen. Darauf wurde als drittes Ausschußmitglied John gewählt. In der sich nun entspinnenden Debatte über die verschiedenartigen Organisationen (zentraler und lokaler Richtung) kamen auch die Streitigkeiten der lokal und zentral organisirten Maurer und Zimmerer Berlins zur Sprache. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: Die heutige öffentliche Sitzung der Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission spricht sich gegen das Verhalten der lokalorganisirten Zimmerer Berlins und Umgegend aus. — Nicht vertreten waren die Bureauangestellten, Holzarbeiter und Gasanstaltsarbeiter.

Schöneberg. Am Montag, den 21. März, fand hier im Obst'schen Lokale in der Grunewaldstraße eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt, welche sich mit den Artikeln Bernstein's in der „Neuen Zeit" beschäftigte. Das Referat hierzu hatte Genosse Franke übernommen. Da dasselbe fast den ganzen Abend in Anspruch nahm, wird die Debatte in der nächsten am 4. April stattfindenden Versammlung fortgesetzt. — Unter Verschiedenem wurde der Vorstand beauftragt, sich mit der Bade-Anstalt in Verbindung zu setzen, um den Mitgliedern billigere Badekarten zu verschaffen.

Die Konservativen in Lichterfelde fühlten wieder einmal das Bedürfniß, eine „öffentliche Versammlung" für den 25. März einzuberufen, in welcher der Landtags-Abgeordnete Ring sprach. Der große Saal von Hertel (Wasserthurm) war schon lange vor dem Beginn der Versammlung bis auf den letzten Platz — mit Tischen und Stühlen besetzt, die der Besucher harrten. Schließlich fanden sich noch im ganzen ungefähr 50 Zuhörer ein. Der Vortrag des Herrn Ring bot absolut nichts Neues. Den größten Theil seiner Ausführungen bildeten die lokalen Eisenbahn-Angelegenheiten der Gemeinde Lichterfelde. Interessant waren nur die schmerzbewegten Ausführungen über die Resultatlosigkeit der Sammlungspolitik im Wahlkreise Teltow. Der Redner war erzürnt über die bezeichnende Abfuhr, die ihm die Nationalliberalen angedeihen ließen, indem ihm geantwortet wurde, man wolle mit den Agrariern und Antisemiten nichts zu schaffen haben. Am Schlusse seiner Ausführungen kam der Referent auf seine speziellen „Freunde", die Sozialdemokraten, zu sprechen. Er empfahl, dieselben eventuell mit den Machtmitteln des Staates niederzuschlagen. Auf die Mätzchen bezüglich der „Theilerei", die die Sozialdemokratie einführen wolle, lohnt es sich nicht einzugehen; sie verdienen nur registrirt zu werden als Zeichen der in junkerlichen Kreisen herrschenden Unwissenheit. Nach einigen Anfragen und Ausführungen aus der Mitte der Anwesenden und einem Schlußwort des Redners schloß die Versammlung mit Dankesbezeugungen für denselben, denen sich der im Hintergrunde des Saales befindliche Polizei-Kommissar Mohr in höflicher Weise anschloß.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Adlershof und Umgegend hielt am 17. März eine Generalversammlung ab, in welcher der Vorstand den Bericht über das verflossene Vereinshalbjahr erstattete. Die Mitgliederzahl hat sich in diesem Zeitraum um 18 erhöht, der Verein erzielte mit dem vorjährigen Bestand eine Einnahme von 229,67 M., an Ausgabe 117,20 M., so daß ein Bestand von 112,47 M. verblieb. Dem Kassirer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge ertheilt. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden der zweite Vorsitzende und der Beisitzer neu gewählt, die übrigen wiedergewählt. Es setzt sich nun der Vorstand aus folgenden Genossen zusammen: Hannemann, erster, Matthecka, zweiter Vorsitzender, Neumann, erster, Eulitz, zweiter Kassirer, Bessermöng, Schriftführer, Richter, Beisitzer. Als Revisoren wurden die Genossen Weber und Kohl gewählt. Zum Schluß wurde aufgefordert, recht rege für den Verein zu agitiren und neue Mitglieder zu werben, zumal die Reichstagswahlen in kurzer Frist stattfinden; auch diejenigen Genossen, welche zum April hier neu zuziehen, mögen ungesäumt sich dem hiesigen Arbeiter-Bildungsverein anschließen und sich der Pflicht des Arbeiters bewußt sein.

Grünau. Am Montag, den 21. März, fand im Lokale des Gastwirths Lindenhayn eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Gerisch über die Kommunalwahlen sprach. Brandt ersuchte die Anwesenden dringend, am Wahltage ihre Schuldigkeit zu thun. Mit großer Entrüstung nahm die Versammlung die Mittheilung entgegen, daß der Herr v. Oppen den Gastwirth Lindenhayn, nachdem dieser den Saal zur Versammlung hergegeben, sofort auf den Zehnuhr-Geschäftsschluß gesetzt hat.

Köpenick. Am Donnerstag fand hier im Saale des „Kaiserhof" eine gut besuchte Volksversammlung statt, an welcher ausnahmsweise auch Frauen theilnehmen durften, denn der Polizei-Wachtmeister Haller forderte diesmal, zum Befremden der Versammelten, die Frauen nicht auf, den Saal zu verlassen. Zunächst wählte die Versammlung ein aus achtzehn Personen bestehendes Komitee, welches die Vorbereitung und die Leitung der diesjährigen Maifeier, die aus zwei Versammlungen und sich daran schließenden geselligen Unterhaltungen bestehen soll, in die Hand nehmen soll. Nunmehr hielt Genosse Reichstags-Abgeordneter Stolle einen ausführlichen und mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Kommunal- und Landtagswahlen, in welchem er besonders betonte, daß selbst in Sachsen eine größere Bewegungsfreiheit in der Selbstverwaltung der Kommunen und Gemeinden vorhanden sei wie in Preußen, wo die Polizei und höheren Verwaltungsbehörden das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden einschränken können. Nachdem der Referent noch auf die Wichtigkeit der Gemeindewahlen für die Arbeiter hingewiesen und desgleichen für die Betheiligung an den Landtagswahlen eintrat, erfolgte nach kurzer Diskussion der übliche Schluß der Versammlung wegen Eintritt der Polizeistunde, die für öffentliche Arbeiter-Versammlungen immer noch auf zehn Uhr abends festgesetzt ist.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. 1. Vorsitzender: Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Aenderungen im Vereinkalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 50, v. 2 Tr. **Montag**, abds. 9—11 Uhr, Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Zukunft I", Steglitz, Hauptstr. 10. — „Vorwärts IX", Charlottenburg, Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39. — „Harmonie II", Restaur. Feind, Weinstr. 11. — „Tonblüthe", Häusler, Oppelnerstr. 19. — „Liebesfreiheit II", Strausberg, Magnus, Wilhelmstraße. — „Freya II" (gem. Chor), Wulle, Urbanstr. 51. — „Apollo", Charlottenburg, Müller, Krummestr. 33. — „Solidarität", Wichlitz, Schützenstr. 29. — „Felsenburg", Scheerbe, Blumenstraße 38. — „Rixdorfer Liedertranz", Rixdorf, Maresch, Ziethenstr. 77. — „Einigkeit III", Reinickendorf, Balzer, Berlinerstr. 17. — „Süd-West", Flick, Simeonstr. 23. — „Berliner Damenchor Harmonie", Schiller, Rosenthalerstraße 57. — „Rütli", Friedenau, Handjerystr. 64. — „Eichenkranz II", Knoblich, Soldinerstr. 36. — „Septime", Stallyzerstr. 142.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2. Hof. — **Montag**, abds. von 9—11 Uhr: Klub-Abend und Aufnahme neuer Mitglieder: „Mexikaner", G. Seifert, Elbingerstr. 15. — „Abgrund II", Schulze, Weberstr. 10. — „Freundschaft Vorwärts", Sydow, Weißenburgerstr. 47. — „Carmen", Lehmann, Chorinerstr. 54. — „Blaue Schleife", Boden, Oppelnerstr. 13. — „Berolina", Klann, Buttmannstr. 2. — „Fidele Kolonisten", Kinze, Kolonieстr. 123. — „Eintracht", Przongka, Weidenweg 43.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonntag. Theaterverein „Crescendo", Linienstr. 73. — Dramatischer Klub „Liebesglück", Cremmenerstraße 1. — Vergnügungsv. „Ingwelde", Schulz, Dunckerstr. 90. — Theaterv. „Vorwärts", Jonas, Gr. Frankfurterstr. 42. — Theaterv. „Schiller", Garbriel, Wildenowstr. 5. — Theaterv. „Alpenrose", Eisenbahnstr. 44. — Geselliger Klub „Neptun", Rohstr. 3. — Theaterv. „Amorella", Britzerstr. 19. — **Montag:** Theaterv. „Weiße Rose", Reichenbergerstr. 19. — Vergnügungsv. „Bavaria", Schulz, Dunckerstr. 90. — Rauchkl. „Portorico", Bülowstr. 46. — Zithervereinigung „Tyrol", Waldemarstr. 13.

Arbeiter-Turnerbund. Sonntag: Turnv. „Fichte", Lichtenberg, Alche, Weißenseer Weg; jeden Sonntag von 3 Uhr an volksthümliches Turnen. — **Montag:** Turnv. „Fichte", Berlin, abends von 8—10 Uhr, 7. Männer-Abth., Reichenbergerstr. 131; 2. Damen-Abth., Ackerstr. 67.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen sind zu richten an E. Brakke, Schulstr. 24. **Montag:** „Neptun", Kommandantenstr. 7—9, abds. 7½ Uhr, Uebungsstunde.

Vergnügungs-Verein „Alemania". Heute Gesellschaftsabend im Englischen Hof, Neue Rohstr. 3. Anfang 6 Uhr.

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Montag, den 28. März, abends 8½ Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Rutkowsky über: „Krankenpflege".

Allgemeine Familien-Sterbekasse. Heute Zahltag Ackerstr. 123 bei Dieke und Oranienstr. 23a bei Bukow.

Lese- und Diskutirklub. „Polnisch. Diskutirkl. „Jaroslaw Dombrowsky in Rixdorf", Prehler, Ziethenstr. 69, tagt jeden Sonntag nach dem 15., nachm. 5 Uhr. — **Montag:** „Sozialdemokr. Lese- und Diskutirkl. für den Stadtbez. 175", Buchmann, Gubenerstr. 12a, Vers. jeden 2. und 4. Montag im Monat, abds. 8 Uhr. — „Leopold Jakoby", Zippke, Markusstr. 14 (Eingang Grüner Weg), jeden Montag nach dem 1. u. 15. im Monat. — „Nordkante", Bolz, Wiesenstr. 27. — „Reimer", Seidel, Gerichtstr. 19.

Beim **Quartalswechsel** empfehlen sich folgende

Partei-Speditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtstraße 30, Hof II. — **SO.:** Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Nordost):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 8, part. im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunnen:** Wilhelm Gahmann, Grünthalerstr. 64/65. — **Rosenthaler Vorstadt** und **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Pestalozzistr. 34, Querges. part. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Kübler, Sigmaringenstr. 34 und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung" zu erhalten.) — **Rixdorf:** Ostermann, Erkstraße 6. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Belzigerstr. 59, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernfer, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. — **Baumschulenweg:** Rich. Ulbricht, Marienthalerstraße 18, I.

Außerdem ist sämmtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegen genommen.**

Um **genaue** Angabe der Adresse wird **dringend** gebeten.

Die bei dem **grossen Brande** in meinem Warenhause am **1. März d. J.** zum Theil **sehr wenig** beschädigten **Warenbestände** und andere **grosse Partie-Posten** kommen **täglich** zum **Verkauf.**

Aussergewöhnlich günstige Kaufgelegenheit für { Braut-Ausstattungen!! Neu-Einrichtungen!! den Umzug! Saison-Neuheiten!!

Fertige Wäsche.

Weisse Bettbezüge u. 2 Kissen, fertig genäht 2,20 M.
Bettlaken, 130 cm breit, 2 m lang . . . . . 1,— M.
Damenhemden aus Renforcé mit Besatz . . 50 Pf.
Damenhemden, gute Qualität . . . . . 78 Pf.
Damenhemden mit handgestickter Passe . . . 1,35 M.
Damen-Nachtjacken, weiss Pelzpiqué . . . 90 Pf.
Damen-Beinkleider aus schwerem Barchend 75 Pf.

Teppiche, Gardinen, Portièren, Tischdecken.

Sopha-Teppiche, sehr elegant . . 3,10, 3,50, 4, M.
Saal-Teppiche, extra gross . . . . 13,50, 16,50 M.
Gardinen, abgepasst, das Fenster . . . . . 1,10 M.
Gardinen, crême und weiss, das Meter . . . 23 Pf.
Möbel-Cattun, reizende Muster, das Meter . . 27 Pf.
Portièren, abgepasst . . . . . 90 Pf.
Tülldecken, weiss und crême, das Stück . . . 9 Pf.
Portièren, elegant . . . . . 2 M., 1,80, 1,35 M.
Tischdecken . . . . . 2,50, 2 M., 1,65 M.

Ein grosser Posten Sophastoff-Reste, ausreichend zu Bezügen, spottbillig!!!

Grosse reinwollene Steppdecken in allen Farben, das Stück 3,50 Mk.

Abtheilung für Confection.

	Mark.
Damen-Costüm, sehr geschmackvoll . .	6,50, 8,—
Wollenes Damencostüm, ganz gefüttert . .	12,—
Sehr elegantes Costüm, reine Wolle, ganz gefüttert	15,—
Fertige Morgenkleider, eleganter Sitz . . .	3,—
Fertige Morgenkleider aus bestem Velour . .	3,90

!! Grossartige Auswahl in hocheleganten **Morgenröcken!!**

Schürzen jeder Art, unerreicht billig!!!

Unerreicht billig!!!
Costümröcke, reine Wolle, ganz gefüttert, in allen Farben . . . 4,15 Mk.
Seidene Costümröcke, richtig weit . . . . . 13,50 Mk.

Damen-Blousen, reizende Caros 3,50
Damen-Blousen, reine Wolle, ganz gefüttert . 5,50
Seidene Damen-Blousen, sehr elegant, in grosser Auswahl.

Berühmte Spezialität der Firma:
Die schönsten Kinderkleider für **Mädchen** jeden Alters in Barchend, Wolle, Sammet und Plüsch!!
Aussergewöhnlich billige Preise.

Neu aufgenommen: **Knabengarderobe.**
Anzüge und Paletots in nur haltbaren Stoffen zu hervorragend billigen Preisen.

Abtheilung für Kleiderstoffe.

	Mark
Melirte und gemusterte Kleiderstoffe, doppeltbreit, 6 m das Kleid	1,20
Gemusterte Stoffe im englischen Geschmack, doppeltbreit, 6 m das Kleid	1,50
Velourflanelle zu Hauskleidern, 6 m das Kleid .	1,80
Reinwoll. einfarbige Cheviots, doppeltbreit 6 m das Kleid	2,70
Neue Frühjahrsstoffe in schönen Mustern, doppeltbreit, 6 m das Kleid	2,40
Elegante Neuheiten Robe 4,50, 6,—, 6,60, 7,50	

! Unglaublich billig!
Ein **grosser Posten** rein-seidener **Reste,** zu **Blousen** passend, jeder Rest 4½ Meter, zum Aussuchen durchschnittlich Stück **2,45** Mark.

Seiden-, Velour-, Moiré-Costümröcke 19,—

Ein **grosser Posten Gardinen-Reste** und abgepasste einzelne Fenster in crême und weiss, zum Theil sehr wenig beschädigt, kommen in dieser Woche zu fabelhaft billigen Preisen zum Verkauf!

Grosse Jubiläums-Woche!!!

Aus Anlass des 25jährigen Bestehens des Geschäftes gewähre ich in dieser Woche bei jedem Einkauf einen Rabatt von 5 pCt.

Warenhaus S. Heine Inh. H. Stege,

Chausseestr. 14.

Ungarwein

medizinischen, beste Qualität, à Literflasche Mk. 2,10, 5 Literflasche Mk. 9,25.

Fruchtweine

Johannisbeer-Wein, weiß und roth, Heidelbeer- u. Stachelbeer-Wein, à Flasche (3/4 Liter) 75 Pf.

Cognac

— deutscher — à Literflasche Mk. 2,10, 2,50, 3,—. Cognac fine Champagne, 3/4 Literfl. à Mk. 3,50, 4,50, 5,50.

Rum

anerkannt gut à Literflasche Mk. 1,10, 1,60, 2,10 bei Entnahme von 5 Flaschen à Flasche 10 Pf. billiger.

Stonsdorfer

Likör, à Ltr. 1,20, 5 Ltr. 5,50. Echt. alt. Nordhäuf. à L. 1,—, 5 L. 4,50 Pomeranzen, Ingber, Wachholder, Getreide-Kümmel, à Liter Mk. 1,—

Einzelne Flaschen senden durch unsere Gespanne **frei Haus.**

Eugen Neumann & Co., Berlin SW. 68.

Fernsprecher: Amt IV. 9676.

Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz **6a.** Amt IV, 3679. — Neue Friedrichstr. **81.** — Oranienstr. **190.** — Genthinerstr. **29.** — Grüner Weg **56.** — Kommandantenstr. **67.** — Wilsnackerstr. **25.** Charlottenburg: Kaiser-Friedrichstr. **48.** — Potsdam: Bäckerstraße **7.** — Schöneberg: Hauptstr. **129.** 4006G*

Zähne, künstliche, setzt schmerzlos ein, schmerzloses Zahnziehen. Theilzahlung. **Goldstein,** Oranienstr. 123. *

Otto Wetzel & Co.

Mechanische Schuhfabrik mit Dampfbetrieb

Berlin. Delmenhorst. Dortmund. Harburg. Hildesheim. Magdeburg. Sangerhausen. Wittstock. Zeitz.

Verkaufshäuser in Berlin:
Landsbergerstr. **No. 32.**
Dresdenerstrasse **No. 6.**
Wrangelstrasse **No. 114.**
Kleiststrasse **No. 22.**

Centrale: Alexanderstr. 27a (Im Edelhof).

Herrenzugstiefel, gewalkt, Lederbrandsohle, Lederkappe, von **3,00** an.
Damenschnürstiefel, Lederbrandsohle, Lederkappe, von **3,00** an.
Wir garantiren bei unserem Fabrikat **für Kernsohle, Lederbrandsohle** und **Lederkappe.** 4667L*

Afrana liefert über 2000 Stich die Minute. **Afrana** näht ohne Unterbrechung vor- und rückwärts. **Afrana** näht dicke u. dünne Stoffe gleich schön.

Zu haben bei: **Louis Blochwitz,** I. Geschäft: **Oranienstrasse 62.** II. „ **Strausbergerstrasse 26.** **G. A. Büttner,** I. Geschäft: **Alexanderstrasse 65.** II. „ **Andreasstrasse 79.**

Hermann Hirschfeldt

Kottbuser Damm 36/37, Ecke Urbanstraße.

Durch Vergrößerung meiner Geschäftslokalitäten bin ich jetzt in der günstigen Lage, meiner geschätzten Kundschaft eine **besonders reichhaltige Auswahl** der modernsten

Herren- und Knaben-Garderoben

in **nur reellen und dauerhaften Stoffen zu aussergewöhnlich billigen Preisen** empfehlen zu können. **Anfertigung nach Maaß unter Garantie für tadellosen Sitz in kürzester Zeit.**

Grosses Lager in eleganten **Herren- und Knaben-Hüten.**

Mein **Wäsche- und Wollwaaren-Geschäft** habe ich nach **Kottbuser Damm No. 32** verlegt. [2556B*] **Hermann Hirschfeldt.**

Metzner's Korbwaaren-Fabrik.

Berlin, **Andreasstr. 23,** vis-à-vis dem Andreasplatz.
II. Geschäft: **Brunnenstr. 95,** vis-à-vis Humboldh.
III. Geschäft: **Bernfelstr. 67** (Moabit).
IV. Geschäft: **Leipzigerstraße** (Spittel-Kolonnaden).

Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis.
1000 Mark zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Kinderwagen-Lager als das meinige nachweist. 4034Q*]

Als billigster Lieferant des **Rabatt-Spar-Vereins Süd-Ost** empfehle ich **Kaffee, Butter** und **Kolonialwaaren.** [2557b

Johannes Schneider,
127 Reichenbergerstrasse 127, Ecke Grünauerstrasse.

Die Möbel-Fabrik von **P. Nolte, Zionskirchstr. 40,** empfiehlt ihr reichhaltiges Lager vollständiger Wohnungseinrichtungen sowie einzelner Möbel. Theilzahl. gestattet. *

Wichtig für Brautleute!
Möbel, Spiegel, Polsterwaaren verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstätte i. Hause.
Bukow, Tischlermeister, [4648Q* Invaliden-Straße 13.

Deutsch. Porter

Dessert- u. Malzkraftbier I. Rang. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, des. f. Blutarme, Brustkranke, Bleichs., Wöchn., Rekonv. ꝛc. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., beförd. Appetit, Gesichtsf. u. Gewichtszunahm. Überr. 14 Flasch. brei, 50 zehn M. exkl. Zu Geb. (1/4, 1/2, 1/10) z. Selbstabz. wesentl. bill. Allein. Versandtst. f. Berlin u. Prov. Porterkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstraße 152.** Nichtflaschenzahl — Qual. entscheid.

62/17

Teppiche!

in Brüssel, Imitt. Tapestry, Axminster, Plüsch, Brüssel, Smyrna verkaufe in **Sophagröße à 5, 7, 10, 14—20 M. Salongröße à 10, 15, 20—50 M. Saalgröße à 25, 30, 40—100 M.** Zurückgesetzte Exemplare unter Preis! **Katalog gratis und franko.**

Sophastoff-Reste

von 4—10 Mtr. in Rips, Damast, Gobelin und Plüsch spottbillig. Muster franko.
S. Unger, Berlin S. Oranienstr. 48 Teppich- und Möbelstoff-Spezialgeschäft. 4548Q*

DAMENKLEIDERSTOFFE

in überraschend **grosser Auswahl** bei [4485Q*

S. Weissenberg,

Grosse Frankfurterstr. 125.

jeder Art gut und billig kaufen Sie wirklich am vortheilhaftesten

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Kommunale Arbeitsnachweise.

Seit dem Jahre 1893 sind städtische Verwaltungen und einzelne Bundesregierungen eifrig mit der örtlichen und territorialen Zentralisirung der Arbeitsvermittelung beschäftigt. Im Prinzipe ist der Gang der Entwickelung meist folgender: Zunächst errichten in einem Lande einzelne größere Städte kommunale Arbeitsnachweise; sehr bald stellt sich das Bedürfniß zu gegenseitigem Anschlusse und Erweiterung der Thätigkeit auf das umliegende Produktionsgebiet heraus und hieraus ergiebt sich dann unter Mitwirkung der staatlichen Organe die Zentralisation der Arbeitsnachweise in einem größeren Bezirke. So haben Württemberg, Baden, in neuester Zeit auch Bayern einen über das ganze Land hin sich erstreckenden Dienst der Arbeitsvermittelung.

Liegt es nun im Interesse der Arbeiter, daß der Arbeitsnachweis ein öffentlicher ist und unter der Mitwirkung einer Behörde erfolgt? Diese Frage wird nur vergleichsweise zu beantworten sein. Wir werden sie zu bejahen haben, wenn der kommunale Nachweis einen Fortschritt gegenüber den bisherigen Formen der Arbeitsvermittelung darstellt. Da kann es nun keinem Zweifel unterliegen, daß ein öffentlicher, zumal unentgeltlicher Arbeitsnachweis den Vorzug vor der sehr ausgebreiteten Umschau und dem privaten Stellenvermittler-Gewerbe verdient. Verlieren bei der ersteren Form die Arbeiter unnöthig viel Zeit, so bei der letzteren Zeit und obendrein erheblich noch Geld. Freilich spielt im modernen gewerblichen Leben eine andere Form der Arbeitsvermittelung noch eine hervorragende Rolle, und das ist der entweder von Arbeitern oder von Unternehmern geleitete Nachweis. Bei ihm ist die Vermittelung der Arbeit nicht so sehr das Hauptziel, als Mittel zu einem besonderen Machtzweck. Die Unternehmer wollen den Arbeitsnachweis in ihren Händen haben, um sich gefügige Arbeiter zu schaffen; die Arbeiterorganisationen dagegen erblicken in ihren Nachweisen ein Gegenmittel gegen den Druck seitens der Unternehmer. Nun ist es wohl schwer, in den Gewerben und Orten, wo solche Nachweise bestehen, diese zu veranlassen zu Gunsten eines öffentlichen Nachweises ihre Thätigkeit einzustellen. Denn keine Seite wird geneigt sein, auf eine Portion Macht, die ohne Widerrede durch die Beherrschung des Arbeitsnachweises gegeben ist, mir nichts dir nichts zu verzichten. Es werden sich aber wohl Mittel und Wege finden lassen, solche Arbeitsnachweise vorläufig in das System der Zentralisirung, bei voller Wahrung ihrer Selbständigkeit, einzubeziehen. Es handelt sich daher nur darum, ob für die Gewerbe und die Orte, wo solche von Unternehmern oder Arbeitern geleitete Nachweise nicht bestehen, ein öffentlicher Arbeitsnachweis anzustreben ist oder ob man es dem Kampfe zwischen Unternehmern und Arbeitern überlassen soll, wer endgiltig in den Besitz des Arbeitsnachweises gelangt. Und da scheint es uns allerdings besser zu sein, den Arbeitsnachweis als solchen dem Kampfe möglichst zu entziehen. Denn einmal ist die Thatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß Unternehmernachweise ebenso gegern von den Arbeitern wie Arbeiternachweise von den Arbeitgebern benutzt werden. Dadurch allein schon ist die Bedeutung und Wirksamkeit dieser Nachweise beschränkt, ja oft recht kümmerlich. Sodann aber werden wir durch die Erklärung der Arbeitsnachweise zu vorläufigen Kampfobjekten nie und nimmer zu einem zentralistischen System kommen, durch das eine schnelle Ausgleichung zwischen Arbeitsangebot und Nachfrage ermöglicht wird. Der Arbeitsnachweis wird nie, was er doch seiner Natur nach sein soll, Selbstzweck sein, sondern nur zu machtpolitischen Zielen dienen. Außerdem glauben wir noch nicht, daß durch die Errichtung öffentlicher kommunaler Arbeitsnachweise die gewerkschaftliche Position der Arbeiter irgendwie geschädigt werden kann; im Gegentheil, wir haben die Zuversicht, daß durch eine zentralistische Ausgestaltung der Arbeitsvermittelung die Organisationen der Arbeiter weit mehr als heute im stande sind, bei Streitfragen, Lohnbewegungen u. s. f. auf die Masse der Arbeiter bestimmend einzuwirken als bei den jetzigen Formen der Arbeitsvermittelung. Die Zentralisation gestattet eben in viel höherem Grade, als das jetzt der Fall ist, die Kontrolle der Organisation über die Arbeiter am Orte: die Zentrale der Arbeitsvermittelung gestattet z. B. bei Streiks eine allgemeine Bekanntgabe der einschlägigen Verhältnisse nicht nur am Orte selbst, sondern an allen näheren und ferneren Nachweisen auf dem kürzesten und bequemsten Wege.

Aus diesen kurz skizzirten Gründen möchten wir für öffentliche Kommunalnachweise vom Standpunkte der Arbeiter plädiren. Freilich müssen solche Nachweise ganz bestimmte Forderungen erfüllen, bevor die Arbeiter sich mit ihnen einverstanden erklären, bevor sie dieselben benützen dürfen. Und darauf ist um so mehr zu sehen, als sich schon jetzt bei den jungen Institutionen Bestrebungen geltend machen, die darauf hinauslaufen, die öffentlichen Nachweise zu Ungunsten der Arbeiter in den Dienst des Unternehmerthums zu stellen. Vielleicht mag das mit daher rühren, daß die Arbeiter bis jetzt mit noch wenig Initiative der Frage der Organisation und Zentralisation des Arbeitsnachweises sich zugewendet haben. Erst in allerjüngster Zeit kümmern sich auch die Gewerkschaften aus eigenem Antrieb für die Regelung der Arbeitsvermittelung und stellen sie in den Mittelpunkt einer energischeren Agitation. Aber eben nur dadurch, daß die organisirten Arbeiter selbst die Forderung öffentlicher Arbeitsnachweise aufstellen, daß sie dort, wo solche bestehen, energisch über eine unparteiische Weiterentwickelung wachen, wird es möglich sein, manche städtischen Behörden von einem arbeiterfeindlichen Ausbau der kommunalen Nachweise zurückzuhalten. So sind in letzter Zeit Dinge vorgekommen, die die ganze weitere Entwicklung gefährden würden, wenn sie Nachahmung fänden. In Nürnberg haben sich z. B. die städtischen Behörden geweigert, bei Streiks auf dem Arbeitsamte den Arbeitsuchenden bekannt zu geben, daß Differenzen am Orte bestehen. Auf diese Weise würden die Arbeitsnachweise zu direkten Züchtungsanstalten für Streikbrecher. Ferner hat man in Köln ein Zeugnißarchiv eingerichtet, an dem Abschriften von Arbeiterzeugnissen zur Einsichtnahme für Fabrikanten ausgelegt werden. Hieraus könnte sich mit Leichtigkeit ein wohlgepflegtes System von Listen entwickeln, die die schwarzen Listen an Niederträchtigkeit überbieten würden. Kein Arbeiter wird angestellt, wenn er nicht bestimmt lautende Zeugnisse vorzuzeigen vermag! Welche Perspektive für Leute wie Kühnemann und Stumm!

Das sind Vorkommnisse, denen seitens der Arbeiter der ernstlichste Widerstand entgegengesetzt werden muß. Bis jetzt ist es noch möglich, eine derartige Entwickelung zu hintertreiben. Die Bewegung hat insofern gut eingesetzt, als man von vornherein die Verwaltung der kommunalen Nachweise der Regel nach so gestaltet hat, daß an ihr Unternehmer wie Arbeiter unter dem Vorsitze eines Beamten zu gleicher Zeit betheiligt sind. Das ist die Grundbedingung, ohne deren Erfüllung kommunale Arbeitsnachweise von den Arbeitern rundweg ignorirt werden müssen. Diese Forderung wird im Prinzip und meist noch in der Praxis den Arbeitern auch ohne weiteres zugestanden. Einigen Streit dagegen, der immer noch nicht entschieden ist, rief die sogenannte Streikklausel hervor. Die Arbeiter verlangen, daß bei einem Streik der Nachweis seine Thätigkeit in der Branche, wo Differenzen ausgebrochen sind, einstellt. An dieser Forderung scheitert noch sehr oft die Errichtung von Arbeitsnachweisen. Wir wollen die schwierige Frage nicht kurzer Hand entscheiden. Indessen sei darauf hingewiesen, daß in manchen Städten die organisirten Arbeiter ihre Rechte sehr wohl auch ohne Streikklausel gewahrt finden, wenn nur im Arbeitsnachweis sofort bekannt gemacht wird, daß und wo Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern bestehen. Mehr kann eigentlich auch der unparteiische Nachweis nicht leisten. Er kann nicht in das Recht des einzelnen Arbeiters eingreifen und ihm seinen freien Willen hemmen. Wenn dem Arbeiter gesagt wird, daß in einer Fabrik, wo Arbeiter gesucht werden, zur Zeit ein Streik besteht, so liegt es am Arbeiter, nicht am Nachweis, wenn er doch Streikbrecher wird. Daran wird er auch nicht gehindert, wenn der Nachweis seine Thätigkeit überhaupt einstellt.

Wenn aber unter solchen Voraussetzungen, wie hier angedeutet, öffentliche Arbeitsnachweise eingerichtet, diese mit Mitteln der Gemeinde, des Staates und Reiches in ein wohlzentralisirtes, rasch funktionirendes System gebracht werden, so sind wir allerdings der Ueberzeugung, daß damit nicht nur dem einzelnen Arbeiter, der Stellung sucht, gedient wird, sondern daß auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung eine stets sichere Grundlage zur Erkenntniß der Lage des Arbeitsmarktes und damit zu einer richtigen Inangriffnahme ihrer Aktionen erhält.

Soziale Rechtspflege.

Bei der Herstellung anständiger Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat nach einem Ausspruch des Vorsitzenden Hellwig das Gewerbegericht mitzuwirken. Folgender Fall gab Herrn Assessor Hellwig den Anlaß dazu, sich so zu äußern. Frau Walter, die Inhaberin einer Wäschenäherei, hatte die Näherinnen E. und M., zwei noch ziemlich junge Mädchen, verklagt, weil sie vor Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit verlassen hatten. Sie beanspruchte als Buße je 9 M. Die Beklagten wandten dagegen ein, sie wären, nachdem sie selbst gekündigt hatten, so behandelt worden, daß sie es nicht bis zum Ablauf der Kündigungsfrist hätten aushalten können. Sie seien beschimpft worden und Herr Walter habe vor der einen ausgespuckt. Beim Gericht war ein anonymes Schreiben eingelaufen, angeblich verfaßt von einer noch bei Walter beschäftigten Arbeiterin, worin die Behandlung der Beklagten als niederträchtig bezeichnet und von Herrn Walter behauptet wurde, er habe in seinem Aerger über die Kündigung der Mädchen gesagt, sie würden schon noch mit sechs Mark die Woche nach Hause gehen. Eine Zeugin sagte folgendes aus: Die Beklagte E. habe sich während der Arbeit ungenirt mit einer Kollegin unterhalten und mehrfach „gegrient", worauf ihr Frau Walter gesagt habe, sie solle ihre Frechheiten auf dem Wedding lassen. Und der Beklagten M., die öfter zu spät gekommen sei, habe Frau Walter vorgehalten, sie solle pünktlicher sein und sich nicht immer herumtreiben. Die Kammer I des Gewerbegerichts wies die Klägerin ab. Assessor Hellwig führte aus: Die Beklagten hätten sich allerdings auch gerade nicht so benommen, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. Indessen habe die Klägerin als Arbeitgeberin die doppelte Pflicht, sich in ihren Ausdrücken in acht zu nehmen. Die Worte „Lassen Sie ihre Frechheiten auf dem Wedding", seien eine grobe Beleidigung. Es könne auch nicht gebilligt werden und sei eine Ehrverletzung, wenn Frau Walter dem anderen, kaum der Schule entwachsenen Mädchen vorwerfe, sie treibe sich umher. Wie traurig und bedauernswerth es auch sei, daß sich so junge Mädchen, wie die Beklagten, nicht schicklich benähmen, so sei dies für die Entscheidung dieses Rechtsstreites doch unerheblich. Die von der Beklagten ausgestoßenen Beleidigungen hätten sie berechtigt, die Arbeit sofort niederzulegen. Die Abweisung der Frau Walter habe schon im Interesse der Herstellung anständiger Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erfolgen müssen.

Gewerbekrankheit oder Betriebsunfall? Wegen eines Augenübels verlangte der Mälzer Heise von der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft eine Unfallrente. Der Kläger führte das Leiden auf seine letzte Thätigkeit in der Brauerei Bodenstein in Magdeburg zurück. Er sei gezwungen worden, aus einem Kessel den Kesselstein zu entfernen, obwohl er um Ablösung gebeten habe. Der angrenzende Kessel sei geheizt gewesen so daß er bei einer Temperatur von annähernd 40 Grad Wärme habe arbeiten müssen. Wahrscheinlich habe er sich erkältet. Am 1. Juli 1897 hätten ihn seine Mitarbeiter darauf aufmerksam gemacht, daß das rechte Auge nach außen abgelenkt sei. Er habe auch Flimmern gehabt und das Sehvermögen des Auges sei bald ganz erloschen. Am 11. Juli wurde Heise in die Universitäts-Augenklinik zu Halle aufgenommen. — Die Berufsgenossenschaft lehnte es ab, eine Rente zu zahlen. Sie machte geltend, es sei auf keinen Fall ein Betriebsunfall anzunehmen. Wenn wirklich eine Erkrankung vorläge, die ihre Ursache in dem Arbeiten in übergroßer Wärme hätte, so wäre selbst dann von keinem Unfall zu reden, sondern nur von einer Gewerbekrankheit, das heißt von einem während der fraglichen Zeit allmälig aufgetretenem Leiden im Gegensatz zu einer plötzlichen und gewaltsamen äußeren Einwirkung. Der Kläger legte Berufung ein und berief sich auf Dr. Landmann, den Assistenzarzt an der Augenklinik in Halle. Dem Schiedsgericht lag dann ein Gutachten dieses Herrn vor, worin der Arzt unter ausführlicher Beschreibung der Erkrankungserscheinungen feststellte, daß es sich um eine Lähmung der mit dem Auge verbundenen Muskeln handele. Die Ursache hiervon sei eine Erkrankung der Nerven, welche, direkt vom Gehirn kommend, die Muskeln versorgen. Die Nervenerkrankung aber sei zu erklären aus einem Entzündungsprozeß an der Basis des Gehirns. Solche Entzündungen könnten durch Erkältung entstehen. Sache der Beweiserhebung sei es, zu erforschen, ob hier eine im Betriebe zugezogene Erkältung die Ursache sei. Das Schiedsgericht wies den Anspruch Heise's aus denselben Gründen wie die Berufsgenossenschaft zurück. Heise legte dann noch Rekurs ein und behauptete vor dem Reichs-Versicherungsamt, bei der Arbeit seien ihm fortwährend Stückchen Kesselstein in die Augen geflogen, und der Stein sei giftig. Das Reichs-Versicherungsamt erkannte jedoch ebenfalls zu seinen Ungunsten, indem es auf das Gutachten und auf die Ausführungen der Berufsgenossenschaft verwies.

Haftung des Arbeitgebers für Unterlassungen von Mittelspersonen. Der Maurer B. klagte gegen den Maurerpolier Bahr beim Gewerbegericht und verlangte einen Restlohn mit der Begründung, daß der Beklagte das Geld vom Bauherrn erhalten, an ihn aber nicht abgeliefert habe. Bahr machte dagegen geltend, er habe für den Kläger und zwei von diesem angenommene Arbeiter beim Restaurateur „gut gesagt" und sich gemäß einer Verabredung mit dem Kläger durch die Zurückhaltung von 27 Mark nur schadlos gehalten. Die Kammer III des Gerichts wies die Klage aus folgenden Erwägungen zurück. Bahr sei nicht der Arbeitgeber des Klägers, sondern nur eine Mittelsperson zwischen ihm und dem Arbeitgeber, dem Bauherrn; er könne deshalb nicht vor dem Gewerbegericht verklagt werden. Im übrigen werde der wirkliche Arbeitgeber von seiner Verpflichtung, den vollen Lohn an den Arbeiter zu zahlen, noch nicht dadurch entbunden, daß er einer Mittelsperson, wie dem Polier, das Geld zur Auszahlung an den Berechtigten einhändige. Diese Verpflichtung des Arbeitgebers sei in einem solchen Falle erst erfüllt, wenn der Arbeiter den vollen Betrag von der Mittelsperson empfangen habe. Selbst eine Verabredung, wie die hier vom beklagten Polier behauptete, entbinden den eigentlichen Arbeitgeber nicht von seiner Verpflichtung. Also könne der Kläger B. von dem Arbeitgeber die nochmalige Zahlung des ihm vom Polier vorenthaltenen Lohnbetrages fordern.

Einen beachtenswerthen Rechtsfall erledigte das Reichs-Versicherungsamt unter dem Vorsitz des Präsidenten Gäbel. In Landgemeinden ist es vielfach Sitte, bei großem Schneefall die Straßen und Wege durch Befahren mit sogenannten Schneeschlitten, die der Gemeinde gehören, in passirbaren Zustand zu versetzen. Am 30. Januar 1897 hatten der Landwirth Kleffmann und einige andere Leute den Gemeindeschlitten ihres Wohnortes zu diesem Zwecke zu führen. Während Kleffmann auf dem Schlitten saß, lief sein schulpflichtiger Sohn nebenher. Kleffmann machte den Versuch, den Jungen auf den Schlitten zu heben. Im selben Augenblick zogen die Pferde besonders kräftig an, so daß K. durch den unerwarteten Ruck das Gleichgewicht verlor, auf ein Seitenbrett fiel und eine Rippenverletzung erlitt. Er wandte sich wegen einer Unfallrente an die Tiefbau-Berufsgenossenschaft, deren Mitglied die Gemeinde ist, für welche er den Schlitten in Tagelohn geführt hatte. Die Berufsgenossenschaft wies den Anspruch zurück und das Schiedsgericht verwarf die Berufung des Klägers. Beide Instanzen gingen davon aus, daß ein entschädigungspflichtiger Betriebsunfall deshalb nicht vorliege, weil das Heraufheben des kleinen K. auf den Schlitten mit dem Betriebe nichts zu thun hätte. Vor dem Reichs-Versicherungsamt erzielte der Kläger jedoch ein obsiegendes Erkenntniß, die Rente wurde ihm mit folgender Begründung zugesprochen. Selbst wenn der Kläger seinem Kinde nur ein Vergnügen hätte machen wollen, wäre doch nicht anzunehmen, daß er sich dadurch außerhalb des Betriebes gesetzt hätte. Es sei noch kein Austritt aus dem Betriebe, wenn der Betriebsarbeiter einen Augenblick eine Handlung vornehme, die vielleicht nicht ausschließlich oder vorzugsweise durch die Rücksicht auf den Betrieb bedingt gewesen sei. Die Betriebsbeschäftigung sei eine fortdauernde gewesen, wenn auch die Ablenkung der auf das Gespann zu richtenden Aufmerksamkeit fahrlässig oder unbesonnen genannt werden könne. Auch sei der ursächliche Zusammenhang des Unfalles mit dem Betriebe anzuerkennen. Die Schwere der Verletzung sei wesentlich bedingt gewesen durch die Beschaffenheit des Schlittens und die besondere Art seiner Fortbewegung, bei der es unvermeidlich sei, daß die Pferde durch unvermuthetes stärkeres Anziehen plötzliche Erschütterungen herbeiführten. Die Verletzung hätte vielleicht auch eintreten können, wenn K. in solchem Moment zufällig aus einem anderen Grunde aufgestanden wäre.

Briefkasten der Redaktion.

K. S., Hartwich., E. F., O. S. 99., Mehnert. Nein. — **R. Sch. 28.** 1. Nur das Recht auf Anstellung einer Beleidigungsklage. 2. Nein. 3. Nein. — **S. W.** 1. Nein. 2. Ja: pro Kopf 50 Pf. 3. Ja: Schreibgebühren. — **A. M.** 1. Nein. 2. Von Schott. 3. Ja. 4. Ja. 5. Verlangen Sie gerichtliche Entscheidung. — **P. S. 13.** 1. Das Feiern war nicht geboten, sondern freier Wille. 2. Solche Aehnlichkeiten sind, soweit sie vorkommen, zufällige. — **F. W. 59.** Erst nach rechtskräftiger Entscheidung hat der Vormund zu zahlen: er ist also im Recht. — **J. Egert.** Nach der Entstehungsgeschichte, der Absicht und dem Wortlaut des Artikel 31 der Reichsverfassung muß allerdings auf Verlangen des Reichstages auch eine Strafhaft unterbrochen werden. Die Behörden, und seit einigen Jahren auch der Reichstag, sind aber anderer Ansicht. Eine Entscheidung des Reichsgerichts ist in dieser Frage nicht ergangen. — **E. S. 119.** 1. Die Bewilligung des Armenrechts zur Klagen beraubt niemand des Wahlrechts. 2. Wenn die Unterstützung im letzten Jahre erfolgt ist: ja. 3. Rechtskraft tritt einen Monat nach erfolgter Zustellung in Ihrem Falle ein. — **Arthur L.** 1. Leider hätte eine Klage wenig Aussicht auf Erfolg. 2. Der Vertrag besteht weiter. Es ist der Lohn auf mindestens sechs Wochen zu zahlen, auch wenn Entlassung wegen Krankheit eintreten sollte. — **Wierschop 153.** 1. Anmeldung genügt. 2. Genehmigung muß für solchen Fall nachgesucht und Steuer gezahlt werden. 3. Ja. Wegen der Schriften wenden Sie sich am besten direkt an Genossen Lesche. — **H. N.** 1. und 2. Nein. — **P. D., Wrangelstr.** Sie müssen beantragen, zwei Urtheilsausfertigungen Ihnen zu ertheilen und dann einen Gerichtsvollzieher mit Zustellung des Urtheils beauftragen. — **J. H., T. Sch. 45. W. D.** Nein. — **Rixdorf.** 1. Ja. 2. An die Katasterbehörde. 3. Das wird Ihnen auf Anfrage beim Katasteramt mitgetheilt. — **T. 50.** Der Vormund soll beim Amtsgericht auf Alimentenzahlung klagen, sich aber zuvor vom Vormundschaftsgericht bescheinigen lassen, daß sein Mündel unvermögend ist und unter Ueberreichung dieser Bescheinigung gleichzeitig mit Anstellung der Klage Ertheilung des Armenrechts beantragen. — **A. S. 100.** Wenn die Verpfändung in giltiger Weise erfolgt ist, so geht bei der Zwangsversteigerung der andere Gläubiger vor. — **100 B.** B. hat recht. — **100 R.** Der Budiker würde die Klage gewinnen, zahlen Sie also lieber zuvor. — **A. Barmstedt.** Die Klage könnte (nur gegen den Führer des Fuhrwerks) mit einiger Aussicht auf Erfolg angestrengt werden, wenn zu beweisen ist, daß entgegen einer Polizeiverordnung die Absträngung und Beleuchtung unterlassen ist. — **F. St.** Richten Sie einen schriftlichen Antrag auf Zahlung an das Gericht, vor das Sie geladen waren. — **C. L. 50.** Ein nicht bei Gericht niedergelegtes Testament hat hier keine Giltigkeit. Sprechen Sie zur eventuellen Klarlegung des Sachverhalts gelegentlich in der Sprechstunde vor. — **Th. R. 45.** Wiederholen Sie die Anfrage unter voller Darlegung des Sachverhalts oder sprechen Sie in der Sprechstunde vor. — **F. F. 50.** Eine Klage auf Schadensersatz hat Aussicht auf Erfolg. — **Rzechtalski.** Klage wäre wegen mangelnder Schriftlichkeit aussichtslos. — **100 S.** Auch bei Darlegung, welche Substanzen das sog. Geheimmittel enthält, ist Betrug und Betrugsanklage möglich. — **E. B. 1000.** Nein. — **W. Sch.** Ja. — **C. S. 68.** 1. Solche Verordnung besteht unseres Wissens nicht. 2. Eine Klage wäre nicht ohne Aussicht auf Erfolg. — **R. B., Rixdorf.** Ihre Ansicht ist allerdings zutreffend, es haben aber Gerichte auch im entgegengesetzten Sinne entschieden. — **M. 100.** Eine Klage auf Beseitigung des Lärms kann in Ihrem Fall Erfolg haben. — **74. M. S.** In 5 Jahren. — **W. R. 100.** 1. Lattenarrest und körperliche Züchtigung bestehen als Disziplinarmittel für Strafanstalten innerhalb Deutschlands noch für Preußen, Mecklenburg, Sachsen und Hamburg; die Bundesrathsvereinbarung über Strafvollzug will diese humanen Strafmittel aufrechterhalten. 2. Innerhalb 14 Tagen: alljährlich. 3. Um Einheitlichkeit für die verschiedenen Landestheile nach dieser Richtung hin zu schaffen. — **K. J. 6.** Ja: Genehmigung ist nur selten der Friedhofsverwaltung erforderlich. — **A. M. 88.** Innerhalb zehn Jahren. — **M. M. 16.** Ja. — **200 Lucie.** 1. und 2. Wenden Sie sich direkt an den Inhaber. 3. Ja. 4. Etwa 120 M. 5. Nein. — **799. L. F.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Wird in fast jeder Freitagsnummer veröffentlicht. — **W. Sch. 43.** Sie haben in Ihrem Falle keine Unannehmlichkeiten zu erwarten, Ihr Amt als Pfleger ist erloschen. — **W. S. 8.** Wenn er 21 Jahre oder älter ist, kann er klagen. — **K. M. Moabit.** Schreiben Sie an die Invaliditätsanstalt, daß die Rente an Ihrem neuen Aufenthaltsort Ihnen gezahlt werde; das genügt. — **Alter Ab. 7.** 1a. 6 Wochen zum Quartalsersten. 1b. 14 Tage. 2. Nein. — **236 Rixdorf.** 1. Schuldschein. 2. Verpflichtet ist er hierzu nicht. 3. Nein. 4. Etwa 3 M. Stempelkosten. — **A. Z. 38.** Nein. — **Pankow 22.** Der Betreffende muß erst klagen. — **C. W., Köpenick.** 1. Für die Kinder ja, für die Frau nur dann, wenn sie zurückkehrt. 2. Scheidung ist unter diesen Umständen möglich. — **45 B. S., A. M. 33.** Sprechen Sie zur Klarlegung gelegentlich in der Sprechstunde vor. — **C. H. Grimm.** Falls in dem Lehrvertrag nichts anderes vereinbart ist: 1. Ja. 2. Gesetzliche Ausgehzeit besteht nicht. 3. Für ärztliche Pflege ist Sorge zu tragen. — **B. B.** Ein Auslandspaß ist nicht erforderlich, aber zweckmäßig. Wenden Sie sich an Ihre Polizeibehörde. — **R. 100.** 1. Ja. 2. Nein. — **P. J.** Eine Strafanzeige gegen Sie aus dem beregten Grunde wäre voraussichtlich erfolglos; aber mit Sicherheit läßt sich der Ausgang eines Strafverfahrens nie voraussagen. — **W. T.** Wird aufgenommen. — **A. W. 96 und 5611.** Der sozialdemokratische Antrag auf unentgeltliche Desinfizirung der Wohnung bei ansteckenden Krankheiten ist von den Wadelstrumpf-Vertretern der Stadt vor einigen Jahren abgelehnt. Kommen Sie beim Magistrat um Niederschlagung der Kosten ein. — **H. 25.** 1. Nein. 2. Hinterlegungsstelle (Moabit). 3. Sie können im vorliegenden Falle Schritte mit Aussicht auf Erfolg nicht unternehmen. Zwar steht Ihnen an sich das Recht auf Klage gegen den Klopfgeist zu. Aber ebenso wie gegen Klavierspielen und anderen Geräuschen hängt die Entscheidung des Richters davon ab, ob das Geräusch ein für eine Großstadt ungewöhnliches stürmendes ist. Das wird geräuschvollen Arbeiten gegenüber im allgemeinen nur angenommen, wenn sie aus Chikane oder in der Nachtzeit vorgenommen werden. — **F. St. 87.** Eine Schonzeit für Steuerpflichtige giebt es im Fiskalstaat Preußen auch denen gegenüber nicht, die eben von dem Dienst in den Ferienkolonien heimkehren. — **Hermann B.** 1. Ja: dem Wirth steht ein Zurückbehaltungsrecht wegen Zechschulden zu. 2. Sie können die Beleidigungsklage anstellen. — **Alter Abonnent.** Nein. — **A. G., Rummelsburg 1000.** Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde vor. — **H. 17.** Sie leben hier ohne weiteres außerhalb Gütergemeinschaft. — **H. F. 1.** Die Verjährungszeit für gekaufte Waaren, die nicht zum Gewerbebetrieb entnommen sind, beträgt hier zwei Jahre vom Ablauf des Jahres ab gerechnet, in dem die Waaren entnommen sind oder die Schuld anerkannt ist. — **Sperling.** Für die letzten fünf Jahre können 5 pCt. beansprucht werden. — **A. B. 105.** 1. Anmeldung muß stets erfolgen. 2. Die Arbeiterin kann sich selbst unter Beifügung von Zusatzmarken weiter versichern. — **W. C., Reinickendorf.** Die Wohnung ist nach dem 1. April zu repariren, die Schwester ist an den Antrag gebunden. — **F. St. in B.** 1. Leider scheint Verjährung vorzuliegen: Sie könnten trotzdem den Versuch machen, die weitere Benutzung des Weges zu untersagen und event. zu klagen. 2. Das Zufuhrrecht müssen Sie dem Dritten lassen. — **Wette.** 1. Ja. 2. Nein. — **G. G.** 1. Ja. 2. Ja. 3. Oberstaatsanwaltschaft. 4. Beim Polizei-Präsidenten. — **Steglitz 40.** Der von Ihnen beschriebene Miethsvertrag dauert ein Jahr lang und müßte spätestens in den drei ersten Quartalstagen gekündigt werden.

Durch den Kampf gegen die Schleudergeschäfte,

den ich vor einigen Jahren unternahm, habe ich mir einen größeren festen Kundenkreis, ebenso auch den Dank vieler Geschäftsleute erworben. Dieses ermuntert mich immer wieder, das geehrte Publikum darauf hinzuweisen, vorsichtig beim Einkauf speziell von Herren- und Knaben-Garderobe zu sein. Die marktschreierischen Ankündigungen obiger Geschäfte sind nur auf Täuschung des Publikums berechnet. Jeder denkende Mensch muß sich sagen: reelle Waaren kosten reelles Geld; somit kauft derjenige am billigsten, der auf solche Anpreisungen nicht hineinfällt und seinen Bedarf nur in anerkannt reellen Geschäften deckt. Ein zufriedener Kunde ist die beste Empfehlung. Der langjährige gute Ruf meiner Firma ist eine Folge der gewissenhaften Bedienung meiner weitverbreiteten Kundschaft. Meine fünf großen Schaufenster zeigen dem geehrten Publikum reelle Waaren zu festen, aufs billigste berechneten Preisen. Die ausgestellten Kleidungsstücke sind in allen Größen vorräthig; ebenso reichhaltig ist mein Lager in- und ausländischer Stoffe für Anfertigung nach Maaß. Die Werkstatt befindet sich im Hause; sämmtliche Sachen werden unter meiner Aufsicht ausgeführt und übernehme ich für meine Waare volle Garantie. Zwecks ungenirter Anprobe sind Ankleide-Zimmer vorhanden. Bei vorkommendem Bedarf ist die Besichtigung meiner Waaren, damit sich ein Jeder von der Wahrheit meiner Offerte überzeugen kann, auch ohne Kaufzwang gestattet. Hochachtungsvoll! 4486L*

Karl Zobel, Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft, Berlin SO., Köpnickerstr. 121,
Ecke Michaelkirchstraße.

Vorzügliche
Mandarinen-Daunen
Pfd. **2 Mk. 50 Pf.**
von wunderbarer Füllkraft, **nur so billig** infolge des großen Umsatzes in meinen vier Geschäften.
Bettfedern, Daunen und fertige Betten
verkauft und versendet ebenfalls am billigsten das **Spezialgeschäft** von
L. Beutler, Berlin,
Hauptgeschäft: **Ackerstr. 28,** Ecke Invalidenstr. 2. Gesch.: **Mariannenstraße 10.** 3. Geschäft: **Kurfürstenstraße 25.** 4. Gesch.: **Reinickendorferstr. 64c.** Tel.: Amt 3 5301.

Enorme Vorräthe **zurückgesetzter**
Teppiche!!
Portièren!!
Gardinen!!
Steppdecken!!
erstaunlich **billig.**
Teppich-Haus Emil Lefèvre, Berlin S
Oranienstr. 158.
Prachtkatalog
mit buntfarbigen Teppich-Illustrationen, sowie zirka 200 Gardinen- und Portièren-Abbildungen in künstlerischer Ausführung auf Wunsch gratis und franko! 4024L*
Grösstes Teppichhaus Berlins.

Trauringe
à Dukaten 900/1000 **10 Mark.**
H. Gotthilf, Goldschmiedemeister,
Alexandrinenstraße 64.
*) Ecke Dresdenerstraße.

Theilzahlung monatl. 10 Mk. liefert **Herren-Garderobe** nach Maaß **Tomporowski, Stralauerstr. 56** (Laden). *

Kinderwagen mit u. ohne Schutzvorrichtung. **Schutzvorrichtung allein 3,50,** dieselbe verhindert das Herausfallen der Kinder. **Kinder-, Puppen-, Kasten-, Leiter- u. Sportwagen** stets 2000 Stück am Lager von 10, 12, 15 M. bis zu den elegantesten. Versandt nach außerhalb ab Fabrik. Musterbuch gratis. **Theilzahlung gestattet.** Woche 1 M.
F. Bergmann, Andreasstraße 53, part. u. 1. Etage, **ältestes Geschäft Berlins.**

Möbel,
Spiegel u. Polsterwaaren reell, zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermstr.
Rixdorf, Richardstraße 116, am Denkmal. *

Unfallsachen, Klagen, Eingaben **Putzger, Steglitzerstr. 65.**

R. Bartsch, Innungs-Meister. **Möbel-Polsterwaaren-Fabrik**
Fernsprecher Amt 4 No. 3306
nur
Berlin S., Oranienstrasse 73,
an der Kommandantenstrasse
(früher Schützenstrasse 2, Ecke Friedrichstrasse).
Grösstes Lager bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen
von 196 bis 5000 Mark.
[4470L*

Muschel-Bettstelle m. Federboden u. Keilkissen bestem Drellbezug, Patentfedern u. Rosshaar.

Direkter Verkauf an das Privatpublikum nur im eigens dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude.

Bitte, verlangen Sie mein reich illustrirtes Musterbuch gratis und franko.

Dieses **Pancelsofa** mit Teppichdecken u. Velour-Plüsch-Einfassung, Höhe 140 cm, Breite 190 cm, **85 Mark.**
Wohnzimmer-Sofas von **Mark 33** an.

Wochentags geöffnet 8 bis abends 9½ Uhr, Sonntags 8—10 und 12—2 Uhr.

Ausnahmepreise
vom **Sonntag,** den **20.** bis **Sonnabend,** den **26. März**

Herrenstiefel

früher	7.50	8.30	9.20	11.60	
jetzt	**4.50**	**5.50**	**6.50**	**8.35 M.**	

dieselben sind mit Schaft und Gummizügen in allen Grössen und Weiten am Lager.

Damenstiefel

früher	5	6.20	7.45	8.30	9.70
jetzt	**4**	**4.90**	**5.30**	**6.25**	**7.30 M.**

in den feinsten Ausführungen.

Einsegnungsstiefel,
hochfein, sowohl für Knaben wie für Mädchen
von **4 Mk. an**
bis zu den feinsten.
4482L*

Strandschuhe und Stiefel, braun, gelb u. grün in grösster Auswahl.

Central-Leihhaus, 72 Jägerstr. 72, zwischen Kanonier- und Mauer-Strasse.
Im neu umgebauten Waarenhause. 30 helle Räume in drei Etagen.
Täglicher Verkauf von modernen Frühjahrs-Paletots und Anzügen (neu u. wenig getragen), beste Stoffe **Knaben- und Jünglings-Anzüge,**
Herren- und Damenstiefel, Fracks und Servir-Anzüge. Auch für corpulente Personen passende Sachen. **Goldene u. silberne Herren- und Damen-Uhren, Ketten und Goldwaaren.** Alles ganz besonders preiswerth.
Auch Sonntags geöffnet von 7—10 und 12—2 Uhr Mittags. **Polizeilich concessionirtes Leihhaus.**

Speck, fetter à Pfd. 55 Pf., h. 5 Pfd. 48 Pf., mager à Pfd. 70 Pf., h. 5 Pfd. 68 Pf. **Schinkenspeck** à Pfd. 70 Pf., **Halle'sche Zwiebel- und Leberwurst** à Pfd. 55 Pf., **Thüringer Rothwurst** à Pfd. 55 Pf., ff. **Leberwurst** à Pfd. 75 Pf., **Braunschweiger Mettwurst** à Pfd. 85 Pf., **Westfälische Schinkenwurst** à Pfd. 1,10 M., **Cervelat- und Salamiwurst** à Pfd. von 85 Pf. an, **Vorder-Schinken** im ganzen à Pfd. 58 Pf., **Delikateß-Schinken** ohne Knochen à Pfd. 1,05 M., ff. **Lachs-Schinken** à Pfd. 1,— M., **Schweinekamm** à Pfd. 65 Pf.
E. Klähn, Köpnickerstraße 163, Telephon: IV. 5151.

Schweitzer's Emolin
macht die Haut weiß und zart, ihr ein sammetartiges Aussehen gebend, **ohne zu fetten. Wer einmal Emolin gebraucht hat, kauft nie etwas Anderes.** In Schachteln zu 10 und 25 Pf., in Tuben zu 40 und 75 Pf. [4626L*
in allen einschlägigen Geschäften
S. Schweitzer, Berlin O., Holzmarktstr. 69/70.

Kinderwagen-Haus
August Götze, Berlin N.,
Brunnenstr. 145, Ecke Rheinsbergerstrasse.
Riesen-Auswahl in **Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten- u. Leiterwagen. Kinderholzmöbel und Klappstühle.** 4297Q*
Korbwaaren eigener Fabrik.

Fort mit den Hosenträgern! Vertreter gesucht.
Zur Ansicht erhält jeder franko geg. Franko-Rückdg. 1 **Gesundheits-Spiralhosenhalter.** Bequem, stets pass., gef. Haltg., keine Athemnoth, kein Druck, kein Schweiß, kein Knopf. Preis 1,25 M. Briefm. (3 St. 3 M. per Nachn.) **S. Schwarz,** Berlin S. 64, Neue Jakobstr. 9. [14/19*

Elegante Anzüge und Paletots.

J. Baer,
Berlin N., [4033Q*
nur Gesundbrunnen 26, Badstraße 26,
Ecke Prinzen-Allee,
empfiehlt, wie bekannt, in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen
Herren- u. Knaben-Garderobe,
— Arbeitssachen. —
Anfertigung nach Maass.

Elegante Einsegnungs-Anzüge.

Holzbettstell. mit Federbod. v. **24** Mk. an. **Betten,** Stand v. **10** an. **Kinderwagen** v. M. **10** an. Riesenauswahl! Kinderwagen und **Schlafmöbel-Bazar „Baby,** Invalidenstr. 160, a. d. Brunnenstr. **Filialen:** Alexanderstr. 44. Oranienstraße 70. Reinickendorferstraße 20E. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 22.

Auf Wunsch Theilzahlung.

Uhren-, Goldwaaren-Versand.
Baar-Verkauf u. Theilzahlung. Bestellg. briefl. **L. Bogdt,** Augustst. 92

Zähne, künstliche, setzt schmerzlos ein, schmerzloses Zahnziehen. Theilzahlung. **Goldstein,** Oranienstr. 123. *

Jeder Hausfrau empfohlen!

4608Q*
Special-Mehl-Handlung
W. Crahé,
16. Wienerstrasse 16.
39. Wrangelstr. 39.
11. Königsbergerstr. 11.

Ausverkauf!
Wegen Abbruch des Hauses **Spandauerstr. 30**
stelle ich meine **enormen Waarenvorräthe,** bestehend aus
Teppichen, Portièren, Gardinen,
Divan-, Tisch-, Reise-, Stepp-Decken, Läuferstoffen, Möbelstoffen und Plüschen,
alles vorzügliche Qualitäten, zum Theil **unter** dem **Einkaufspreise,** zum
schleunigen Verkauf.
Der geehrten **Damenwelt** bietet sich hier Gelegenheit, zum
Umzug
ihren Bedarf vortheilhaft zu decken.
J. Adler, Teppichhaus,
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.
Günstige Gelegenheit
für **Wiederverkäufer, Hotels und Pensionate.**

Von **200 Mark** an liefert eine **komplete Wohnungseinrichtung** nußbaum oder mahagoni
A. Schatz sen., Brunnenstr. **160.**

Für 25–40 M. erhält man bei mir einen eleganten Anzug nach Maass
4410L*
unter Garantie für tadellosen Sitz und gute Arbeit. **Max Rund** Alexanderstr. 38, II.

Uhren, Goldwaaren.
Grösste Auswahl zu anerkannt **billigen Preisen.** [4428L*]
H. Zimmermann,
Oranien-Str. 206, nahe Manteuffelstr.

Waarenhaus A. Matthiessen

Wilsnackerstrasse 41. Moabit. Thurmstrasse 47a.

Zum Wohnungswechsel

empfehle mein reichhaltiges Lager nachstehender Artikel **zu auffallend billigen Preisen**

Gardinen von **17 Pf.** per Meter an.
Möbelstoffe pro Meter **1,40** bis **4,50 M.**
Teppiche von **4,00 M.** an.

Bettvorleger 75 Pf. bis **3,50 M.**
Tischdecken 90 Pf. bis **12,50 M.**
Bettdecken 1,10 bis **4,00 M.**

Schlafdecken 1,40 bis **3,00 M.**
Steppdecken 2,90 bis **12,00 M.**
Läuferstoffe von **25 Pf.** pro Meter an.

Gardinenhalter von 10 Pfennig an.

In meiner Abtheilung für Kleiderstoffe habe einen großen Posten Frühjahrs-Kleiderstoffe zum Ausverkauf gestellt.

Zugleich mache ich auf meine **Abtheilung** in **Porzellan, Glas, Steingut** und **Küchengeräthen** aufmerksam.

A. Schulz,

Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik

gegründet 1878

Reichenberger Strasse 5,

zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse.

Sehr grosses Lager 4193Q*

Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen

in Nussbaum u. Mahagoni v. 240, 300, 400, 500, 600, 800—10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung. T. A. IV. No. 2395.

Eine Zuckerin-Tablette

zu 2 Pfennig

ist so süss, dass der Süsswerth von

1 Pfd. Zucker nur 12 Pfennig

kostet. **1 Liter Kaffee zu versüssen kostet nur 1 Pfennig.**

Man verlange ausdrücklich **„Zuckerin"**-Tabletten, deren Echtheit an der gesetzlich geschützten **gerieften** Form zu erkennen ist.

Zu haben bei:

Berlin N.

Central-Drogerie Dr. E. Kuhlmann, Friedrichstrasse 134. **G. A. Hesterberg,** Elsasserstr. 97 und Luisenstr. 39. **Aug. Schönebeck,** Zehdenikerstrasse 1. **P. Recollin,** Reinickendorferstr. 26a. **H. Boesefeld,** Reinickendorferstr. 14 und 29. **Hugo Schultz,** Müllerstr. 166a. **Werner Kapell,** Brunnenstrasse 118. **Albert Ramhold,** Prinzen Allee 18. **Albert Haseloff,** Wriezenerstr. 30 und Biesenthalerstr. 15. **Hermann Schusdziara,** Exercierstrasse 22. **Albert Jung,** Wörtherstr. 39 und 28. **Hugo Staab,** Marienbad-Drogerie, Badstr. 45/46. **F. W. Helmholz,** Templinerstr. 7.

Berlin NW.

Hoffmann & Schinke, Thurmstr. 77. **Sally Fabian,** Drog. z. Burggrafen, Bachstr. 11. **Rudolf Fink,** Thurmstr. 10. **E. Klüber,** Stromstr. 62. **Emil Hauke,** Bandelstr. 11 und Dreysestr. 18. **Babel & Hauke,** Wilsnackerstr. 38. **Hermann Gornick,** Rathenowerstr. 79.

Berlin W.

J. C. F. Schwartze, Leipzigerstrasse 112. **Curt Winger,** Markthalle, Mauerstrasse. **W. Marzahn,** Potsdamerstr. 16. **F. L. Harnisch,** Potsdamerstr. 22. **G. Wendler,** Matthäikirchstr. 10. **A. Freitag,** Potsdamerstr. 82. **Lützow-Apotheke,** Lützow-Platz. **Eugen Gowin,** Linkstr. 37.

Berlin SW.

Heinrich Rottmann, Blücherstr. 15. **Paul Löschen,** Fürbringerstr. 18. **W. Richter,** Halleschestr. 15. **H. Dölle Nachf.,** Kommandantenstr. 39.

Berlin S.

Hugo Wolter, Kottbuserdamm 42. **O. Knauth,** Kommandantenstr. 30. **W. Ebel,** Prinzenstr. 6 u. Gitschinerstrasse 58. **R. Seebe,** Alte Jakobstr. 71. **Albert Gehrke,** Bärwaldstr. 53.

Berlin SO.

J. Schulze. Lausitzerstr. 5/6. **A. Peglow,** Reichenbergerstr. 53, Reichenbergerstr. 1, Kottbuserstr. 4a und Görlitzerstr. 66. **Gustav Wittig,** Pücklerstr. 41 und Eisenbahnstr. 41/42. **A. Wegener,** Muskauerstr. 13. **Theodor Lott,** Manteuffelstr. 119.

Berlin O.

Adolf Wolff, Holzmarktstr. 68. **Theater-Drogerie,** Wallnertheaterstr. 18. **F. Kornstädt,** Blumenstr. 14. **H. Schmidt,** Andreasstr. 77b.

Berlin C.

Fr. Schulz, Alte Leipzigerstrasse 16. **R. Sauer,** Kaiser Wilhelmstr. 47. **Albert Tannhäuser Nachf.,** Breitestr. 18.

Charlottenburg.

Ad. Schädler, Pestalozzistr. 10. **E. Zimmerling,** Kantstrasse 150a.

Gr. Lichterfelde.

H. Kuhnert, Drakestrasse 56a und Dahlemerstrasse 77. **E. L. Grothe,** Jungfernstieg 4.

Reinickendorf.

G. Sonnenstuhl, Provinzstr. 105.

Pankow.

Hugo Lautenbach, Wollankstrasse 135. **Gebr. Hartung,** Breitestr. 16.

Rummelsburg.

Reinhold Passeck, Goethestrasse 45. **Hermann Kaltsch,** Türrschmidtstr. 1.

Spandau: Otto Nowack.

Möbel auf Theilzahlung

und ganze **Wohnungs-Einrichtungen**

bei bescheidener Anzahlung

und auf **Jahre** hinaus vertheilten Ratenzahlungen. | Lagerbesichtigung erbeten. Kein Kaufzwang.

Coulanteste und beste Bedienung.

Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht

Stets enormes Lager vom **einfachsten** bis **feinsten Genre.**

Central-Möbel-Halle

Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstrasse.

Guckel's Zahnateliers

Lausitzer Platz 2, [4275L*

Elsasserstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Bestrenommirt und wohlbekannt.

Zähne v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.

Ratenzahlung gestattet (Woche 1 M.).

!Ausschneiden!

Dieser Koupon wird mit 1 M. angerechnet.

Charlottenburg. P. Fabert, Potsdamerstr. 7. Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.

Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage. Theilzahlung gestattet. [4587Q

Bayrische Loden und Cheviots

für Herren und Damen sind, was Haltbarkeit, Eleganz und Preiswürdigkeit anbetrifft,

unerreicht!

Wir liefern zu hervorragend niedrigen Preisen Herren-Anzugstoffe, Tuche, Kammgarn, Loden und Paletotstoffe, Damentuche, Damenkleiderstoffe jeder Art und Damenloden in tadelloser, streng reeller Waare, sowie unsere berühmten **Augsburger Spezialitäten.**

Prachtvolle Muster-Auswahl franko

an Jedermann ohne Kaufsverpflichtung.

Waarensendungen von 10 Mark an portofrei. — Garantie: Umtausch oder Zurücknahme.

Lord-Cheviot, 3 Meter in schwarz, blau oder braun zu einem gediegen-eleganten Anzug **9 Mark.**

Damenloden, 6 Meter in allen Melangen, grau, grün, mode, braun 2c. zu einem gediegen-eleganten Kostüme **5 M. 40 Pf.**

RESTE von Herren- und Damenstoffen, welche sich bei uns aufhäufen, werden zu fabelhaft billigen Preisen verkauft. — Muster franko.

Anerkennungsschreiben, welche täglich in Massen aus allen Theilen des In- und Auslandes einlaufen, beweisen unsere Leistungsfähigkeit und Reellität. Jeder sollte vor anderweitigem Bezug prüfen und vergleichen. **Also verlangen Sie Muster!**

Tuchausstellung Augsburg 91

Wimpfheimer & Cie. 4556L

Größtes und ältestes Tuchversandhaus Deutschlands.

Gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.

Loh-Tannin-, Heissstrockenluft- und Dampfkastenbäder mit Verpackung, Massage. [4004Q*

Ritter-Bad, Bad Frankfurt,

18 Ritterstr. 18 (Ecke Prinzenstr.) **136 Gr. Frankfurterstr. 136.**

Bäderlieferung für sämmtliche Krankenkassen Berlins und Umgegend.

Zacherlin

wirkt staunenswerth! Es tödtet jedwede

Art von Insekten mit geradezu frappirender Kraft und rottet das vorhandene Ungeziefer schnell und sicher derart aus, daß gar keine lebende Spur mehr davon übrig bleibt. Darum wird es auch von Millionen Kunden gerühmt und gesucht. Seine Merkmale sind: 1. die versiegelte Flasche, 2. der Name „Zacherl".

Niederlagen sind in Berlin viele Hundert, jedoch wohlgemerkt nur dort, wo Zacherlin-Plakate aushängen.

Möbel und Polsterwaaren. Franz Tutzauer,

Tischlermeister, **Berlin SW., Blücherstr. 14.**

Vom 1. April 1898 ab: N. Brunnenstrasse 152.

Große Betten 12 Mk:

mit rothem, grau-rothem oder weiß-rothem Inlet

mit gereinigten neuen Federn (**Oberbett, Unterbett und zwei Kissen**).

In besserer Ausführung . . Mk. 15.—
desgleichen 1½-schläfrig . . . . „ 20.—
desgleichen 2-schläfrig . . . . „ 25.—

Versand bei freier Verpackung gegen Nachnahme.

Nichtgefallendes oder Umtausch gestattet.

Heinrich Weißenberg,
Berlin NO., Landsbergerstr. 39.

Preisliste gratis und franko.

Radikal und sicher wirkt **Tannhäuser's** preisgekrönte

Citronensaftkur,

ärztlich empfohlen gegen Magen-, Leber-, Nierenleiden, unreine Haut **Fettleibigkeit, Gicht, Rheumatismus.**

Flasche 1 M. inkl. ausführl. Broschüre u. Kurplan. 6 Fl. 5 M. Nur allein echt bei Alb. Tannhäuser Nachf., Berlin C., Breitestraße 18. Gegründet 1755. Amt V, 1729. [4484L*

Wo?

kauft man am besten und billigsten

Steppdecken.

Nur direkt in der Fabrik

B. Strohmandel, Berlin C.,

72, Wall-Strasse 72,

wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 4480Q*

Gardinen

denkbar größte Auswahl in den neuesten Mustern zu bekannt billig. Preisen

Reste

zu 1, 2 bis 4 Fenster passend, bedeutend unter Preis.

Carl Schloss,

22, Wienerstrasse 22,

1. Grünauer-Strasse 1, am Görlitzer Bahnhof.

Strickmaschinen

aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten und ein leichter Erwerbszweig f. Männer, Frauen und Posam.-Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit w. nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter **A. Homburger, Klosterstraße 63,** Berlin. Nachmittags.

Homöopath.-Klinik, Wasserheilverfahren

Linienstr. 149, 8—10, 5—7, f. Krankh. d. **Brust, Verdauungs-, Unterleibsorgane,** der **Haut, Nerven, Rheuma.**

Kur-Bade-Anstalt und Massage

für Rheuma-, Gicht- und Nervenkranke veraltete Leiden

von **H. Mania,** Brunnenstrasse No. 18. [4027Q*

Loh-, Dampf- und Heissluft-Kasten-Bäder,

Kohlensaure und andere medizinische, sowie Wannenbäder.

Lieferant u. Masseur sämmtlicher Ortskranken- u. Freier Hilfskassen

Die Filiale **nur** für Massage ist Thurmstr. 46 (4—5½ Uhr.)

Langjähriger, nicht in einigen Tagen ausgebildeter Anstalts-Masseur.

NB. Bitte meine Anstalt nicht mit der **Brunnenstr. 2** zu verwechseln

---

Bade-Anstalt Dunckerstr. 14

Lohtannin- und **Dampfkasten-Bäder.**

(Damentage: Dienstag und Freitag.)

Wannen-, sowie sämmtliche medicinischen Bäder.

Lieferant sämmtlicher Krankenkassen Berlins u. Umgeg., vom Wirthschafts-Verband des Berliner Lehrer-Vereins und Post-Spar- und Vorschuss-Vereins.

S. Neumann's Central-Bazar

62. Andreasstrasse 62.

Am **Donnerstag, den 24. März,** eröffne ich in der

Münzstrasse 20 (Ecke Kaiser-Wilhelmstrasse)

ein **zweites Geschäft,** bestehend in Glas-, Porzellan-, Emaille-, Kurz-, Galanterie- und Lederwaaren und werde mich bemühen, durch gute, preiswerthe Waare mir das Wohlwollen der werthen Kundschaft zu erwerben. 4647L*

Billiger als auf der Auction kauft man **Teppiche** 3 M. an.

Portièren **1,25,** Gardinen **1,50** Steppdecken **2,40,** Läuferstoffe am billigst. **F. Stoehr,** Königsgraben a. d. Münzstrasse.

Bettfedern-Spezialgeschäft

C. M. Schmidt,

Berlin, Andreasstr. 59, vorn 1 Tr.

Größte Auswahl gerissener **Gänsefedern** und **Daunen** Pfd. 1, 2 bis 6 M. **Fertige Betten** 9, 15 u. 18 M. **Bettfedern** Pfd. 35, 50 u. 70 Pf.

Herren-Anzüge v. 36, Paletots u. 30 M. fert. Busse, Charlottenstr. 72, IV.

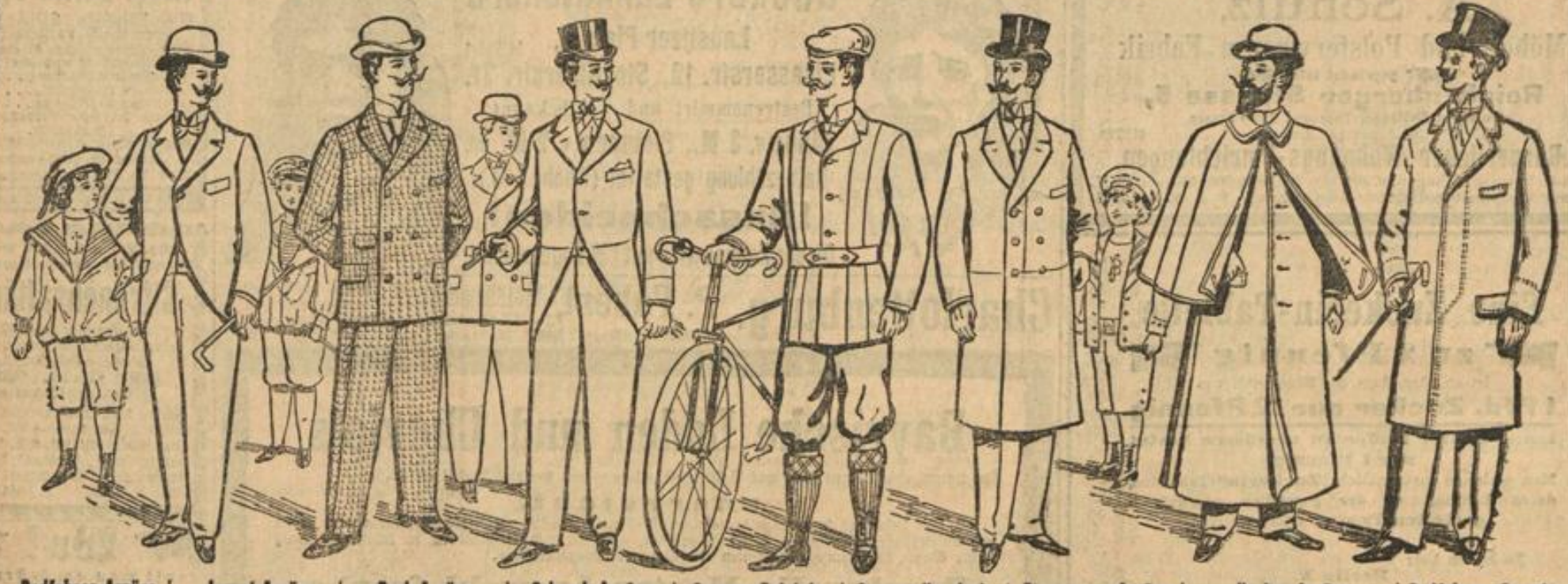
Verkauf nur gegen Baar zu streng festen, sehr billigen, in Zahlen gezeichneten Preisen.

Baer Sohn

284 097,32 Meter Waaren sind laut Gutachten eines gerichtlichen Bücher-Revisors von uns in einem einzigen Jahre verbraucht worden.

Fabrikation von Herren- u. Knaben-Bekleidung

24a Chausseestrasse 24a, zwischen Invalidenstrasse und Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
11 Brückenstrasse 11, am Bahnhof Jannowitzbrücke, Ecke Rungestrasse.
16 Gr. Frankfurterstr. 16, zwischen Bürger-Hospital u. Fruchtstr.



Radfahrer-Anzüge	Jaquet-Anzüge	Rock-Anzüge	Gehrock-Anzüge	Sommer-Paletots	Sommer-Havelocks	Einsegnungs-Anzüge	Knaben-Anzüge	Radfahrer-Sweater, Radfahrer-Strümpfe Radfahrer-Mützen
40,—, 36,—, 30,—, 25, —, 21,—, 18,— 9 Mk.	50,—, 45,—, 40,—, 30,—, 25,—, 18,— 10 Mk.	55,—, 50,—, 45,—, 40,—, 36,—, 30,— 27 Mk.	60,—, 50,—, 45,—, 42,—, 40,—, 36,— 33 Mk.	40,—, 36,—, 30,—, 25,—, 18,—, 15,— 10 Mk.	21,—, 18,—, 15,—, 12,—, 10,—, 9,— 7 Mk. 50	30,—, 25,—, 20,—, 18,—, 15,—, 12,— 9 Mk. 50	12,—, 10,—, 8,—, 6,—, 5,—, 3 soweit der Vorrath reicht 2 Mk.	sehr billig.

Falls obige Angebote ausverkauft sind, wird Ersatz oder Neuanfertigung ohne Preis-Aufschlag gewährt.

Hochmoderne Maass-Anfertigung eleganter Sitz, gute Arbeit, billige Preise

Das II. Preis-Buch ist erschienen und wird auf Wunsch **kostenlos u. frei** zugesandt. **Jedermann verlange es!**

Radfahrer-Anzüge in geschmackvollem, couleurtem Loden. **9 Mk.**

Knaben-Anzüge in einfacher u. eleganter Ausführung **Knaben Paletots, Einzelne Hosen, Einzelne Blusen** für das Alter v. 2 bis 18 Jahren, nur eigener Fabrik. Größte Auswahl. Billigste Preise. Flicken gratis. *

Karl Hustädt, Berlin O., Koppenstr. 85 pt. am Schlesischen Bahnh.

Bettfedern! Daunen (rein und staubfrei), fertige **Betten,** reelle Waare zu **billigen festen Preisen** von 9, 10, 12, 15, 20, 24, 30, 40, 50 u. s. w., **Bettfedern** von 50 Pf., gute Sorte 1,25, Halbdaunen 1,00, Ganzdaunen von 2,50 M. an. Inlets zu Fabrikpreisen. 4508U*

A. Grodzensky, Prunnenstraße 9, 1 Tr. (Gegr. 1869. Gegr. 1869) 9. Beste Bezugsquelle für **Brautbetten.** 9.

Strohhüte in größter Ausw. für **Damen, Herren u. Kinder,** garnirt und ungarn., zu anerk. bill. Preisen, auch Trauerhüte. **W. A. Peschke,** Berlin, 1. Geschäft Lützowstr. 30, 2. Gesch. Lützowstraße 39. Eigene Stroh- u. Filzhutfabrik bei den Geschäftsräumen. **Gegr. 1871.** Fernsprecher: Amt 9, 6341. 18/10*

41/9 U*

Kinderwagen, Puppenwagen, Sport-, Kasten u. Leiterwagen. Verstellbare Kinderstühle. Kindermöbel u. Puppenmöbel. Allergrößtes Lager Deutschlands in Netto-Kinderwagen. Für Wiederverkäufer beste und billigste Bezugsquelle.

B. Teschke (4 eigene Geschäfte) Hauptgeschäft: **Rosenthalerstrasse 40, I.** (am Hackeschen Markt, nahe Bahnhof Börse).

Zähne v. Mk. 2 an eventuell Theilzahl. **Frau Olga Jacobson** 61/19* Invalidenstr. 145.

Billig! Neuerz. Anzügen! Knabenanzüge, Mädchenkleider sehr preiswerth. **O. Hoffmann,** Veteranenstr. 14.

Goldabfälle. Gold, Silber, Kehrgold, Treffen, Platin u. Brillanten kauft die Scheide-Anstalt Zimmerstr. 32. [4477U*

BUTTER

beziehen Sie am vortheilhaftesten aus der [4589U*

Butter-Großhandlung J. Maeding,

Comptoir und Lager: **Krautstrasse 48** und seinen Filialen:

Koppen., Ecke Gr. Frankfurterstraße.
Weidenweg 100.
Krautstraße 18.
Langestraße 27.
Oranienstraße 129.
Memelerstraße 52.
Rigaerstraße 1.
Markusstraße 47.
Andreas-Markthalle Std. 115-118, Reihe E 15-18.

Täglich frisch (Detail-Preise).

wirklich feine Tischbutter	Pfd. Mk. 1,00
besonders zu empfehlende	1,10
den verwöhntesten Geschmack zufriedenstellende	1,20

Eier, nur frische Waare (können gekocht werden), z. d. billigsten Tagespreisen. **Käse,** alle Sorten nur in bester Qualität.

Hermann Hiller,

Confections-Haus,

Landsbergerstr. 85,

empfiehlt

Neuheiten für die Frühjahr- u. Sommer-Saison.

Schwarze Kragen und Umhänge aus Coating, Ripß, Mohair, Moirée rc. von 2,90 bis zum eleg. Genre.
Sammet-Kragen mit und ohne Besatz, 6,50, 8,50, 10,50 bis zum elegantesten Genre.
Farbige Kragen 4, 5, 6,50, 7,50 bis zum eleg. Genre.
" " (Wolf-Capes) mit und ohne Capuchons in neuen schottischen Mustern, Stück 7,50, 8,50, 10,50, 12,50 bis zum eleg. Genre.
Regen-Mäntel, Paletots in glatten u. carr. Stoffen, 10, 11, 12,50 bis zum eleg. Genre.
Schwarze und farbige Jacketts aus ganzwollenem, vorzüglichem Coating, Kammgarn, Tuch, Covert-Coat (mit und ohne Besatz, anliegend und halbanliegend) Stck. 8, 10, 11, 12, 13,50, 15, 20 bis zum elegantesten Genre.
Frauen-Regenmäntel, Cape extra zu tragen, nur Neuheiten von 12,50, 13,50, 15 bis zu den eleg. Genres.
Costumes in allen Farben v. 10 M. bis zum eleg. Genre.
Jupons, Blousen, Morgenröcke und Kinder-Mäntel in sehr großer Auswahl.

Dr. Thompson's Seifenpulver ist das beste 7/1* und im Gebrauch billigste und bequemste **Waschmittel der Welt.**

Trauringe reelle Dukaten, gestemp. 980. 2 Dukat 22,50 M. 1½ Dukat. 17,50 M. Kronengold gestemp. 900. 7 Gramm 20,50 M. 5¼ Gramm 15,50 M. Alle anderen Goldsachen ebenso reell. [836b **Hugo Lemcke, Auguststr. 91,** an d. Oranienburgerstr. Gegr. 1840.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gek. schw. perl. und finn. Fleisches.
Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . . 40 Pf. [4041L*
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Grosser Möbelverkauf. Die Möbel-Fabrik **Neue Schönhauserstr. 2** (früher Rosenthalerstr. 13) liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt. Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb. [4439L*

Bekanntmachung.

Da meine Lokalitäten **Belle-Alliance-platz 5** vom **1. April ab** anderweitig vermiethet sind, so muss ich dieselben räumen. Ich habe mich daher entschlossen, mein grosses Lager, bestehend in **Glas, Porzellan, Steingut, Email** und **sämmtlichen Haus-** und **Wirthschaftsartikeln,** trotz meiner schon anerkannt billigen Preise,

noch bedeutend billiger als seither zu verkaufen.

Der **Räumungsverkauf** dauert nur bis **Ende dies. Monats**

S. Katz, Belle-Alliance-Platz 1, im Halleschen Thorgebäude.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.